





Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

im Lichterglanz der Weihnachtszeit geht in wenigen Wochen ein Jahr zu Ende, das sich durch eine weltweite Anhäufung entfesselter Naturgewalten ausgezeichnet hat.

Tsunami und Erdbeben im asiatischen Raum, Hurrikans und Überschwemmungen in Amerika, Trockenheit und Hochwasser in Europa sowie Heuschrecken und Hungersnot in Afrika. Wollte man alle einzelnen Ereignisse aufzählen, ergäbe dies eine lange Dokumentation von Tod, Verletzung, Verzweiflung, Trauer und Zerstörung. Der Grund für die Häufung der Klimakatastrophen ist sicherlich nicht zufällig und ruft nach gründlicher, wissenschaftlicher Analyse und verantwortungsbewusstem Handeln aller Staaten.

Angesichts des Umfangs der einzelnen Katastrophen ist die Staatengemeinschaft immer öfter aufgefordert, weltweit materielle und personelle Hilfe zu leisten. Voraussetzung hierfür ist jedoch, dass ausreichend Ressourcen an Hilfsgütern und professionellen Helfern zur Verfügung stehen und Kenntnisse vorhanden sind über Strukturen und Leistungsmöglichkeiten in anderen Ländern. Gegenseitige Besuche, wie der des Abteilungsleiters Innere Sicherheit im BMI, Joachim Steig (3. v.li.), und des Vizepräsidenten des BBK, Rudolf L. Atzbach (li.), im vergangenen Jahr in Budapest, tragen dazu bei.

In dieser Ausgabe von [Bevölkerungsschutz](#) informieren wir unter anderem über Strukturen und Entwicklungen des Katastrophenschut-

zes in Ungarn und den Niederlanden.

Ein herausragendes Ereignis war im August der Weltjugendtag in Köln und im Rheinland. Jeder, der das fröhliche und freundschaftliche Auftreten junger Menschen aus aller Welt erleben durfte, wird diese Eindrücke sicherlich nie mehr vergessen. Dass mit dem Weltjugendtag in den Bereichen der Versorgung, der Logistik und der Sicherheit eine gewaltige Leistung von vielen Stellen erbracht werden musste, auch darüber wird in dieser Ausgabe berichtet.

Aber nicht nur im Fußball heißt es „Nach dem Spiel ist vor dem Spiel!“ Die Vorbereitungen für das nächste Großereignis in unserem Land, die Fußballweltmeisterschaft im kommenden Jahr, laufen auf Hochtouren.

Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, wünschen wir ein friedvolles Weihnachtsfest und ein gutes Jahr 2006.

Ihr Redaktionsteam



## NACHRICHTEN

Tragischer Absturz	2
Rundblick	50

## BEVÖLKERUNGSSCHUTZ

Gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge Die Rolle des BBK im Bevölkerungsschutz als Teil des Bundesblocks (BMI, BBK, THW)	3
--	---

## EHRENAMT

Das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz 2. Workshop „Förderung des Ehrenamtes“	9
--	---

## NOTFALLVORSORGE

Sanitätseinsatz beim Weltjugendtag 2005 Herausforderung und Erfahrung	11
Herausforderung Massenveranstaltung Das THW unterstützte mit umfangreichen Maßnahmen den Weltjugendtag in Köln	16

## INTERNATIONAL

Katastrophenschutz in Ungarn Die nationale Hauptdirektion für Katastrophenschutz	19
Internationale Katastrophenschutzübung Pipeline — Partnerschaft — Dëbno 2005	23
Das MultiTeam-System Veränderungen beim Katastrophenschutz in den Niederlanden	31

## FORSCHUNG

Fachinformationsstelle	27
------------------------	----

## FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	34
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	36
Bundesanstalt Technisches Hilfswerk	37
Deutscher Feuerwehrverband	40
Deutsches Rotes Kreuz	41
Johanniter-Unfall-Hilfe	43
Malteser Hilfsdienst	45
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	48

## RUBRIKEN

Medien	54
Termine	56
Impressum	56

## SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	57
--------------------------------	----

## Tragischer Absturz

Am 28. September 2005 ist ein Intensivtransporthubschrauber (ITH) der Deutschen Rettungsflugwacht e.V. (DRF) aus bisher noch nicht geklärter Ursache während eines Einsatzes abgestürzt. Bei dem Unglück kamen vier Menschen ums Leben.

Der am Stuttgarter Flughafen stationierte Hubschrauber vom Typ BK 117 mit dem Funkrufnamen „Christoph 51“ war um 11:03 Uhr von einem Krankenhaus in Gerlingen gestartet, um eine Patientin zur Behandlung in das Münchener Großklinikum Großhadern zu bringen. An Bord befanden sich außer



Der Intensivtransporthubschrauber Christoph 51, hier auf einem Archivfoto, war am Flughafen Stuttgart stationiert. (Foto: DRF)

der 28-jährigen Patientin noch der 47-jährige Pilot, der 51-jährige Arzt und der 44-jährige Rettungsassistent. Die Einsatzkräfte waren sehr erfahren und bereits seit mehreren Jahren für die DRF im Einsatz.

Gegen 11:15 Uhr stürzte die Maschine in der Nähe von Weilheim/Teck in der Schwäbischen Alb ab. Die umgehend am Unglücksort eintreffenden Rettungskräfte konnten die Insassen nur noch tot bergen.

Der Zwischenfall hat bei allen an der Luftrettung in Deutschland Beteiligten große Bestürzung

und Trauer hervorgerufen. Der Präsident des BBK, Christoph Unger, hat im Namen aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Helmut Nanz, dem Präsidenten der DRF, seine Anteilnahme ausgesprochen:

Sehr geehrter Herr Nanz!

In der vergangenen Woche hat sich auf einem Einsatzflug des Christoph 51 ein folgenschwerer Unfall ereignet. Mit großer Bestürzung habe ich von dem tödlichen Ausgang für die Besatzung und eine Patientin erfahren.

Bedauerlicher Weise verdeutlicht dieses Unglück die ständige Gefahr, der die Besatzungsmitglieder der Rettungs- und Intensivtransporthubschrauber jeden Tag bei den vielen Einsätzen in Deutschland und dem benachbarten Ausland ausgesetzt sind.

Den Angehörigen der Betroffenen gilt mein tiefes Mitgefühl. Zugleich möchte ich Ihnen und dem gesamten Team DRF auf diesem Wege auch im Namen meiner Mitarbeiter die aufrichtige Anteilnahme übermitteln.

Unger

Das BBK ist verwaltungsmäßig für 24 Zivilschutz-Hubschrauber des Bundesministeriums des Innern verantwortlich, die zurzeit an 15 Standorten in der Luftrettung mit Piloten der Bundespolizei eingesetzt werden. Ein Vertreter des Amtes hat an der zentralen Trauerfeierlichkeit am 12. Oktober 2005 in Stuttgart teilgenommen.

# Gesamtstaatliche Sicherheitsvorsorge

## Die Rolle des BBK im Bevölkerungsschutz als Teil des Bundesblocks (BMI, BBK, THW)

Bevölkerungsschutz ist sowohl national als auch international eine unverzichtbare staatliche Aufgabe mit ausgeprägtem humanitärem Charakter und einer großen Anzahl von Akteuren, die diese Aufgabe aktiv gestalten.<sup>1</sup> Wie in allen vergleichbaren Staaten umfasst Bevölkerungsschutz in Deutschland sowohl planerisch-konzeptionelle als auch operativ-unterstützende Aufgaben und Maßnahmen, die für die Vorbereitung auf und die Bewältigung von großen Gefahren- und Schadenslagen geeignet sind. Diese Aufgaben sind wesentlicher Bestandteil des für die Bundesrepublik typischen mehrgliedrigen integrierten Hilfeleistungssystems.

Bund und Länder, Hauptakteure dieses Hilfeleistungssystems, haben sich im Sommer 2002 auf die „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“ verständigt, um den neuen multiplen Gefahren und Risiken durch eine optimierte Kooperation und Abstimmung gerecht zu werden. Philosophie dieser Neuen Strategie ist die noch stärker als bisher gemeinsam getragene Verantwortung von Bund und Ländern zur effektiven Bewältigung von national bedeutsamen Gefahren- und Schadenslagen in Form

- eines abgestimmten partnerschaftlichen Zusammenwirkens über föderale Grenzen hinweg,
- einer wirkorientierten besseren Verzahnung und Abstimmung der Verantwortlichkeitsebenen im Rahmen der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr,
- einer effizienteren Bund-Länder-Zusammenarbeit beim Gefahrenmanagement durch neue und bessere Koordinierungsinstrumente.

Dieser Ansatz ist konsequent weiterzuverfolgen, wobei der traditionelle Zivilschutzauftrag des Bun-



Das BBK in Bonn ist ein wesentlicher Bestandteil des institutionell-organisatorischen Grundprofils für den Bundesbeitrag im Bevölkerungsschutz.

<sup>1</sup> Siehe Zusatzprotokolle I und II zu den Genfer Rotkreuz-Abkommen von 1949, BGBl. II, 1990, S. 1551.

des (vgl. Art. 73.1 GG) zu einem umfassenderen Bevölkerungsschutzauftrag fortentwickelt werden muss. Diese Fortentwicklung umfasst dabei sowohl den auch künftig nicht zu vernachlässigenden Schutz der Bevölkerung vor kriegerischen Auseinandersetzungen (klassischer Zivilschutzfall) als auch den Schutz vor Schadensszenarien von nationaler Bedeutung, von schweren Naturereignissen, technischen Havarien und besonders schweren Unglücksfällen bis hin zu Anschlägen des internationalen Terrorismus, die gesamtstaatliches Handeln unterhalb der derzeit grundgesetzlich definierten Schwellen des Spannungs- oder Verteidigungsfall bedingen (integriertes Aufgabenverständnis).

Der Bund ist bei der Umsetzung der Neuen Strategie weit fortgeschritten. Als zentrale institutionelle Maßnahme hat er zum 1.05.2004 das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe



Auch Betrieb und Weiterentwicklung des Gemeinsamen Melde- und Logenzentrums von Bund und Ländern (GMLZ) gehören zu den Aufgaben des BBK.

(BBK) errichtet. Damit hat der Bund den Bevölkerungsschutz auch institutionell als wichtige Säule innerhalb der nationalen Sicherheitsarchitektur verankert. Das BBK ist national und international strategischer Netzknoten und Kooperationspartner des Bundes im Bevölkerungsschutz für die Behörden aller Verwaltungsebenen, Organisationen, Institutionen und die gesellschaftlich (über-) lebenswichtigen Wirtschaftszweige.<sup>2</sup>

## Die neuen Bedrohungen

Moderne Gesellschaften sind heute aufgrund ihrer nationalen und internationalen Verflechtungen, ihrer hohen technischen und wirtschaftlichen Abhängigkeiten und anderer Faktoren in zahlreichen Bereichen hoch sensible und verletzbare Gebilde geworden. Andere sicherheitspolitische Risiken als die über 40 Jahre gewohnte bipolare Bedrohung des Kalten Krieges führen zu neuen zunehmend komplexeren und mehrdimensionalen Bedrohungsformen und -bildern, denen sich die westliche Staatengemeinschaft heute ausgesetzt sieht.

Asymmetrische Bedrohungen, wie der Internationale Terrorismus und durch religiösen Fundamentalismus bedingte militärische Konflikte sowie die weltweiten Krisenbewältigungseinsätze durch UN, NATO und andere Institutionen, in denen die Bundesrepublik Deutschland

Mitglied ist, und an denen sie sich aktiv beteiligt, führen dazu, dass Innere und Äußere Sicherheit immer größere gemeinsame Schnittmengen bilden und Staat und Gesellschaft neue sicherheitsarchitektonische Wege beschreiten, die vor allem von mehr Kooperation und Ressourcenbündelung geprägt sein müssen.

Was für die neuen internationalen sicherheitspolitischen Gefahren und Risiken gilt, gilt gleichermaßen für die Gefahren und Risiken, die durch schwere

Naturereignisse und besonders gravierende Unfälle oder Havarien bestehen. Nach einer ersten analytischen Einschätzung sieht das BBK unter den Aspek-

<sup>3</sup> Siehe Grußwort von Bundesinnenminister Otto Schily anlässlich des 1. Europäischen Bevölkerungsschutzkongresses am 18.05.2005 in Bonn

ten von Eintrittswahrscheinlichkeit, Häufigkeit und Auswirkung sowie unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus den Gefährdungsabschätzungen der Länder derzeit folgende anthropogene und natürliche Gefahren für Deutschland als besonders relevant an:

- mögliche längerfristige und großflächige Ausfälle der Energieversorgung (Strom),
- mögliche längerfristige und großflächige Ausfälle der Informations- und Kommunikationstechnik,
- mögliche biologische Anschläge mit Freisetzung gefährlicher Agenzien,
- mögliche chemische Anschläge mit Freisetzung hochtoxischer Agenzien,
- mögliche Epidemien bzw. Pandemien mit gravierenden Auswirkungen auf Menschen,
- mögliche Epidemien bzw. Pandemien mit gravierenden Auswirkungen auf Tiere,
- mögliche länderübergreifende schwere Hochwasserlagen,
- mögliche Massenanfälle von Verletzten oder Erkrankten durch besonders schwere Ereignisse,
- mögliche Massenanfälle von sonstigen Betroffenen (z.B. obdachlos gewordenen Menschen) durch besonders schwere Ereignisse,
- mögliche ökologische Katastrophen durch massiven und flächendeckenden Austritt von Umweltgiften,
- mögliche radiologische Anschläge durch eine „Schmutzige Bombe“ oder sonstiges Ausbringen von radiologischem Material,
- mögliche Sprengstoffanschläge, z.B. auf wichtige Infrastrukturen oder symbolträchtige Bauwerke,
- mögliche großflächige Starkniederschläge (Regen, Schnee, Graupel, Hagel) mit flächendeckenden Auswirkungen und katastrophalen Folgen für Infrastrukturen und Menschen,

- mögliche schwere Stürme bzw. schwere Orkane und katastrophalen Folgen für Infrastrukturen und Menschen,
- mögliche militärische Konflikte durch kriegerische Auseinandersetzungen.

Diesen Gefahren muss der Staat zum Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger konsequent und entschlossen gegenüberreten. Bund und Länder wollen dabei durch ein integriertes Aufgabenverständnis die



Blick in das Innere eines ABC-ErkKW; der Bund hat den Ländern bisher 364 dieser Fahrzeuge zur Verfügung gestellt.

tradierte, von einem grundsätzlich anderen und heute nicht mehr vorhandenen Bedrohungsbild ausgehende Zerteilung der Zuständigkeiten im Zivil- bzw. Katastrophenschutz auflösen. Nach neuem Verständnis steht künftig nicht mehr die Ursache eines potenziellen Schadensereignisses bei der staatlichen Aufgabenwahrnehmung alleine im Vordergrund.

Der Fokus wird nun auf die möglichen Schadenswirkungen für die Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen gerichtet, die eine verstärkte Zusammenarbeit aller Akteure und eine effiziente Bündelung der Ressourcen geradezu bedingen.<sup>3</sup>

<sup>3</sup> Pressekonferenz BM Schily zur deutschen Sicherheitsarchitektur vom 15.08.2005

## Dem BBK übertragene Aufgaben<sup>4</sup>

Der Bund leitet aufgrund des neuen Blickwinkels und der sich daraus ergebenden Forderungen für seinen Beitrag zum Bevölkerungsschutz folgendes institutionell-organisatorisches Grundprofil für den Bundesbeitrag ab:

1. das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK), das mit den Basiskompetenzen Ausbildung, Beratung, Konzeption und Koordination eine klassische Zentralstellenfunktion und Dienstleistungsrolle für alle Verwaltungsebenen besitzt, und
2. die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW), die als operative Einsatzorganisation des Bundes im Inland (auf Anforderung der Länder) sowie – im originären Auftrag – im Ausland einen hochwertigen materiellen Hilfeleistungsbeitrag liefert.

Dem BBK wurden im Rahmen des Bundesbeitrages durch Gesetze und Erlasse umfängliche Aufgaben übertragen. Hierzu zählen insbesondere:

1. die Wahrnehmung der Aufgaben des Bundes auf den Gebieten des Bevölkerungsschutzes und der Katastrophenhilfe,
2. die Unterstützung der fachlich zuständigen obersten Bundesbehörden bei einer einheitlichen Planung der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge sowie die Zivile Krisenplanung,
3. die Planung und Vorbereitung von Maßnahmen des Bevölkerungsschutzes im Rahmen der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge, hier insbesondere:
  - durch die Wahrnehmung der Zentralstellenfunktion gegenüber den Ländern,
  - durch die Erarbeitung und Fortschreibung eines mehrstufigen Planungs-, Schutz- und Versorgungskonzeptes auf der Grundlage von Risiko- und Gefährdungsanalysen,
  - durch die Neukonzeption des ergänzenden Katastrophenschutzes (Organisation, Ausstattung, Technik, Finanzierung etc.),
  - durch die Verbesserung der zivil-militärisch-polizeilichen Zusammenarbeit,
4. die Planung und Vorbereitung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei besonderen Gefahrenlagen, hier insbesondere:
  - durch die Wahrnehmung der Geschäftsstellenfunktion der Interministeriellen Bund-Länder-Koordinierungsgruppe für großflächige Gefahrenlagen,
  - durch den Betrieb und die Weiterentwicklung des Gemeinsamen Melde- und Lagezentrums von Bund und Ländern (GMLZ) sowie des Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystems (deNIS),
  - durch die Zentralstelle zur Koordinierung und Steuerung der Betreuungsmaßnahmen für von Großschadensereignissen im Ausland betroffene Bundesbürger nach Rückkehr in das Inland,
5. der Schutz kritischer Infrastrukturen, vornehmlich durch Erarbeitung planerischer und konzeptioneller Vorschläge und Umsetzungsberatung zur Prävention, Vorbereitung und Ereignisbewältigung,
6. die Ausbildung, Fortbildung und das Training von Entscheidungsträgern und Führungskräften im Bevölkerungsschutz und in der zivilen Sicherheitsvorsorge,
7. die Ausarbeitung und Durchführung von ressort- und länderübergreifender Krisenmanagement-Übungen,
8. die Generierung einer interdisziplinären und in ständigem Fortentwicklungsprozess befindlichen Wissensbörse als Netzknoten der Fortbildung und des Knowhow-Transfers,
9. der medizinische Bevölkerungsschutz, insbesondere durch Entwicklung und Optimierung von ressort- und länderübergreifenden Rahmenkonzepten zur Gefahrenabwehr, zum medizinischen und seuchenhygienischen Management sowie der medizinischen Vorsorgeplanung für CBRN-Gefahren,
10. die Warnung und Information der Bevölkerung,
11. der Ausbau von praxisorientierter Forschung und anwendungsorientiertem wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn im Bereich des Bevölkerungsschutzes,
12. der Schutz der Bevölkerung vor CBRN-Gefahren,

<sup>4</sup> Vgl. BBKG vom 27.04.2004 sowie ZSG in der Fassung vom 01.05.2004

13. der Betrieb und die Weiterentwicklung des in Europa einmaligen Fachinformationszentrums (FIS),
14. die Wahrnehmung der Geschäftsstellenfunktion der Schutzkommission beim BMI,
15. die Stärkung des ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements und der Selbsthilfe,
16. die konzeptionell-planerischen Aufgaben im Bereich der internationalen Zusammenarbeit unter Beteiligung aller nationalen Stellen des Bevölkerungsschutzes im Rahmen der EU, der NATO, der UN sowie der bilateralen vertraglichen Verpflichtungen.

Die effektive Erfüllung dieser Aufgaben ist für die zivile Sicherheit und den Bevölkerungsschutz in Deutschland von existenzieller Bedeutung und muss seitens des Bundes sowohl für den Fall eines nie gänzlich auszuschließenden kriegerischen Ereignisses als auch hinsichtlich der Bewältigung ziviler Schadensszenarien von nationaler Bedeutung wahrgenommen werden. Zur endgültigen Realisierung eines nationalen „Verbundsystems Bevölkerungsschutz“ müssen sie in das von Bund und Ländern einvernehmlich geplante Bevölkerungsschutzgesetz eingearbeitet werden.

### Das Fähigkeitsprofil des BBK

Die an das BBK durch den Gesetzgeber gestellten Aufgaben sind außerordentlich vielfältig und anspruchsvoll. Sie können auf Dauer glaubwürdig nur von einer Behörde wahrgenommen werden, die über eine breite interdisziplinäre Basis an wissenschaftlich gebildetem und hoch qualifiziertem Fachpersonal, eine „gewachsene“ in sich kongruente hohe fachliche Kompetenz und eine effiziente leistungsfähige und

flexible Organisationsstruktur sowie eine ständige Bereitschaft zur weiteren Qualifizierung verfügt.

Ebenfalls im Sinne der vom Gesetzgeber an das BBK gestellten Aufgaben ist das BBK die nationale Fachbehörde des Bundes im Bevölkerungsschutz und im Krisenmanagement,

- die ressortübergreifend und als Partner im integrierten Hilfeleistungssystem auf höchstem fachlichen Niveau den Schutz und die Versorgung der Bevölkerung bei Großfahrlagen aller Art plant (**Planungskompetenz**),
- die anwendungsorientierte Forschung im Bevölkerungsschutz initiiert, durchführt und begleitet (**Forschungskompetenz**),
- die ressort- und ebenenübergreifend die Aus- und Fortbildung der Entscheidungsträger im Bevölkerungsschutz als Teil der zivilen Sicher-



Zur Information der Bevölkerung gehören auch Messepräsentationen wie hier bei der INTERSCHUTZ 2005 in Hannover.

heitsvorsorge auf hohem fachlich-pädagogischem Niveau gewährleistet (**Ausbildungskompetenz**),

- die Bund, Länder, Kreise, Kommunen und Unternehmen in allen Fragen der zivilen Sicherheitsvorsorge kompetent berät (**Beratungskompetenz**),
- die Bund, Länder, Kreise und Kommunen auf Anfrage und Anordnung koordinierend und

Ressourcen vermittelnd unterstützt (**Unterstützungskompetenz**),

- die für alle Partner im Bevölkerungsschutz prognostische Aussagen und daraus abgeleitete Handlungsempfehlungen zu komplexen Lagebildern und zu erwartenden Schadensentwicklungen durch den unmittelbaren Zugriff auf interne und externe Expertennetzwerke treffen kann (**Prognosekompetenz**),



Nicht zuletzt die sich häufenden Hochwasserlagen haben die Aufmerksamkeit für einen leistungsfähigen Bevölkerungsschutz geschärft. (Fotos: BBK)

- die als zentraler Ansprechpartner der EU, der NATO, der UN und den Nachbarstaaten für Fragen des Bevölkerungsschutzes und des Krisenmanagements zur Verfügung steht (**Internationale Kompetenz**).

Mit diesen 7 Kernkompetenzen eines visionären Aufgabenverständnisses ausgestattet ist das BBK in der Lage:

- die Kommunikation zwischen Bund, Ländern, Kommunen und Wirtschaft im Sinne einer ganzheitlichen zivilen Sicherheitsvorsorge deutlich zu fördern,
- wirkorientierte Beiträge zur nationalen und internationalen Standardisierung und Harmoni-

sierung des Bevölkerungsschutzes und des Krisenmanagements zu leisten,

- praxisorientierte und nutzbringende Handlungsempfehlungen und Einsatzkonzepte für alle Ebenen und Partner des Bevölkerungsschutzes zu entwickeln,
- eine bedarfsgerechte, innovative und Impulsgebende Informations- und Wissensplattform zu sein,

- erfolgreiche und transferierbare internationale Erfahrungen in Deutschland umzusetzen und deutsches Know-how der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung zu stellen,
- wissenschaftliche Erkenntnisse der Sicherheitsforschung und Erfahrungen aus der Praxis des Bevölkerungsschutzes wirksam miteinander zu verknüpfen.

Dieses Profil gewährleistet, dass sich das BBK eine herausragende fachliche Reputation auf allen Gebieten der zivi-

len Sicherheitsvorsorge erwerben kann und von Ländern, Kreisen, Kommunen, Organisationen und Wirtschaft sowie von internationalen Institutionen und den Nachbarstaaten als kompetenter und zuverlässiger Partner dauerhaft geschätzt wird.

# Das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz

## 2. Workshop „Förderung des Ehrenamtes“

Deutschland und seine Sicherheitsarchitektur sind ohne die Mitarbeit seiner Bürgerinnen und Bürger im Bevölkerungsschutz nicht vorstellbar. Beinahe 1,7 Millionen ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind die Basis des nationalen Bevölkerungsschutzes, die sich täglich bewährt – von der kommunalen Gefahrenabwehr in Standardsituationen bis zur Bewältigung von Katastrophen wie die Hochwasser an Oder 1996 bzw. an der Elbe im Sommer 2002. Die Struktur der inneren Sicherheit in Deutschland, die z.B. bei der Vorbereitung auf die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 auf die koordinierte Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen setzt, vertraut auf die Einsatzbereitschaft und die Mitarbeit der ehrenamtlich

getragenen Hilfsorganisationen im Bevölkerungsschutz.

Die Bedeutung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz begründet das Interesse, mit dem sich auch das Bundesministerium des Inneren des Themas angenommen hat. Aus der Notwendigkeit, eine zentrale koordinierende Instanz zu schaffen, um die Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz auf Bundesebene auszubauen, wurde im Juni 2004 die Arbeitsgruppe „Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz“ im Bundesministerium des Innern (BMI) eingerichtet. Im September 2004 hatte die Arbeitsgruppe Vertreter der Bundesländer und der im Zivil- und Katastrophenschutz eingebundenen Orga-



Die Teilnehmer des 2. Workshops in Hoya.

(Foto: THW)

nisationen zu einem ersten Workshop an die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) des BBK nach Ahrweiler eingeladen.

In der AKNZ wurde damals der Impuls für ein Behörden- und Organisationsübergreifendes Forum für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz gegeben. Bund, Länder und Organisationen sollen Hand in Hand gemeinsam an zukunftsorientierten Konzepten und Projekten des Bevölkerungsschutzes unter besonderer Berücksichtigung der ehrenamtlichen Belange arbeiten.

Ergebnis der Beratungen des 1. Workshops waren in Konsens formulierte zehn Empfehlungen, mit denen das Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz perspektivisch gefördert werden soll, um damit die Basis für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des ehrenamtlich getragenen Bevölkerungsschutzes zu leisten.

Seit dieser Veranstaltung sind im Bund, auf Länderebene und in den Hilfsorganisationen diverse Aktivitäten und Aktionen in die Tat umgesetzt worden. Meilensteine dieses neuen Verständnisses der Zusammenarbeit waren

- „Initiative Ehrenamt“ des THW zur Förderung des Ehrenamtes in der Personalentwicklung im öffentlichen Dienst
- Pilotprojekt – gemeinsam mit der Hansestadt Hamburg – zur Entwicklung einer Werbekampagne, ein Konzept zur Gewinnung von Helfern sowie ein Konzept zur Förderung des Dialogs mit den Arbeitgebern
- Errichtung eines organisatorisch selbständigen Fachbereichs „Ehrenamt“ im BBK, der sich künftig intensiv der Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz widmen soll
- Imagekampagne der „Helfenden Jugendverbände“ durch die Jugendorganisationen der Hilfsorganisationen, die sich in jugendgerechter Sprache an die Nachwuchskräfte für den Bevölkerungsschutz richtet
- Podiumsdiskussion der Präsidenten der Hilfsorganisationen am 9.6.2005 auf der „Interschutz“ mit dem Ergebnis, gemeinsame Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamtes zu unternehmen.

Aufgrund der sehr positiven Erfahrungen mit den Ergebnissen des 1. Workshops des BMI fand am 13./14. Oktober 2005 auf Einladung des BMI an der THW-Bundesschule in Hoya der 2. Workshop „Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz“ statt.

Der Einladung folgten Vertreter der zuständigen Ministerien aus elf Bundesländern, der großen Hilfsorganisationen (ASB, DRK, JUH, MHD und DLRG), des Deutschen Feuerwehrverbandes sowie von THW und BBK.

Auf der Basis der im ersten Workshop beschlossenen „Zehn Empfehlungen zur Förderung des Ehrenamtes im Zivil- und Katastrophenschutz“ war es Ziel, drei als prioritär klassifizierte Empfehlungen vertiefend auszuarbeiten und deren Umsetzung voranzutreiben. Neue Empfehlungen wurden beschlossen und sollen nach Abschluss der Bearbeitung ggf. dem Arbeitskreis V „Feuerwehrangelegenheiten, Rettungswesen, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung“ der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) zur Kenntnis gebracht werden.

Diese neuen Empfehlungen sind Konkretisierungen, um das avisierte Ziel zeitnah zu realisieren:

- BBK koordiniert den Abstimmungsprozess zwischen den Hilfsorganisationen und den Ländern mit dem Ziel, derzeit noch bestehende Ungleichheiten und Unklarheiten im Helferrecht zu dokumentieren und Maßnahmen für eine Vereinheitlichung des Helferrechts anzustoßen
- BBK wird auf der Basis des Hamburger Pilotprojekts zur Förderung des Ehrenamtes im Bevölkerungsschutz ein Konzept zur Ehrenamtsförderung erarbeiten und den Ländern und Hilfsorganisationen als Empfehlung anbieten
- Zur Einführung einer gemeinsamen Helfer-Card für die ehrenamtlichen Helfer im Bevölkerungsschutz wird ein Projektvorschlag vom THW erarbeitet und mit den Beteiligten abgestimmt.

Diese konkreten Empfehlungen wird der Bund gemeinsam mit den beteiligten Ländern und Hilfsorganisationen bis zum nächsten Workshop vorantreiben. Im April 2006 soll der nächste Workshop wiederum beim BBK in Ahrweiler an der AKNZ stattfinden. Zielsetzung wird es sein, die begonnenen Arbeiten abzuschließen. Perspektivisch wird es gelten, neue Tätigkeitsschwerpunkte zu formulieren. Ein erster Ansatz wurde in der Abschlussdiskussion in Hoya bereits genannt: Die Harmonisierung der Ausbildung der Helferinnen und Helfer im Bevölkerungsschutz.

# Sanitätseinsatz beim Weltjugendtag 2005

## Herausforderung und Erfahrung

Von Benedikt Liefländer, MHD

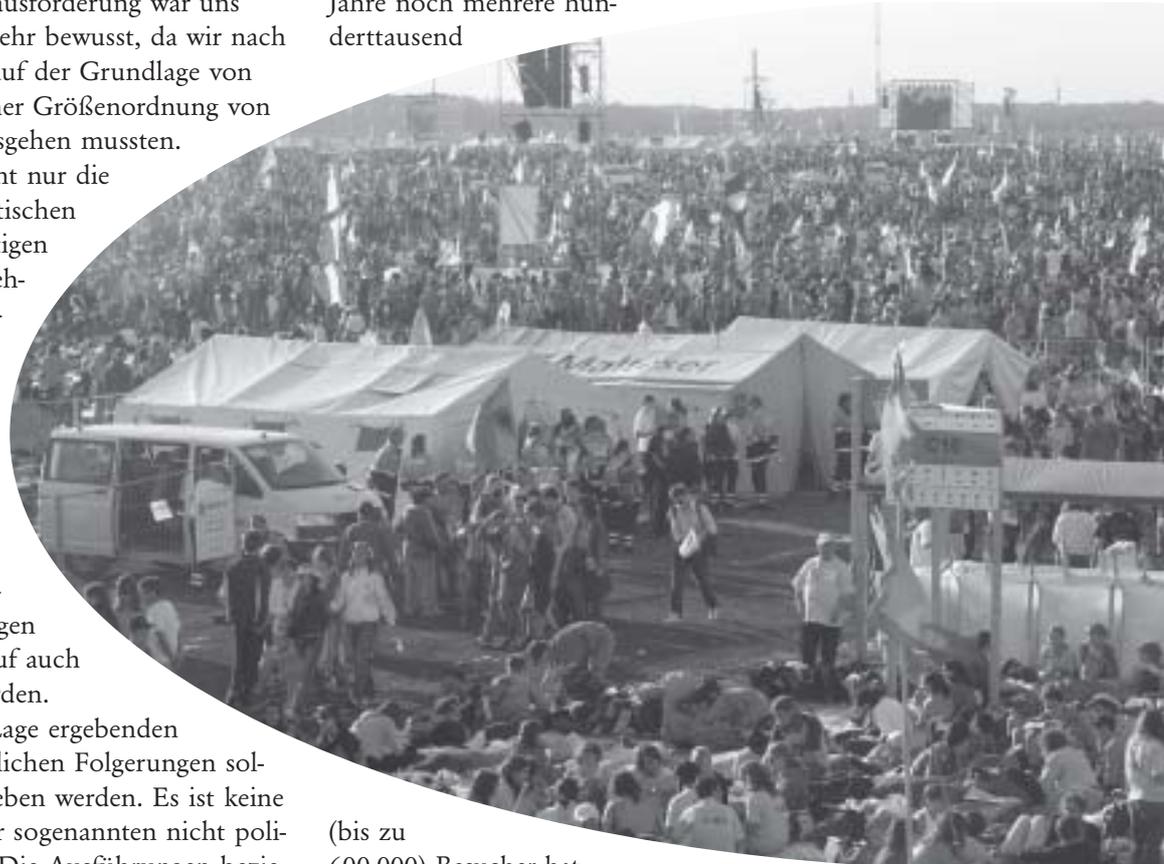
Die sanitätsdienstliche Absicherung aller Veranstaltungen des Weltjugendtages in der Zeit vom 13. bis zum 22. August 2005 in Bonn, Köln, Düsseldorf und vor allem auf dem Marienfeld, zwischen Frechen und Kerpen gelegen, war der größte Einsatz des Malteser Hilfsdienstes in seiner gut fünfzig-jährigen Geschichte. Diese Herausforderung war uns Maltesern von Anfang an sehr bewusst, da wir nach einer ersten Einschätzung auf der Grundlage von Einsatzerfahrungen von einer Größenordnung von ca. 2.500 Einsatzkräften ausgehen mussten.

Es war ein Einsatz, der nicht nur die einsatztaktischen und logistischen Anforderungen einer derartigen Dimension mit einer Teilnehmerzahl von bis zu 1 Million zu meistern hatte, sondern vor allem auch den Umstand berücksichtigen musste, dass nur wenige Führungskräfte in den Hilfsorganisationen über Erfahrungen in und mit einem derartigen Einsatzgeschehen verfügen. Im Übrigen können Einsatzkräfte hierauf auch nur bedingt vorbereitet werden.

Die sich aus dieser Lage ergebenden Entwicklungen und wesentlichen Folgerungen sollen an dieser Stelle beschrieben werden. Es ist keine umfassende Darstellung der sogenannten nicht polizeilichen Gefahrenabwehr. Die Ausführungen beziehen sich auf den Einsatz der Malteser mit den bestimmenden Faktoren der sanitätsdienstlichen Absicherung.

### Bewertung der Risiken und deren Realisierung

Die Malteser sind von fundierten Erfahrungen aus einer Vielzahl vergleichbarer Veranstaltungen ausgegangen: So betreuen die Malteser stets die Deutschen Katholikentage, die Anfang der neunziger Jahre noch mehrere hunderttausend



(bis zu 600.000) Besucher hatten, sie waren verantwortlich im Heiligen Jahr 2000 für die medizinische Versorgung an den vier zentralen Hauptkirchen in Rom mit ebenfalls mehreren

hunderttausend Pilgern. Zuletzt sorgten sie zusammen mit den italienischen Maltesern für den Sanitätsdienst bei den Beisetzungsfierlichkeiten von Papst Johannes Paul II. über eine Woche lang am Petersplatz und in der Via della Conciliazione in Rom für zwei bis vier Millionen Pilger.

Die dort gewonnenen Erfahrungen, die wir zur Grundlage unserer Risikobeurteilung machten und die wir auch dem Veranstalter und den Gefahrenabwehr- bzw. Genehmigungsbehörden zur Verfügung stellten, sind exakt eingetreten:

Es handelte sich im Kern bei den Teilnehmern des WJT um eine Personengruppe zwischen 16 und 30 Jahren, so dass nicht von ernsthaften Vorerkrankungen auszugehen war. Die Teilnehmer selbst sowie die Veranstaltungen waren nicht aggressiv angelegt, womit keine Risiken von dem Ereignis selbst ausgingen. Risiken ergaben sich aus der Größe der Veranstaltungen, aus der Anzahl der Menschen pro Raum und in Abhängigkeit zur Infrastruktur, beispielsweise aus Engführungen beim Abfließen nach Ende größerer Events. Weitere Risiken ergaben sich additiv aus der Kondition der Teilnehmer, mangelnder Ernährung, zu geringer Flüssigkeitszufuhr, Übermüdung und Überanstrengung und nicht zuletzt aus dem Zurücklegen sehr weiter Wegstrecken zu Fuß und nächtlicher Kälte auf dem Marienfeld.

Die sich hieraus ergebende Statistik hat unsere Annahmen bestätigt: In der Woche bis zur Abschlussveranstaltung auf dem Marienfeld wurden ca. 3.000 Hilfeleistungen erbracht (etwa 0,8 ‰ der Teilnehmer). Am Donnerstag, als Papst Benedikt XVI. Köln besuchte, stieg der Versorgungsanteil kurzfristig auf 3,9 ‰, was wesentlich mit der besonderen Konzentration der Teilnehmer im Stadtgebiet zu erklären ist. Während der Abschlussveranstaltung am 20./21. August auf dem Marienfeld wurden ca. 3.000 weitere Hilfeleistungen erbracht (ca. 1,65 ‰). Hier wurden besonders die o.a. Risiken deutlich.

Die Erkrankungsschwerpunkte lagen zu 50 % im Bereich der internistischen Fachdisziplin mit überwiegend Herz-Kreislaufproblemen, Dehydratation, Erkältungskrankheiten, Unterkühlungen und unspezifischen Magen-Darm-Erkrankungen. Damit entsprach dieses Spektrum völlig dem von uns prognostizierten Feld einer vornehmlich hausärztlichen Versorgung. Zunächst bemerkenswert waren die weiteren 50 % im Bereich der Traumatologie (z.B. gebrochene Unterarme und Sprunggelenke, Verstaue-

chungen etc.), was sich jedoch als Folge der örtlichen Gegebenheiten, von Unachtsamkeiten z.T. aus Übermüdung erklären lässt. Auch die Verteilung der Erkrankungsschwere, überwiegend geringfügige Störungen, spiegelt die Richtigkeit der Risikoeinschätzung wieder.

Eine gewisse Zuspitzung der Versorgungssituation ergab sich, wenn überhaupt, auf dem Marienfeld. Hier war entsprechend unserer Erwartungen die hausärztliche Versorgung, die ausdrücklich nicht in der Kompetenz des Sanitätsdienstes der Malteser liegen sollte, grenzwertig.

### Einsatztaktik Sanitätsdienst

Der Sanitätsdienst war – bildlich – eingebettet in eine vier-schalige Versorgungsstrategie: Um den Sanitätsdienst lag der Rettungsdienst, darum das System der überörtlichen Gefahrenabwehr/Massenanfall von Verletzten und darum hatte das Land Nordrhein Westfalen die Einsatzeinheiten des Katastrophenschutzes eingesetzt. Dies bedeutete, dass der Sanitätsdienst mit seinen stationären und mobilen Kräften die Aufgabe hatte, einen suffizienten notfallmedizinischen Erstzugriff sicherzustellen, sichere erste Hilfe zu leisten und einfache Beschwerden bzw. Verletzungen zu behandeln. Sobald darüber hinausgehende Therapien notwendig wurden, musste der Patient – im Zweifel über den Rettungsdienst – in eine weiterführende Behandlung verbracht werden. Diese Betrachtung war den Maltesern so vorgegeben.

Auf dieses Aufgabenspektrum abgestellt wurde seitens der Malteser der folgende Standard einer Unfallhilfsstelle definiert und zum Einsatz gebracht:

In der Woche waren so bis zu 25 Unfallhilfsstellen (UHS) im Einsatz, auf dem Marienfeld bzw. nach dem Ende der Veranstaltung auch im Umfeld 51 (UHS). Angrenzend an die Leistungen dieser Unfallhilfsstellen war seitens der Bundeswehr auf dem Marienfeld ein Medical Center mit 75 Behandlungsplätzen eingerichtet, in das die Patienten durch den Rettungsdienst verbracht werden konnten. Für größere Schadensereignisse waren seitens des Katastrophenschutzes Landes Nordrhein Westfalen weiterhin vier Behandlungsplätze mit einer Kapazität von 50 Patienten pro Stunde vor Ort vorbereitet und zehn weitere mit einer Vorlaufzeit von drei Stunden in den Heimatstandorten in Bereitschaft.

## Bewertung der Versorgungsstrategie

Grundsätzlich ist eine solche vier-schalige medizinische Versorgungsstrategie durchaus sachgerecht, wenn folgende Gesichtspunkte bei der Detailausplanung der Einsatztaktik beachtet werden:

Die einzelnen Teile des Versorgungssystems müssen in Leistung und Führung aufeinander abgestimmt sein. Das bedeutet u.a., dass die Rettungswege auch so dimensioniert sind und vor allem garantiert offen gehalten werden, dass die Rettungsmittel in der vorgesehenen Zeit – hier drei Minuten – nach Alarmierung die Unfallhilfsstellen erreichen. Ist dies nicht der Fall – wie zumindest in den vorderen Sektoren auf dem Marienfeld – reichen die definierten Mittel der Unfallhilfsstellen tendenziell nicht aus, den Patienten nach Art und Anzahl gerecht werden zu können.

Eine besondere Beachtung ist der von uns erwarteten hausärztlichen Versorgung zu schenken. Dabei ist zunächst festzustellen, dass die Patienten gerade nicht in eine weiter führende Einrichtung verbracht werden wollen, sie wollen am Ort bleiben, um wieder in ihre Gruppe zurückzukehren. Sie erwarten auch von einer Unfallhilfsstelle, dass sie dort Hilfe bekommen z.B. bei Erkältungssymptomen oder Magen-Darm-Erkrankungen. Dies war den Maltesern allerdings ausdrücklich verwehrt, was an die Grenze des Verständnisses ging. Soweit Patienten während der Woche in den Städten Bonn, Köln, Düsseldorf theoretisch ggf. an niedergelassene Ärzte verwiesen werden konnten, so war dies auf dem Marienfeld nicht möglich. Hier zeigte sich diese Problematik aufgrund der nunmehr bereits zehntägigen Veranstaltungsdauer deutlich. Das Medical-Center war für diese Klientel nur bedingt eine Lösung. Wenn nicht die Gefahrenabwehrbehörde mit Blick auf eine Überlastung der Krankenhäuser und Einrichtungen der Alltagsversorgung, ggf. auch aufgrund einer sich anbahnenden Gefahrenlage, hier entsprechende Auflagen macht, so ist es auf jeden Fall Aufgabe des Veranstalters, bei einer derartigen und auch vorhersehbaren Risikolage aus Fürsorgegründen seinen Teilnehmern gegenüber eine effiziente Vorsorge in Auftrag zu geben.

Der u.a. aus Gründen der privatrechtlichen Verkehrssicherungspflicht sowie aufgrund einer Auflage der Genehmigungsbehörden zur stellende Sanitätsdienst ist nicht nur eine – verpflichtende – Vorsorgeleistung des Veranstalters. Die hier definierte Ver-

sorgungsstrategie und das gestellte Hilfeleistungssystem machen es besonders deutlich, dass über die privatrechtliche Gestellung hinaus der Sanitätsdienst jedenfalls bei größeren Ereignissen vorgeplante Patientenablagen darstellen und damit Teil des staatlichen Gefahrenabwehrsystems sind, auf das sich die zuständigen Behörden auch ausdrücklich abstützen. Es ist deshalb zwingend erforderlich, dass von Anfang an alle Beteiligten – Genehmigungs-/Gefahrenabwehrbehörde, Veranstalter und die den Sanitätsdienst stellende Hilfsorganisation – dieses Ziel und die einheitliche effiziente und nach den Konditionen garantierte Gestaltung des Weges im Auge haben. Hier tragen die staatlichen Behörden eine besondere – tatsächliche – Verantwortung, da sie sonst in erheblichem Maße substituieren müssen, was bei derartigen Dimensionen nur schwer in der zur Verfügung



Die notwendigen Hilfeleistungen bewegten sich im vorher kalkulierten Rahmen.

stehenden Zeit möglich ist. Inwieweit die rechtlichen Möglichkeiten derzeit für eine solche Gestaltung durch die Behörden gegeben sind, muss noch dezidiert geprüft werden.

Aufgrund der gemachten Erfahrungen ist jedoch eines deutlich: Sollte die derzeitige Rechtslage das notwendige Handwerkzeug nicht hergeben, muss es geschaffen werden. Unabhängig davon sind es bei derartigen Veranstaltungen die gleichen Hilfsorganisationen, die sowohl den Sanitätsdienst, als auch in den weiteren aufbauenden Systemen die Kräfte stellen. Schon deshalb ist hier nicht nur dafür zu sorgen,

dass Brüche vermieden werden, sondern es liegt in der Weiterentwicklung auch deutlich eine Chance.

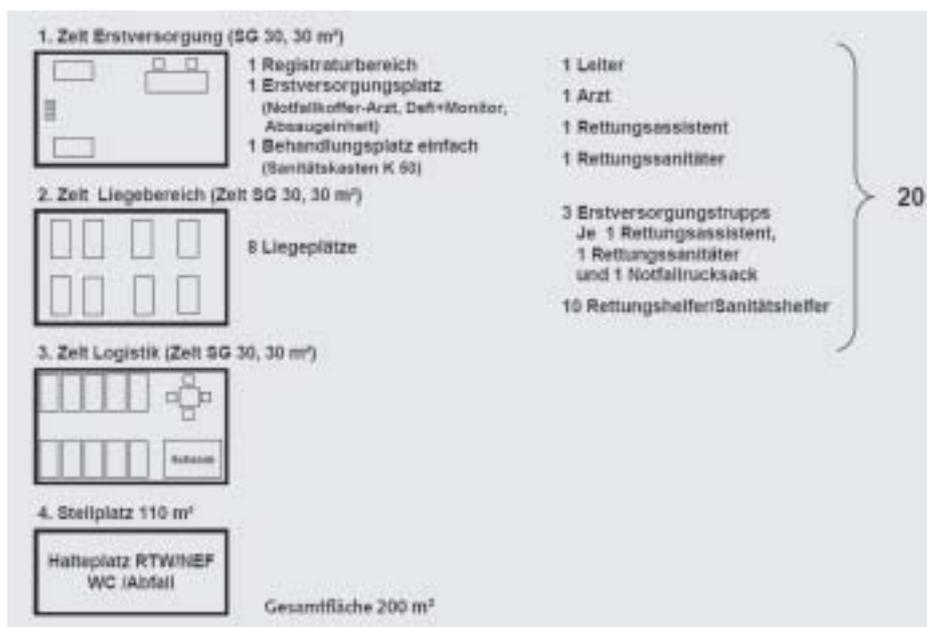
## Weitere Aspekte der Vorbereitung / Planung und Durchführung

Die wesentlichen Linien der Vorbereitung und Planung wurden über 1 ½ Jahre in einem kleinen hauptamtlichen Stab geleistet. Die professionelle tägliche Arbeit an diesem Thema war zwingende Voraussetzung dafür, dass die Einsatzkräfte zu Beginn des Weltjugendtages in einer Ausgangsposition waren, die es sowohl von der Aufgabe aber vor allem von der Fürsorge den Helferinnen und Helfern gegenüber verantworten ließen, mit – bis auf wenige Ausnahmen – ausschließlich ehrenamtlichen Kräften in die Durch-

an unserem Einsatz beteiligt waren, sich diesem Prozess sehr kooperativ unterzogen und ihn ausgezeichnet unterstützt haben. Dies zeigt, dass ehrenamtliches, bürgerschaftliches Engagement in unserer Gesellschaft nicht nur vorhanden ist, es kann vor allem – wie hier bewiesen – durch die Hilfsorganisationen zu einem höchst professionellen und effizienten Einsatzserfolg geführt werden. Eine Erkenntnis, die angesichts der laufenden Diskussionen um die Neustrukturierung des Katastrophenschutzes nicht deutlich genug festzustellen ist. Die hier nachgewiesene Leistungsfähigkeit nicht ausschließlich hauptamtlicher Systeme und Potenziale wurde in der Vorbereitungsphase auch von den beteiligten Behörden erkannt. Die Malteser stellten eine wesentliche Grundlage für das Gesamtsystem der medizinischen Vorsorge und es entwickelte sich eine sehr gute Zusammenarbeit.

Diese Erfahrungen bestätigen den positiven Weg, den das Land Nordrhein Westfalen in der Neuordnung des Katastrophenschutzes geht. Es ist zu wünschen, dass sie auch ein Signal an Bundesbehörden und Behörden der anderen Bundesländer sind, den Hilfsorganisationen zu ermöglichen, den hierin liegenden Mehrwert für unsere Gesellschaft zu generieren.

Gleichwohl muss man aber auch Probleme erkennen. Mangels Übung und u.a. durch die tägliche Praxis im Rettungsdienst anders



Malteser Standard Unfallhilfsstelle (UHS) WJT 2005.

(Fotos, Grafik: MHD)

führung zu gehen. Um dies erfolgreich realisieren zu können, wurde die Behandlung des Einsatzes auf allen Führungsebenen des Verbandes zur „Chefsache“ gemacht. Weiterhin wurde das gesamte ehrenamtliche Führungspersonal in mehreren Veranstaltungen und davon ausgehend dezentral multiplizierend in die Planungsarbeit eingebunden. Besonders erfreulich war, dass auch die anderen befreundeten Organisationen – das Deutsche Rote Kreuz, die Johanniter-Unfall-Hilfe und der Arbeiter-Samariter-Bund – , die

trainiert, sind es die Einsatzkräfte – insbesondere das Führungspersonal – nicht gewohnt, über vier bis fünf Ebenen geführt zu werden. Dies macht sich beispielsweise im Meldeverhalten und im Verständnis eines Führungsverhaltens mit Delegation und Auftragstaktik bemerkbar. Hinzu kommt eine nicht zu unterschätzende psychische Belastung durch die Dimension des Ereignisses und damit der Aufgabe. Dadurch besteht die Tendenz, die Auslastung der eigenen Einheit durch den Einsatzablauf über zu

bewerten. Gerade mit Blick auf die Tatsache, dass letztlich jeweils zwanzig Einsatzkräfte für ca. 35.000 Teilnehmer zuständig waren, diese Einsatzkräfte sich in der Mitte dieser Teilnehmer befanden und die Entwicklung subjektiv nur schwer voraussehbar war, hatten die Malteser darauf gedrängt, dass in jeder Unfallhilfsstelle zwei qualifizierte Kräfte aus dem Bereich der Psychosozialen Unterstützung integriert sein sollten. Das Einsatzgeschehen hat die Richtigkeit dieser Forderung bewiesen. Beide Fragestellungen, die Zusammenarbeit in einem System mit mehreren Ebenen und Erkenntnisse im Bereich der psychischen Belastungen, sind durch Ausbildung und Übung aller Beteiligten anzugehen.

## Informations- und Kommunikationsmanagement

Spätestens dieser Einsatz hat deutlich gemacht, dass traditionelle Systeme und Einsatztaktiken des Fernmeldewesens und des Informations- und Kommunikationsmanagements den aktuellen Anforderungen nicht mehr gerecht werden. Um es deutlich zu sagen: Wir müssen weg vom "Meldeblock und 2B-Bleistift", übermittelt über analogen Funk. Die Fülle an Informationen und die Möglichkeiten moderner Technik zwingen dazu, neue Wege konsequent zu beschreiten. Ziel muss es sein, die Verfügbarkeit ausgewerteter Informationen, gewonnen auf der Grundlage umfassender Datenerhebungen, in wesentlich kürzerer Zeit als bislang und mit größerer Tiefe und Breite bei definierten Nutzern sicherzustellen.

Die Malteser haben hier erstmals einen neuen Ansatz gemacht. Es wurden alle Führungseinrichtungen sowie die operativen und logistischen Einheiten neben der traditionellen Anbindung per Funk zusätzlich über Draht und, wo dies nicht möglich war, sogar großflächig per UMTS miteinander erfolgreich vernetzt. Dadurch war es neben der Übermittlung von Sprachmeldungen möglich, standardisierte Meldungen in einem E-mail-System befördert als Grundlage für die Lagebeurteilungen zu machen. Wir wollten aber mehr: Einen ersten Einstieg in „Netzwerkunterstützte-Einsatzführung“. Es wurde ein DV-System geschaffen, das einerseits alle verfügbaren Daten / Informationen nach Definition in der Vorbereitungsphase systematisiert im Einsatz einholen und diese andererseits nach ebenfalls vorher mit den Entscheidern der jeweiligen Ebenen vereinbarten Mus-

tern den Nutzern ausgewertet zur Verfügung stellen sollte. Die Netzwerk- und Auswerteebene zwischen den sog. Sensoren und den Entscheidern wurde so gestaltet, dass die gewünschte Auftragstaktik weiterhin, ja effizienter, zum Tragen kommen konnte.

Wir konnten mit diesem DV-System erste positive Erfahrungen machen, indem wir es in abgeschlossenen Teilbereichen des Einsatzes erfolgreich eingesetzt haben. Einem umfassenden Einsatz stand wesentlich die gewonnene Erkenntnis entgegen, dass der Mensch als Bediener und Nutzer neuer Systeme eine wesentlich größere Zeit benötigt, um Vertrauen in Neuerungen zu gewinnen, als wir zur Verfügung hatten. Damit war das Risiko mangelnder Informationsversorgung zu hoch, so dass die Rückfallebene der E-mail basierten Meldewege aktiviert werden musste. Gleichwohl weisen diese Gedanken den Weg, der weiter zu beschreiten ist.

## Fazit

Bei Großeinsätzen ist ein integrales System vom Sanitätsdienst bis zur Bewältigung einer Katastrophe tatsächlich unter Mitwirkung der Gefahrenabwehr- bzw. Genehmigungsbehörden sicherzustellen. Sollten die derzeitigen rechtlichen Möglichkeiten dazu nicht ausreichen, so sind sie zu schaffen.

Bei den sich beim Weltjugendtag darstellenden Dimensionen sind nur die Hilfsorganisationen in der Lage, die notwendige Basis der medizinischen Versorgung personell, materiell und vom System bzw. von der Führung her sicherzustellen. Dies hat unmittelbare Folgerungen für die Gestaltung der Mitwirkungskonditionen der Hilfsorganisationen im Rettungsdienst und im Katastrophenschutz.

Die Zusammenarbeit in Großlagen über mehrere Führungsebenen sowie die Vorbereitung auf psychische Belastungen der Einsatzkräfte bedürfen größerer Aufmerksamkeit.

Der Sprung in moderne Fernmeldetechnologien sowie in ein neues Informations- und Kommunikationsmanagement im Sinne von „Netzwerkunterstützte-Einsatzführung“ ist überfällig.

Der Auftrag, den die Malteser mit Unterstützung von DRK, JUH und ASB, wahrgenommen haben, wurde voll umfänglich und hoch qualifiziert erfüllt. Die Hilfsorganisationen können hiermit einen bemerkenswerten Erfolg verbuchen.

# Herausforderung Massenveranstaltung

Das THW unterstützte mit umfangreichen Maßnahmen den Weltjugendtag in Köln

Von Ewald Nagel, THW

Mehr als eine Million junge Menschen aus aller Welt kamen im August zu dem Mega-Event der katholischen Kirche nach Köln: dem XX. Weltjugendtag (WJT). Die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) unterstützte im Auftrag von Bundesinnenminister Otto Schily das Büro des Weltjugendtages mit seinen umfangreichen technischen und personellen Ressourcen.

Bereits im Februar begannen für die Einsatzkräfte die Vorbereitungen mit ersten Rodungsmaßnahmen auf dem Marienfeld, der zentralen Pilgerstätte für Jugendliche aus allen Erdteilen und Ort des Abschlussgottesdienstes mit dem Papst und 800.000 Pilgern. Das Marienfeld liegt auf dem Areal eines ehemaligen – inzwischen renaturierten – Braunkohle-Tagebaus nahe Köln. An vier Wochenenden waren



Mitarbeiter des THW führen letzte Arbeiten am so genannten Papsthügel durch.

Anfang des Jahres insgesamt 270 THW-Fachleute auf dem Marienfeld tätig, und führten weitere vorbereitende Arbeiten auf dem weitläufigen Ackergelände durch, damit dort eine Feierstätte für hunderttausende Pilger entstehen konnte.

### Professionelle Koordination im Vorfeld

So wurde schon im Vorfeld des einmaligen Festivals deutlich, dass auch das THW als Bundesbehörde vor umfangreiche Herausforderungen gestellt war. Die Aufgabenstellung war so komplex, dass das Vorhaben als Kernprojekt abgewickelt wurde. Unter der Leitung des Projektverantwortlichen Volker Strotmann, Leiter der Abteilung Einsatz in der THW-Leitung, und dem Projektleiter Dr. Hans-Ingo Schliwinski, Landesbeauftragter für Nordrhein-Westfalen, wurden bereits im April die Verantwortlichkeiten analog zu den Sachgebieten 1-6 der Stabsarbeit organisiert. Dank dieses bewährten Systems konnte jederzeit schnell und flexibel auf geänderte Rahmenbedingungen und Aufträge reagiert werden – bei den Vorbereitungen und auch während des Events.

Das THW trug mit rund 2.000 Fachkräften aus 218 Ortsverbänden aus ganz Deutschland zum Gelingen des Jugendfestivals bei. So errichteten die Einsatzkräfte in enger Abstimmung mit dem WJT-Büro im Vorfeld der Veranstaltung über 13 km Sicherheitszäune und erbauten Beschallungs- und Beleuchtungstürme auf dem Marienfeld. In der Nähe des Papsthügels wurden Großzelte aufgebaut zur Betreuung und Bewirtung der Rundfunk-Journalisten, der auftretenden Künstler und des Chors und für die Technikwerkstatt vor Ort.

### Flexible Aufgabenbewältigung in der heißen Phase

Während des Weltjugendtages sicherten THW-Fachleute die Stromversorgung für Catering-Firmen und die Beleuchtung der Zufahrten zum Marienfeld. 20 Großraumtage mit einer Gesamtleistung von mehr als 3,6 Megawatt waren allein in diesem Bereich im Einsatz – der Strombedarf einer Kleinstadt.

Darüber hinaus wurden Trinkwasserentnahmestellen für durstige Pilger installiert. An einem See

nordwestlich des Veranstaltungsgeländes bauten Fachleute des THW einen Bootsanleger für Sicherheitsboote und stellten mehrere Pumpen für die Löschwasserversorgung bereit.

Während der zentralen Großveranstaltung unterstützten zwei Fachgruppen Führung und Kommunikation auf dem Marienfeld die zentrale Veranstaltungsleitung mit Funkeinrichtungen. Eingesetzt wurde auch ein 60-Meter-Mastkraftwagen für den BOS-Funk (2m und 4m). Spezialisten verstärkten darüber hinaus die Einsatzstäbe der örtlichen Sicherheitskräfte und stellten einen Berater für den Krisenstab der Bezirksregierung.



Neben Strom und Beleuchtung sorgen die THW-Kräfte auch für den Zeltaufbau auf dem Marienfeld.

Die Verpflegung der Einsatzkräfte übernahmen Fachleute der Versorgungsgruppen. Mehrere tausend Essensrationen für die eigenen und Mitarbeiter anderer Organisationen wurden täglich zubereitet und verteilt.

THW-Einsatzkräfte gaben Hilfesuchenden Auskunft, leisteten im Auftrag der Festivalorganisatoren viele kleine Hilfestellungen, lenkten Pilgerströme, leiteten den Verkehr um und unterstützten Polizei, Feuerwehr und Sanitätsorganisationen.

Auch Transportaufgaben übernahm das THW: Pilgergruppen aus aller Welt waren im Vorfeld des WJT aufgerufen, Steine aus ihrer Stadt oder Region

mitzubringen. Tausende verzierte Ziegel aus aller Welt wurden zu einem begehbaren Steinlabyrinth zusammengesetzt, das dauerhaft an den Weltjugendtag in Köln erinnern soll. Den Transport der Bausteine übernahm das THW ebenso wie die kurzfristige Lieferung von über 6.400 Wolldecken für die auf dem Marienfeld übernachtenden Pilger. Ebenfalls kurzfristig noch ein besonderer Auftrag: für die Schiffsrundfahrt von Papst Benedikt XIV. auf dem Rhein musste ein Spezialstuhl für den Heiligen Vater von einem Hotel zum Rheinschiff „RheinEnergie“ transportiert werden.



Außer Sicherheitszäunen wurden auch sechs Sicherheitstürme errichtet.  
(Fotos: THW)

## THW-Jugend aktiv beteiligt

Als einzige nichtkonfessionelle Organisation war das THW mit einem großen Projekt am Weltjugendtag nicht nur als Helfer sondern auch als Teilnehmer vertreten. Unter dem Motto „In einer Welt zählt jeder“ schuf die THW-Jugend ein 25 m<sup>2</sup> großes und über vier Tonnen schweres Mosaik, das aus

25.000 einzelnen Steinen zusammengesetzt wurde. Neben zahllosen Pilgern aus aller Welt beteiligten sich auch Vertreter der Politik an dem Projekt. Rund 180 Mitglieder der Jugendorganisation aus ganz Deutschland nahmen an der Aktion teil. Sie wohnten während der Weltjugendtagswoche in einem eigens zu diesem Zweck errichteten Zeltlager.

Nachdem die Pilger aus aller Welt Köln verlassen hatten, war die Arbeit des aber noch lange nicht beendet: Im Anschluss an das Jugendfestival bauten die Einsatzkräfte die Stromaggregate, Trinkwasserstationen und und Zeltlager wieder ab. Für den Aufbau und den Abtransport waren insgesamt 580 Fahrzeuge unterwegs.

Sämtliche Einsatzaufgaben steuerte der Leitungs- und Koordinierungsstab des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen. Rund um die Uhr hatten haupt- und ehrenamtliche Stabmitglieder die Lage im Blick, so dass die gesamte Kapazität des THW für den Weltjugendtag zielgerichtet eingesetzt wurde. Die punktgenaue Koordinierung der Einheiten vor Ort wurde von Einsatzabschnittsleitungen übernommen.

## Unterbringung zentral geregelt

Der Großteil der Einsatzkräfte war in zwei eigens für diese Veranstaltung eingerichteten Lagern untergebracht. Im Camp Altenrath beim Flughafen Köln/Bonn waren bis zu 700 Helfer gemeinsam mit Soldaten der Bundeswehr untergebracht. In nur wenigen Tagen haben Bundeswehr und THW gemeinsam aus der ehemaligen Kaserne der belgischen Armee ein bewohnbares Lager gemacht. Camp Altenrath war Schlafstätte, Begegnungsstätte und Basis zugleich. Als Basis fungierte das Lager für die Shuttle-Flotte: Über 100 Fahrzeuge brachten das Material und Mitwirkende des Weltjugendtages an ihre Bestimmungsorte.

Neben Camp Altenrath diente auch ein ehemaliges Kasernengelände in Köln-Ossendorf den Einsatzkräften als Unterkunft. Im Butzweiler Hof hatten über 150 Helfer ihre Unterkunft. Die Einheiten waren unter anderem für den Fahrdienst, die Stromversorgung auf dem Marienfeld, den Abschleppdienst oder zur Versorgung anderer Einsatzabschnitte eingesetzt.

# Katastrophenschutz in Ungarn

## Die Nationale Hauptdirektion für Katastrophenschutz

Von Krisztina Pólya

Ungarn musste während seiner Geschichte schon mehrmals zahlreiche Umwelt- oder durch Menschen verursachte Katastrophen bewältigen, die zu erheblichen Verlusten und Schäden führten. Allerdings wären die Schäden ohne die Einsätze der gut vorbereiteten Organisationen noch größer gewesen. Die Katastrophenschutzorganisation ist heute in der Republik Ungarn eine Institution, die sich bei Bränden und Unfällen, bei Katastrophen und anderen Gefahrenlagen im Interesse der Bürger und zum Schutz ihrer Güter einsetzt.

Die sich ändernden Herausforderungen und die Kompliziertheit der Risikofaktoren erfordern eindeutig eine kontinuierliche Entwicklung, damit der Schutz der Bürger garantiert werden kann. Der internationale Erfahrungsaustausch und die gegenseitigen Hilfeleistungen bei der Zusammenarbeit innerhalb von Staaten, Regionen und internationalen Organisationen wurden im vergangenen Jahrzehnt wesentlich aufgewertet. Möglicherweise ist gerade diese Entwicklung die wichtigste Veränderung, die uns neben der Wahrnehmung unserer Pflichten innerhalb des Staates auch zur internationalen Zusammenarbeit und Hilfeleistung bewegt. Demzufolge können aber auch wir im Ernstfall mit entsprechender Hilfe rechnen.

Für die Nationale Hauptdirektion für Katastrophenschutz des Innenministeriums (NHDK IM), die ihren Sitz in Budapest hat, gibt es ein einziges Ziel: den sicheren Alltag der Gesellschaft durch wirksame Vorbeugung, durch einen erfolgreichen Einsatz bei Katastrophen und durch eine gekonnte Schadensbehebung und -beseitigung (Nachbearbeitung) zu garantieren. Die NHDK IM ist ein staatliches selbstverwaltendes ordnungshütendes Zentralorgan

des Innenministeriums, das mit allen rechtlichen Befugnissen ausgestattet ist und auch staatliche Verwaltungsaufgaben wahrnimmt.

### Errichtung der Katastrophenschutzorganisation

Die Nationale Hauptdirektion wurde aufgrund eines entsprechenden Gesetzes errichtet und nahm am 1. Januar 2000 ihre Tätigkeit auf. Diese neue, unter der Weisung des Innenministeriums stehende Organisation entstand durch Integration der Organe des ungarischen Bürgerschutzes und der staatlichen Feuerwehr. Dieser Zusammenschluss kam im Interesse einer größeren Wirksamkeit und als Folge eines natürlichen Entwicklungsprozesses zustande. Die NHDK IM und ihre nachgeordneten Organisationen (Technischer Dienst, Informationstechnische und Telekommunikationsabteilung, Gesundheits- und Psychologischer Dienst, Redaktion der der hauseigenen Zeitschrift „Katastrophenschutz“) sowie die 19 Provinzdirektionen verfügen insgesamt über 1929 Arbeitsplätze.

### Feuerwehr

Die Wurzeln des organisierten Feuerschutzes auf unserem Staatsgebiet gehen bis ins Altertum, bis in das Pannonien der Römerzeit, zurück. Seit der Entstehung des Christentums lebt die Legende um den heiligen Florian auch in Ungarn fort. Die Entstehung der modernen ungarischen Feuerwehr im Jahre 1870 ist eng verbunden mit dem Namen des Grafen Ödön Szécsényi und mit seinen in London

gewonnenen Erfahrungen. Im Jahre 1900 war Ungarn eines der Gründungsmitglieder des Internationalen Feuerwehr-Bundes (CTIF). Nach dem II. Weltkrieg wurden dann die staatlichen Feuerwehreinheiten gegründet, die Kommunalen-Feuerwehrverbände neu organisiert. Im Jahre 1990 wurde schließlich der Ungarische Feuerwehr-Verband gegründet. Heute schützen etwa 25.000 freiwillige, Berufs- und Betriebsfeuerwehrlaute zusammen das Leben und die körperli-

## Zuständigkeiten und Aufgaben der NHDK IM

Die Nationale Hauptdirektion für Katastrophenschutz des Innenministeriums wird geleitet von einem Generaldirektor, seit 2002 dem Feuerwehrgeneralmajor Dr. Attila Tatár. Er steht zugleich den Gebietsorganen des Katastrophenschutzes vor und hat die Aufsicht über die ungarischen selbstverwal-

ten Berufsfeuerwehren. Der Generaldirektor ist der verantwortliche Leiter der NHDK IM und untersteht bei der Ausübung seiner Aufgaben dem Innenminister. Im Falle einer Katastrophe ist der Generaldirektor befugt, Anweisungen an die Feuerwehreinheiten zur Ausführung von Rettungsaktionen, zur Vorbereitung der Ausführung einer Katastrophenschutzleistung, zur Meldung, zum Verlassen des Einsatzgebietes der einzelnen Einheiten, sowie zur Anordnung außerordentlicher Bereit-

schaftsdienste unmittelbar zu erteilen.

Die NHDK IM ist als Behörde untergliedert in die Abteilung zur Erfassung von Gefahrenlagen, in die Haushalts- und die Verwaltungsabteilung. Sie organisiert und koordiniert die Feuerbekämpfung, die technische Rettung, den Bürgerschutz und weitere Obliegenheiten, die das neue Katastrophenschutzgesetz vorsieht. Somit liegen ihre Verantwortung und ihre Kompetenz in der Mannigfaltigkeit des Katastrophenschutzsystems und in der Rolle der fachlichen Koordination.

Die NHDK IM legte bereits im Jahre 2000 die Nationale Strategie des ungarischen Katastrophenschutzes fest. Die Wirtschaftsordnung der neuen Organisation wurde herausgebildet; durch Festlegung von Haushaltsrahmen konnte ein gesetzmäßiges Wirtschaften verwirklicht werden. So entstand ein funktionsfähiges Katastrophenschutzsystem in Ungarn.



Angehörige des Rettungsdienstes bringen ein Kind in Sicherheit.

che Unversehrtheit der ungarischen Bürger, sowie deren Eigentum, die baulichen und natürlichen Werte unserer Heimat.

## Bürgerschutz

Die Organisation entstand im Jahre 1935 als behördlicher Luftschutz, um das durch Luftangriffe verursachte Risiko der Bevölkerung zu mindern. Die Organisation war während des II. Weltkrieges beim Ausführen der Maßnahmen zum Schutz der Einwohner gegen die Bombenangriffe äußerst erfolgreich. Als Grundlage ihrer weiteren Tätigkeit diente das von den UNO-Mitgliedstaaten angenommene Abkommen von Genf vom 12. August 1949. Seit Anfang der 90er Jahre liegt der Schwerpunkt des Bürgerschutzes im Organisieren des Schutzes gegen die Auswirkungen von Katastrophen.

## Strategie des nationalen Katastrophenschutzes

Grundbestandteile der Strategie des nationalen Katastrophenschutzes sind die Vorbeugung und der Schutz gegen die Auswirkungen von Katastrophen. Im Einzelnen geschieht das durch die Entwicklung von Rechtsvorschriften und Normen, die Ausbildung und Vorbereitung der Bevölkerung auf mögliche Gefahren und die Planung. Zur Bewältigung von Gefahrenlagen dienen Monitoring-Systeme, die Entgegennahme von Meldungen, die Entwicklung von Verbindungen zwischen den Bereitschafts- und Alarmierungssystemen, die Stärkung der Fähigkeit zur Selbstverteidigung. Zusammengefasst:

- Sicherstellung der effektiven Zusammenarbeit der unterschiedlichen im Katastrophenschutz mitwirkenden Organisationen,
- Schaffung einheitlicher Führungstechnik sowie
- Bereitstellung und Vermehrung der finanziellen Mittel.

## Berufsbezogenes Strategiekonzept des Katastrophenschutzes

Basierend auf einer ausführlichen Analyse möglicher Risikofaktoren legte das im Jahre 2003 erarbeitete Strategiekonzept die Aufgaben des Katastrophenschutzes neu fest. In Ungarn müssen wir mit permanenten Gefährdungen, beispielsweise mit Überschwemmungen, mit den Auswirkungen besonderer Wetterumstände oder mit chemischen und nuklearen Unglücksfällen bzw. Anschlägen, rechnen. Als besonderes Risiko werden Gefahrguttransporte auf Landstraßen, Schienen, Wasser und in der Luft betrachtet. Als neue Herausforderungen sind der Terrorismus, die unkontrollierte Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, die illegale Migration und die Störungen kritischer Infrastrukturen in Erscheinung getreten.

Aufgrund der zu erwartenden Herausforderungen hat der ungarische Katastrophenschutz die Aufgaben festgelegt, die die Schwerpunkte seines Tätigkeitsfeldes bilden. Dazu zählen die Vorbeugung als besonders wichtige Aufgabe oder die technische Entwicklung, die die Erfolgsaussichten eines Einsatzes und die Beherrschung einer Gefahrensituation verbessern sollen. Ebenfalls gelten als Schwerpunkte die Entwicklung der Systeme, die den beschleunigten Informationsfluss sicherstellen wie auch die effektivere Vernetzung der Mess- und Beobachtungsstationen. Das Strategiekonzept misst der Zusammenarbeit zwischen den Selbstverwaltungen, den zivilen Organisationen und den speziellen Rettungskräften, wie auch der Vorbereitung der Bevölkerung auf Gefahrensituationen, insbesondere der Erziehung der Jugend bezüglich der Gefahrensituationen und des Feuerschutzes, eine besondere Bedeutung bei.



Feuer in einer belebten Passage an der Budapester U-Bahn.

Aufgrund der berufsbezogenen Strategie des Katastrophenschutzes sowie durch die zielstrebige Erweiterung der Fachabteilungen des Innenministeriums werden auch detaillierte fachspezifische Strategiekonzepte aufgestellt. Diese Strategiepapiere geben einen sichtbaren und berechenbaren Entwicklungsprozess für den ungarischen Katastrophenschutz vor, wobei sie auch die Richtlinien, die Empfehlun-

gen und die Erwartungen der internationalen Katastrophenschutzorganisationen berücksichtigen.

### Internationale Kontakte

Durch die Unterzeichnung der Einverständniserklärung bei der EU-Ratskommission gehören



Die Feuerwehr betreut einen verunglückten LKW-Fahrer.

(Fotos: Kis-Guczai Péter)

wir seit dem 1. Januar 2003 dem Zivilschutzmechanismus der Europäischen Union an. Als Vollmitglied der EU nimmt Ungarn seit dem 1. Mai 2004 als aktiver Partner an der Aufgabenbewältigung des europäischen Zivilschutzes teil. Unsere Experten beteiligen sich tatkräftig an der Arbeit der NATO-Expertengruppe für Warn- und Erfassungssysteme (GOEWDS - Group Of Experts on Warning and Detection Systems).

Darüber hinaus steht die ungarische Katastrophenschutzorganisation im regen Kontakt zum Sekretariat der ISDR (International Strategy for Disaster Reduction = Internationale Strategie zur Minderung von Katastrophen) und der OCHA INSA-RAG UN (International Search and Rescue Advisory Group United Nations = Internationales Beratungs-

team für Such- und Rettungsdienste der Vereinten Nationen). Im Herbst 2004 wurde nach dem Muster der nationalen Plattform der ISDR (International Strategy for Disaster Reduction = Internationale Strategie zur Minderung von Katastrophen) das Ungarische Nationale Forum für Katastrophenprävention errichtet. Es hat sich zum Ziel gesetzt, die Katastrophenvorbeugung und die Bewusstseinsbildung gegenüber möglichen Katastrophen in der Bevölkerung zu fördern. Die ungarischen Spezial-, Forschungs- und Hilfstruppen des Katastrophenschutzes werden seit einem Jahr nach INSA-RAG-Leitsätzen der OCHA der Vereinten Nationen ausgebildet, um nach einer zweijährigen theoretischen und praktischen Ausbildung sowie nach Abschluss einer Qualifizierungsprüfung in die internationale USAR-Akkreditierungsliste (Urban Search and Rescue – Schnelleinsatzgruppe für Suchen und Retten) aufgenommen zu werden. Somit entsteht auch in Ungarn ein doppeltes

Hilfeleistungspotenzial – nicht nur Ungarn kann bei einer großflächigen Katastrophe im Lande mit internationaler Hilfe rechnen, auch der ungarische Katastrophenschutz kann der europäische Staatengemeinschaft „wenn’s brennt“ zu Hilfe eilen. (Übersetzung aus dem Ungarischen: Josef Bata, BBK)

Die Autorin des Artikels, Krisztina Pólya, ist Feuerwehrleutnant und Fachreferentin in der Abteilung für Internationale Kontakte bei NHKD IM.

Die Internetseite der NHKD IM ist abrufbar unter:

<http://www.katasztrofavedelem.hu/> .

Das Portal der ungarischen Feuerwehr ist zu erreichen unter:

<http://www.langlovagok.hu/>

# Internationale Katastrophenschutzübung

## „Pipeline – Partnerschaft – Dębno 2005“

Von Irene Kölbl, Berlin

Gasausströmung an Gasolin-Sammelstation, Explosion mit Einsturz und Folgebränden, medizinische Versorgung von eingeklemmten und (brand-)verletzten Personen: Das vielfältige Einsatzszenario in Dębno (Neudamm), Kreis Myeolibórz (Mützelburg), Westpommern (Polen) stellte die Einsatzkräfte vor große Herausforderungen.

### Örtlichkeit

Dębno ist etwa 30 km nordöstlich der deutsch-polnischen Grenzstadt Küstrin (Kostrzyn) gelegen. Die Stadt gehört zur „Euro-Region Oder-Neiße“, die die EU fördert.

Die Feuerwehr des Ortes unterhält seit vielen Jahren enge Beziehungen zu dänischen, deutschen und niederländischen Feuerwehren zum THW-Ortsverband Seelow.

### Schadenereignisse

Im Gemeindegebiet Dębno ist eine kanadisch-polnische Bergbaugesellschaft tätig, die an verschiedenen Bohrstellen Erdöl und Erdgas fördert und verarbeitet. Wie bereits in den Vorjahren stellte das Unternehmen nicht nur das Areal für die alljährliche Großübung zur Verfügung, sondern übernahm auch die Kosten. Viele Einsatzaufträge waren am 23. September 2005 entsprechend der Seveso II-Richtlinie abzuarbeiten:

An einer Sammelstation, die Gasolin (Mischung aus Erdgas, Erdöl und Wasser mit sehr hohem Schwefelanteil) von fünf Fördereinrichtungen auf-

nimmt, erwärmt und weiterfördert, trat plötzlich Gas aus. Eine Explosion führte schließlich zum Einsturz eines großen Gittermastes und löste Folgebrände an benachbarten technischen Anlagen sowie im angrenzenden Wald aus. Gemäß Alarmplan waren neben den betrieblichen Einsatzkräften die Berufsfeuerwehr Dębno und Freiwillige Feuerwehren des Kreises Myeolibórz zur Schadenbegrenzung zu alarmieren.

Gleichzeitig wurde Schadstoff in Gefahr bringender Menge freigesetzt. Daraufhin war das Gelände weiträumig auf Vorhandensein toxischer Luftbelastungen zu erkunden. Eine große Anzahl eingeklemmter und verletzter Personen (ca. 20 Personen), u.a. Schwerstbrandverletzte, war zu retten und medizinisch zu versorgen.

Als sich das vermeintliche Unglück ereignete, fand in Dębno gerade eine Ausbildungsmaßnahme statt, die Schadstoffe und ihre Auswirkungen thematisierte. Anwesend waren Kräfte der Berliner Feuerwehr, des Landeskriminalamtes Berlin – Kompetenzzentrum Kriminaltechnik 61 (Mobile und Stationäre Umweltanalytik) und der Technischen Universität Hamburg-Harburg. Sie wurden gemeinsam mit der Feuerwehr Renkum (Niederlande), die ebenfalls teilnahm, um Unterstützung gebeten. Auch die Freiwillige Feuerwehr Strausberg, eine Partnerwehr aus dem Landkreis Märkisch Oderland, rief die Feuerwehr Dębno zu Hilfe.

Unter den verletzten Personen befand sich auch ein schwer brandverletzter polnischer Bergarbeiter. Dessen Verletzungsmuster erforderten eine schnelle Verlegung in das nächste Verbrennungszentrum. In der näheren Umgebung (rund 80 km) befindet sich das Unfallkrankenhaus Berlin (UKB), das auch auf die Behandlung von Brandverletzten spezialisiert ist.

Nur mit einem Direktanflug des Intensivtransporthubschraubers (ITH) Berlin vom HDM/ASB-Team der DRF könnte sich der schnelle und Erfolg versprechende Kliniktransport durchführen lassen.

### Rettungsdiensteinsatz

Zwei ehrenamtliche Mitarbeiter der „Realistischen Unfall- und Notfalldarstellung (RUND)“ der DLRG Berlin schminkten 21 Verletzte nach eingehender Besichtigung der Anlage und Beschäftigung mit dem Szenario überaus wirklichkeitsgetreu.

Die Explosion, die sich ereignen sollte, würde beispielsweise Verbrennungen im Gesicht, an den Armen und Händen herbeiführen. Quetschungen, gebrochene Gliedmaßen oder schwerste Kopfverletzungen müssten ebenfalls auftreten. Ziel dieser „Kör-



Die Hauptorganisatoren der Übung, Tadeusz Nowak (Leiter der Feuerwache Debno, r.) und BA Willi Welkisch (Berliner Feuerwehr, m.) bei den letzten Abstimmungen.

perkunst“ ist, die Einsatzkräfte die Übungssituation vergessen lassen.

Für die Rettung aus dem direkten Gefahrenbereich waren Spezialkräfte der polnischen Bergrettung, Abteilung Erdgas-/Erdölförderung, zuständig. Sie brachten die Patienten in eine Verletztenablage an der Straße und übergaben sie dem polnischen Rettungsdienst. Das Rettungsamt übernahm die Versorgung der Verletzten sowohl vor Ort als auch deren Trans-

port ins Krankenhaus. Wegen zu später Alarmierung kamen die deutschen Rettungsdienstseinheiten nicht mehr an der Einsatzstelle zum Zuge. Sie führten jedoch die Verlegung des schwer brandverletzten Bergarbeiters vom Krankenhaus zum Hubschrauberlandeplatz durch. Die Landung des ITH gegen 13:30h ermöglichte den anschließenden Transport zum UKB nach Berlin. Hierbei handelte es sich um den ersten Direktflug eines deutschen Rettungshubschraubers im Primäreinsatz an einer Einsatzstelle in Polen.

Die hierfür erforderlichen Genehmigungen zu erwirken, hatte sich als sehr schwierig erwiesen. Stettin und Warschau hatten bereits Ende Juli mitgeteilt, dass einem Direktflug nichts im Wege stehe. Bei der Erstellung des Flugplanes am Vortag der Übung traten plötzlich Probleme auf.

Beharrliche Interventionen von Brandamtmann Willi Welkisch von der Berliner Feuerwehr, des Wojwodschafskommandanten, General Marek Kowalski, und des stellvertretenden Hauptkommandanten, Oberst Wojciech Kubicki, waren erforderlich. Erst im Laufe des Freitagvormittags erreichten Deutsche Flugsicherung, deutscher und polnischer Zoll, ITH-Betreiber und polnische Flugsicherung die Autorisierung des Flugplans.

Sofort nachdem die Flugerlaubnis vorlag, startete der ITH in Berlin. Dr. Jörg Beneker, der den Hubschrauber als Notarzt begleitete, begründete den Hubschraubereinsatz mit deutlichen Worten: „Wir wollen dem Menschen, der auf dem Land verunglückt, die gleiche Chance geben wie demjenigen, der in der Stadt einen Unfall hat.“ Nach Aussagen der Übungsverantwortlichen dürfe keine Rolle spielen, woher der Rettungshubschrauber stammt und auf welchem Einsatzgebiet er zu landen hat. Handlungsmaxime sollte ausschließlich der (verunfallte) Mensch sein, unabhängig von seiner Nationalität oder Religion. Ziel müsse sein, jeden Patienten so schnell und schonend wie möglich in das nächstgelegene und für die jeweilige Verletzungsart geeignete Krankenhaus zu transportieren. Diese bisher einmalige Demonstration habe Chancen innerhalb der europäischen Kooperation zum Wohl von Betroffenen auf beiden Seiten der Oder aufgezeigt. Gleichzeitig eröffne sie neue Wege für die internationale Integration. Die Politik beider Länder sei gefordert, die gewonnenen Erkenntnisse in völkerrechtlichen Vereinbarungen zum Nutzen der Menschen ihrer Länder umzusetzen.

## Schadstoffanalyse

Unter Führung des Messleitfahrzeuges vom LKA KT 61 hatten zwei ABC-ErkKW die Schwefelwasserstoff (H<sub>2</sub>S)-Konzentration am Rande der angenommenen Wolke zu messen. Die Werksleitung hatte tatsächlich H<sub>2</sub>S in geringer Konzentration freisetzen lassen, was die Messfahrzeuge auch erkannten. Die Mitarbeiter der kriminaltechnischen Umweltanalytik konnten mit Gas-Chromatographen und Massenspektrometern die Schadstoffe identifizieren und die gemessenen Werte der Erkundungskraftwagen aufbereiten.

Ein Vertreter der TU Hamburg-Harburg testete ein in seinem Hause entwickeltes Gefahrstoff-Detektoren-Array (GDA). Ein solches Gerät ermöglicht es, Gefahren zu erfassen, die bei Unfällen und Bränden von Chemikalien ausgehen können. Es besteht aus einem Ionen-Mobilitäts-Spektrometer (IMS), einem Photo-Ionisations-Detektor (PID), zwei Halbleitersensoren und einer elektrochemischen Zelle. Für weitere Tests steht das GDA auch den ABC-ErkKW zur Verfügung.

Alle Besatzungen haben einen wichtigen Übungseinsatz absolvieren können: Wenn auch in geringer Konzentration, traten echte Gefahrstoffe auf, die es zu ermitteln galt.

## Brandbekämpfung

Polnische Einsatzkräfte führten eine Brandbekämpfung auf dem Werksgelände durch. Ungewöhnlich für die deutsche Einsatztaktik war die Nutzung der Schnellangriffseinrichtungen von zwei Fahrzeugen. Statt eine Wasserversorgung mittels B- und C-Schläuchen aufzubauen, kamen die formstabilen Kunststoffschläuche zum Einsatz. Tanklöschfahrzeuge stellten hierfür die Wasserversorgung im Pendelverkehr sicher. Ein Schaumlöschgriff wurde ebenfalls vorgetragen. Die Waldbrandbekämpfung oblag freiwilligen Feuerwehren mit einer Wasserversorgung über lange Wegstrecke.

Einsatzkräfte der Berliner Feuerwehr führten das Schaumlöschsystem CAFS vor. Bei der Brandbekämpfung an einer technischen Anlage und zum Schutz des angrenzenden Waldes vor dem Flammenüberschlag durch an den Bäumen haftenden Schaum ließ sich die Wirkungsweise des Druckluftschlams

eindrucksvoll demonstrieren. Das „Compressed Air Foam System“ ist in den USA marktreif entwickelt worden. CAFS arbeitet mit einem eingebauten Kompressor und einer Zumischanlage, die den Schaum bereits am Fahrzeug erzeugen. Ein normales Strahlrohr gibt das komplette Luft-Wasser-Schaumgemisch ab. Es hat eine relativ große Wurfweite und trägt dazu bei, dass das Gewicht der Schlauchleitungen wesentlich geringer ist. Die Wirksamkeit der Brand-



Als Gastgeschenk verteilte die polnische Feuerwehr eine Tafel mit den Emblemen aller an der Übung beteiligten Organisationen.

bekämpfung erhöht sich durch das Anhaften des Schaums am Brandobjekt. Als Schaummittel wird kein spezielles, sondern herkömmliches Schaummittelkonzentrat verwendet.

Der Einsatz ist reibungslos gelaufen. Auch die Kompatibilität der Ausrüstung, was die deutschen und polnischen Löscharmaturen bzw. Schläuche anbetrifft, ist gegeben.

## Technische Hilfeleistung

Wie angedeutet war an einer Gasolin-Sammelstation ein Leck aufgetreten. Dort demonstrierte eine technische Einheit der Bergrettung, Abteilung Erdgas-/Erdölförderung (rote Overalls), die Möglich-

keiten, ein undichtes Rohr sauber zu trennen. Nachdem dies ausgeführt war, konnten sie ein neues Rohrstück einsetzen.

### Einschätzung

Was die gemeinsame Einsatzleitung anbelangt, verfügen die Beteiligten über hervorragende technische Voraussetzungen. Hervorzuheben sind in diesem Zusammenhang der in der Stettiner Wojwodschafskommandantur stationierte Einsatzleitwagen



Schaumlöschangriff der polnischen Feuerwehren.  
(Fotos: Stefan Wagner)

(ELW) 2 und die Deutschkenntnisse vieler polnischer Führungskräfte. Die Koordination zwischen dem polnischen Einsatzleiter und den Einsatzleitern der anderen mitwirkenden Kräfte ist noch weiter ausbaufähig. Innerhalb der Einsatzleitung sind Verbindungsbeamte zu etablieren, deren Einbindung in die Entscheidungsfindung zu intensivieren ist.

Die Kommandantur in Stettin hat den ELW 2 mit EU-Mitteln aus dem „PHARE CBC 2000-Projekt“ beschaffen können. Dieser ist mit der erforderlichen Funktechnik für einen grenzüberschreitenden Einsatz zwischen Deutschland und Polen ausgestattet.

Schon lange beschäftigt sich die Hauptkommandantur in Warschau intensiv mit den internationalen Übungen in Dębno. Die Verantwortlichen haben inzwischen erkannt, dass auch für die Koope-

ration mit Berlin noch entsprechende Vereinbarungen zu treffen sind. Die Zusammenarbeit mit den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen beispielsweise ist bereits durch Vertragswerke direkt abgesichert. Berliner Hilfe, insbesondere in Form von Spezialtechnik wie ABC-Einheiten, Rettungsdienst oder Sonderfahrzeugen, ließe sich im Ernstfall ebenso im Rahmen grenzüberschreitender Einsätze sinnvoll anfordern. Der Berliner Verband kann ohne Inanspruchnahme von Sonderrechten nach rund zweieinhalb Stunden vor Ort sein. Eine Fahrzeit, die es Einheiten der Berliner Feuerwehr ermöglicht, bei schwierigen Einsatzlagen und im Katastrophenfall immer noch zeitnah zu unterstützen.

Umgekehrt liegen Angebote aus Polen vor, bei Bedarf Großpumpen für die Löschwasserförderung (8.000 l/min) zur Verfügung zu stellen. Binnen zwei Stunden können diese Geräte in der Hauptstadt eintreffen. Gleiches gilt für Schaummittelreserven, die kurzfristig in Stettin vorhanden sind, oder den genannten ELW 2, der für deutsch-polnische Einsätze eingerichtet ist.

### Zusammenarbeit fördern

Einmal mehr hat das von engagiertem und diszipliniertem Verhalten geprägte Übungsgeschehen zur Verständigung zwischen den europäischen Teilnehmern beigetragen. In gleicher Weise hat es die Zusammenarbeit im „Deutsch-Polnischen Jahr“ darstellen können, das seit Juni 2005 eröffnet ist. Auch die Möglichkeiten eines sinnvollen Zusammenwirkens bei eventuellen gemeinsamen Einsätzen in Katastrophengebieten haben sich aufzeigen lassen.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe

Fachinformationsstelle für  
Zivil- und Katastrophenschutz

Deutscherherrenstraße 93-95

53177 Bonn

**Bitte im  
Fensterbriefumschlag  
absenden oder  
per Fax übermitteln:  
01888-550-579**

**Ich bitte um kostenlose Zusendung der unten angekreuzten Titel an meine Anschrift:**

Name  Vorname

Straße

PLZ  Ort

Dienststelle/Firma  Funktion im ZS/KatS

Tel.nr. für Rückfragen

(BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN oder ggf. Stempel verwenden)

**Zivilverteidigungs-,  
Zivilschutz- und Kata-  
strophenschutzrecht**

/ Landtag von Sachsen-  
Anhalt vom 26.5.2005,  
S. 4296 - 4302

In: Bundesgesetzblatt  
Teil I (2005), 52, S. 2538

**Bevölkerungsschutz /  
Zivilschutz**

Best.-Nr.: 4/05/10

Entwurf eines Zweiten  
Gesetzes zur Änderung  
des Katastrophenschutz-  
gesetzes des Landes  
Sachsen-Anhalt, zweite  
Beratung  
In: Plenarprotokoll 4/59

Best.-Nr.: 4/05/190

Verordnung über die Zu-  
ständigkeit und das Ver-  
fahren bei der Unab-  
kömmlichstellung (Unab-  
kömmlichstellungsver-  
ordnung - UkV) vom 24.  
August 2005

Best.-Nr.: 4/05/99

Zweites Gesetz zur Ände-  
rung des Katastrophen-  
schutzgesetzes des Lan-  
des Sachsen-Anhalt vom  
28. Juni 2005  
In: GVBl. Sachsen-  
Anhalt 16 (2005), 37, S.  
320 - 321

Best.-Nr.: 4/05/Inter-  
schutz

Das BBK – Partner von  
Ländern und Kommun-  
nen. Vortrag des Präsi-  
denten des Bundesamtes  
für Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe  
(BBK), Christoph Unger,

anlässlich der Messe  
 INTERSCHUTZ 2005  
 In: Thementag Katastrophen-/ Zivilschutz, 11 S.

□ Best.-Nr.: 4/05/85

TOP 22. Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung, dritter Bericht über den Stand der Umsetzung des Beschlusses der IMK vom 6.12.02 zu TOP 36  
 In: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 178. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 24. Juni 2005 in Stuttgart. - Berlin. (2005), S. 32 - 33

□ Best.-Nr.: 4/05/39

Bevölkerungsschutz und neue Sicherheitsarchitektur in Deutschland und Europa / Bundesinnenminister Otto Schily  
 In: Vorträge / 1. Europäischer Katastrophenschutzkongress. Bonn. - (2005), 28 S.

□ Best.-Nr.: 4/05/89

Bericht des AK V über den Stand der Umsetzung der Beschlüsse der IMK vom 6.12.2002 (TOP 36) und vom 21.11.2003 (TOP 27)

und vom 08.07.2004 (TOP 33) „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung“. Stand: März 2005. 41 S., Anlage 2 zu Beschluss Nr. 22, Sitzung vom 24.06.2005 in Stuttgart. Ausdruck aus dem Internet

□ Best.-Nr.: 4/05/86

TOP 23. Grundsatzfragen des Zivil- und Katastrophenschutzes, gemeinsamer Bericht der Arbeitsgruppe „Unterstützung durch die Bundeswehr im Katastrophenschutz der Länder“  
 In: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 178. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 24. Juni 2005 in Stuttgart. Berlin (2005), S. 34 - 35

□ Best.-Nr.: 4/05/90

Gemeinsamer Bericht der Arbeitsgruppe „Unterstützung durch die Bundeswehr im Katastrophenschutz der Länder“ des Bundesministeriums des Innern, des Bundesministeriums der Verteidigung und der Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen, Thüringen / Bundesministerium des Innern, Referat IS 5,

Berlin, den 20.01.2005. 12 S. - Anlage zu Beschluss Nr. 23, Sitzung vom 24.06.2005 in Stuttgart. Ausdruck aus dem Internet

□ Best.-Nr.: 4/05/87

TOP 24. Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes; Beschluss der Regierungschefs der Länder vom 27. März 2003

In: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 178. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 24. Juni 2005 in Stuttgart. Berlin. (2005), S. 36 - 37

□ Best.-Nr.: 4/05/81

Bevölkerungsschutz im Grundgesetz. Folgerungen aus dem Scheitern der Föderalismuskommission / Klaus-Henning Rosen, Ministerialdirektor a.D.

In: Homeland Security (2005), 2, S. 28 - 35

□ Best.-Nr.: 4/05/91

Bericht des AK V „Feuerwehrangelegenheiten, Rettungswesen, Katastrophenschutz und zivile

Verteidigung“ der Innenministerkonferenz zur Neuordnung des Zivil- und Katastrophenschutzes (Stand: 19.04.05); Beschluss der Regierungschefs der Länder vom 27. März 2003. München, 19. April 2005. 31 S. Anlage zu Beschluss Nr. 24, Sitzung vom 24.06.2005 in Stuttgart. Ausdruck aus dem Internet

□ Best.-Nr.: 4/05/77

Die neuen Herausforderungen für die innere Sicherheit. Vom Kampf gegen den internationalen Terrorismus zum umfassenden Bevölkerungsschutz / Fritz Rudolf Körper, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister des Innern  
 In: Homeland Security (2005), 2, S. 4 - 9

□ Best.-Nr.: 4/05/06

„Ein wirksamer Bevölkerungsschutz ist ein internationales Anliegen“ : Rede von Bundesminister Otto Schily aus Anlass der Eröffnung der Messe INTERSCHUTZ / INTERPOLICE 2005 am 6. Juni 2005 in Hannover  
 In: BMI-Pressemitteilung vom 6.6.2005, 5 S.

# AKNZ - Jahresprogramm 2006

Bezeichnung	Tage	Kalenderwoche
<b>Staatliche Sicherheitsvorsorge</b>		
Allgemeine Fragen des Bevölkerungsschutzes	5	5; 11; 19; 26; 35; 39; 43; 49
Aufgaben des Bevölkerungsschutzes für die kommunale Führungsebene	3	15; 18; 35; 45
Staatliche Sicherheitsvorsorge / Zivile Sicherheitsvorsorge		
Staatliche Sicherheitsvorsorge / Zivile Sicherheitsvorsorge Follow-up-Seminar		
Zivile Sicherheitsvorsorge in Europa	3	12; 39
Weiterbildungsstudiengang Katastrophenvorsorge – Katastrophenmanagement (KaVoMa)	3	39; 47
Sicherheit – Netzwerk		
Sicherheitspolitik	3	41; 46
<b>Allgemeine Aspekte des Zivil- und Katastrophenschutzes</b>		
Rechtsfragen des Zivil- und Katastrophenschutzes	3	28; 50
Helferangelegenheiten des Zivil- und Katastrophenschutzes	3	11; 22; 38; 45
Wirtschaftliche Angelegenheiten des Zivil- und Katastrophenschutzes	3	6; 20; 39; 45
Einführung in die Zivile Alarmplanung		
Einführung in den Objektschutz	3	5; 43
Planerische Grundlagen des Bevölkerungsschutzes:		
Risiko-Wahrnehmung und Risiko-Kommunikation	3	8; 16; 23; 39; 50
Planerische Grundlagen des Bevölkerungsschutzes: Gefahren- und Risikoanalysen	3	6; 13; 22; 43; 51;
Zivil- und Katastrophenschutz kreisangehöriger Städte und Gemeinden	5	7; 10; 12; 14; 19; 33; 36; 42; 47; 49
Basisschutz für die Einsatzorganisationen des Katastrophenschutzes	2	26; 40
Risikomanagement im Umfeld Kritischer Infrastrukturen:		
Grundlagen – Methoden – Werkzeuge	3	16
<b>Kritische Infrastrukturen:</b>		
Ernährung und Trinkwasser		
Notfallvorsorge Ernährung I	3	17; 20; 36
Notfallvorsorge Ernährung II	3	18; 39
Notfallvorsorge Ernährung III	3	38; 47
Notfallvorsorge Trinkwasser I	3	14; 37
Notfallvorsorge Trinkwasser II	3	36; 50
Erhaltung von Anlagen der Trinkwassernotvorsorge	2	25; 37
Energie, Wirtschaft und Arbeit		
Einführung in die Arbeitssicherstellung	3	42
Notfallvorsorge Energie und Wirtschaft I	3	8; 19; 38; 46
Notfallvorsorge Energie und Wirtschaft II	3	13; 22; 42; 49
Notfallvorsorge Energie und Wirtschaft III	3	14; 50
Verkehr		
Notfallvorsorge im Bereich Straße I	3	22
Notfallvorsorge im Bereich Straße II	3	50
Notfallvorsorge im Bereich Verkehr im Rahmen der NATO		
Maritime Gefahrenabwehr		
Sonderdatei – KFZ		
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)		
Kulturgutschutz		
Maßnahmen zum Schutz von Kulturgut	3	26; 41
Kulturgutschutz – Ausgewählte Aspekte	3	15

Bezeichnung	Tage	Kalenderwoche
<b>Selbstschutz</b>		
Ausbilder und Multiplikatoren für Selbsthilfethemen	5	6; 11; 22; 39; 48
	3	10; 14; 36; 43
Ausbilder und Multiplikatoren für Selbsthilfethemen – Lehrkräfte von öffentlichen Schulen	5	13; 34
Gefahrenabwehrplanung in Krankenhäusern I	3	7; 25; 49
Gefahrenabwehrplanung in Krankenhäusern II	3	6; 27; 43
Gefahrenabwehrplanung in Krankenhäusern III	3	10; 36; 46
Gefahrenabwehrplanung in Krankenhäusern IV	3	8; 23; 48
Selbstschutz / Selbsthilfe und Katastrophenabwehr in Behörden und Betrieben	5	8; 17; 20; 28; 38; 41
<b>Gesundheitswesen / Katastrophenmedizin</b>		
Krisenmanagement im Gesundheitswesen – Grundlagen 1	3	12; 19; 34; 42; 46
Krisenmanagement im Gesundheitswesen – Grundlagen 2	5	13; 20; 35; 43; 47
Krisenmanagement im Gesundheitswesen – Seuchenmanagement		
Krisenmanagement für Oberste Landesgesundheitsbehörden	3	11
Umgang mit biolog. Gefahrenlagen im Rahmen terroristischer Ereignisse – Pilotseminar I	5/3	7a/8b
Umgang mit biolog. Gefahrenlagen im Rahmen terroristischer Ereignisse – Pilotseminar II	5/3	38a/39b
Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz – taktische Führungskräfte im Medizinischen Bevölkerungsschutz	3	3; 33; 49
Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz – fachliche Führungskräfte im Medizinischen Bevölkerungsschutz	3	3; 33; 49
Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz – Vorbereitung der Krankenhäuser		s. Gefahrenabwehrplanung in Krankenhäusern II
Ärzte im Zivil- und Katastrophenschutz – Dekontamination von Patienten	3	8; 18; 45
Führungskräfte im Rettungs- und Sanitätsdienst	3	7; 19; 38; 47
Emergotrain	2/3	2; 46
<b>Psychosoziale Notfallversorgung</b>		
Psychosoziale Notfallversorgung – Grundlagen	3	11; 28; 46
Opfer und Angehörigenhilfe	3	18; 50
Umgang mit Hinterbliebenen – Trauer	3	17; 43
Hilfe für Helfer	3	15
Psychosoziale Betreuung von Notfallopfern und Helfern – Erfahrungen aus aktuellen Schadenslagen	3	34
Spezialeinheiten Psychosoziale Notfallversorgung (PSNV) Großschadenslagen	3	21
Hotline als Instrument des psychosozialen Krisenmanagements	3	2; 41
PSU Führungsfunktionen	3	5; 12; 16
Koordinierungsstelle PSNV für langfristige Nachsorge nach Großschadenslagen	3	33
Landeszentralstellen Psychosoziale Notfallversorgung	3	48
Qualitätssicherung in der Psychosozialen Notfallversorgung	3	23
Netzwerk Psychosoziale Notfallversorgung	3	22
<b>Stressmanagement</b>		
Führen und Leiten unter hoher psychischer Belastung – Grundlagen	5	7; 25; 38
	4	16
Interkulturelle Kommunikation im Katastrophenschutz	2	9
Konfliktmanagement im Katastrophenschutz	3	43
Stress und Stressbewältigung im Katastrophenschutz	3	27
<b>Krisen-Kommunikation</b>		
Krisen-Kommunikation 1	5	2; 10; 19; 48
Krisen-Kommunikation 2	5	6; 11; 39; 43
Krisen-Kommunikation 3	3	8; 20; 46

Bezeichnung	Tage	Kalenderwoche
Kommunikations-Crash-Kurs für politisch Verantwortliche	2	12; 14
Workshop für hauptberufliche Pressesprecher	3	7; 18; 28
Informationsseminar für Medienvertreter	2	13

## NRBC-Gefahrenmanagement / Veterinärwesen

(ehemals ABC-Schutz und -vorsorge/Veterinärwesen)

Radiologische Risiken	5	3; 26
Biologische Risiken	5	2; 13; 34; 47
Chemische Risiken	5	10; 33; 45; 49
Fortbildung für Führungskräfte im ABC-Schutz	5	5; 19; 35
Berater für ABC-Fragen in Führungsgremien der Katastrophenschutzbehörde	5	7; 50
ABC-Auswertung	3	3; 45
Dekontamination	3	8; 20; 25
Analytik bei chemischen Kontaminationen	4	12
Führungskräfte in Analytischen Task Forces		
Lehrkräfte der Landesfeuerwehrschulen für den Bereich ABC-Schutz	5	17; 48
Gefahrenabwehrplanung im Umfeld chemischer Anlagen	3	18
Krisenmanagement im Veterinärwesen: Tierseuchenbekämpfung	3	21
Fallstudie Tierseuchen – Spezialthemen	3	5; 42

## Information und Kommunikation der BOS/ Telekommunikation

Kommunikationstechnik und -struktur der BOS	3	6; 14; 26; 34; 42; 50
Leiter Sachgebiet 6 im operativ-taktischen Bereich 1	5	7; 33; 39
Leiter Sachgebiet 6 im operativ-taktischen Bereich 2	3	15; 38
Leiter Sachgebiet 6 im operativ-taktischen Bereich 3	5	27; 47
Vernetzung der IT/TK-Technik im operativ-taktischen Bereich	4	8; 28; 48
S6-bezogene Auswertung von Großereignissen; Anpassung des Fachwissens	3	17
Weitverkehrskommunikation bei großflächigen Schadenslagen im In- und Ausland	3	20
Informations-/Kommunikationsvernetzung im Sachgebiet 6 unter Verwendung moderner Technologien in Kooperation mit der Fachhochschule Bingen	3	41
Lehrkräfte der Landes-/ Bundesschulen aller Organisationen der BOS für den Bereich Fernmeldewesen / Information und Kommunikation	3	10
Zusammenarbeit und IuK-Ausbildung der BOS	5	36
Projektgruppenarbeit zur Anpassung des „Leitfaden Fernmeldedienst“	3	12; 35; 43

## Führen und Leiten im Katastrophenschutz

Zusammenwirken der Einheiten in der Gefahrenabwehr	3	2; 3; 5; 6; 45; 46
	5	9; 14; 19; 38; 47; 49;
Operativ-taktische Führung 1	5	26; 28; 33; 35; 36; 36; 38; 39; 43
Operativ-taktische Führung 2	4	7; 10; 20; 22; 23; 25;
		35; 38; 39; 41; 45;
Operativ-taktische Führung 3 in Verbindung mit Krisenmanagement 2 – WM	3	2; 2; 6; 6; 9
Operativ-taktische Führung 3	3	8; 11; 12; 13; 17; 18; 19
	4	48
Anlegen einer Planübung für den operativ-taktischen Bereich vor Ort	5	2; 10; 11
	4	18
Planübung für den operativ-taktischen Bereich vor Ort	5	12; 20; 22; 38; 43; 50
Mobile Führungsunterstützungsstäbe	3	5; 14; 18; 45; 47
Operativ-taktische Führung für Beamte des höheren feuerwehrtechnischen Dienstes	10	42
Sonderseminar für Beamte des höheren feuerwehrtechnischen Dienstes	3	47
Sonderseminar für Führungskräfte der Hilfsorganisationen	3	45
Anlegen und Durchführen von operativ-taktischen Übungen des Katastrophenschutzes	5	6; 8; 19; 41; 42; 48
Lehrkräfte der Landesfeuerwehrschulen für den Bereich Führung	3	51

Bezeichnung	Tage	Kalenderwoche
Grundlagen der Stabsarbeit	3	5; 8; 13; 13; 19; 21; 33; 38; 40; 41; 49
Führen von Verbänden der Hilfsorganisation (Verbandsführer HiOrg)	5 6	9; 20; 22 31
Großschadenlage für Studierende der PFA	5	4; 4
Zusammenarbeit der Polizei mit Kräften des Katastrophenschutzes	3	37
Aktuelle Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes 1	3	14
Aktuelle Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes 2	3	17
Aktuelle Fragen des Zivil- und Katastrophenschutzes 3	2	46
Auswertung einer durchgeführten Planübung für den operativ taktischen Bereich vor Ort	3	3; 7; 36; 39; 45; 47; 49; 51
Operativ-taktische Führung im Gesamtstab	5	27; 34; 41; 49
Sonderseminar für Beamte des gehobenen feuerwehrtechnischen Dienstes	3	46
Lehrkräfte der Hilfsorganisationen für den Bereich Führung	3	48
Sonderseminar für Kreisbrandmeister	3	50
<b>Krisenmanagement</b>		
Krisenmanagement 1 – Ausbildung des Verwaltungsstabes	3	11-14; 17-20; 22; 28; 33-35; 50; 51
Krisenmanagement – Erarbeitung einer KM-Übung einer Behörde	3	7; 8; 10
Krisenmanagement vor Ort – Praxis des Krisenmanagements einer Behörde	4	36; 38; 43
Krisenmanagement 2 – Ausbildung des Verwaltungsstabes mit Koordinierungsgruppe (KGS)	3	46-49
<b>Zivil-Militärische Zusammenarbeit</b>		
Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Inland	5	3; 5; 7; 11; 13; 17; 20; 25; 27; 28; 33; 35; 38; 41; 43; 47; 49
Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Ausland	5	4; 6; 8; 10; 12; 14; 19; 22; 27; 28; 34; 36; 39; 42; 45; 48; 50
<b>Humanitäre Aspekte des internationale Krisenmanagements</b>		
Humanitäre Aspekte des internationalen Krisenmanagements – Teil I	5	35; 38; 47
Humanitäre Aspekte des internationalen Krisenmanagements – Teil II	5	36; 41; 49
Safety and Security in Auslandseinsätzen	5	6; 17; 43
Aktuelle Aspekte des internationalen Krisenmanagements	4	16; 23; 34
Humanitäres Völkerrecht	3	14; 51
<b>Nationale und internationale Sonderveranstaltungen</b>		
Seminar für ost- und südosteuropäische Staaten auf der Grundlage der Magdeburger Erklärung		
Seminar für die Kommission der Europäischen Union		
Forum Zivil-Militärische Zusammenarbeit	2	46
Seminare / Workshops für die NATO / EAPR	3	24; 40
ABC-Grundausbildung für alle Helfer der Gefahrenabwehr – Einweisung für Multiplikatoren	3	11; 13; 22; 39; 48
Katastrophenmedizin für türkische Ärzte – Teil 1 und 2	5	35; 42
Public Private Partnership	2	9; 42
Großer Fachkongress BBK	2	44
ABC-Schutz und -Vorsorge	2	46
Länder Workshop GMLZ	2	18
VfdB – Fachtagung Referat 10	3	11

Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe  
 Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ)  
 Ramersbacher Straße 95, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler  
 Telefon: +49(0)2641 381 0; Telefax: +49 (0) 2641 381 218  
 E-Mail: poststelle.aknz@bbk.bund.de; Internet: <http://www.bbk.bund.de>

## Katastrophenschutz

- ☐ Best.-Nr.: 4/05/50  
Ergänzung mit Verbesserungspotenzial. 100 Betreuungsgespanne und 117 Betreuungskombis für NRW / Kyoung-Su Park  
In: Im Einsatz 12 (2005), 3, S. 39 - 41
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/131  
Der Beitrag der Streitkräfte zur Neuausrichtung des Katastrophenschutzes / Jürgen Lorse  
In: ZRP. Zeitschrift für Rechtspolitik 38 (2005), 1, S. 6 - 9
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/110  
Damit die Leistungspflicht eintritt : Versicherungsschutz Ehrenamtlicher im DRK / Christine Lettang  
In: Rotes Kreuz (2005), 4, S. 52 - 54
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/183  
Einsatz für die ATF. Erfahrungsbericht zur Übung „Euratech“ / Mario König  
In: Im Einsatz 12 (2005), 4, S. 26 - 29
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/48  
Erfahrungen für den Umgang mit dem EU-Mechanismus : die Übung „Eudrex“ und ihre Lehren / Mario König, R. Rudolph  
In: Im Einsatz 12 (2005), 3, S. 21 - 23
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/176  
Es ist nicht absehbar, was auf die Einsatzkräfte zukommt! 13. Plenumsitzung der SKK am 21. April 2005 / Winfried Glass  
In: Notfallvorsorge 36 (2005), 2, S. 14 - 17
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/58  
HELI-ALERT. Neue Wege zur Public-Private-Partnership (PPP). Helikopter in der Notstandsbekämpfung / Michael Hütte  
In: Rotorblatt 12 (2005), 2, S. 36 - 38
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/175  
Das Interdisziplinäre Expertennetzwerk Biologische Gefahrenlagen ruft Forum für Detektion, Dekontamination und Persönliche Schutzausrüstung ins Leben / Petra Dickmann [u.a.]
- In: Notfallvorsorge 37 (2005), 2, S. 12 - 13
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/76  
Hilfeleistungen der Bundeswehr im Frieden. Änderung.  
In: VMBL. - (2005), 4 vom 23.6.2005, S. 79
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/184  
Körperliche Schwerstarbeit für die Einsatzkräfte. Große Katastrophenschutzübung im Fußballstadion / Oliver Meyer  
In: Im Einsatz 12 (2005), 4, S. 30 - 33
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/15  
LFV Hessen fordert weiteren Ausbau der Notfallvorsorge. 51. Verbandsversammlung in Lich / Text: Holger Schönfeld  
In: Florian Hessen (2005), 6, S. 4 - 6
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/174  
Ungelöste Herausforderungen an See und Küste? Aufgaben und Schwerpunkte einer zeitgerechten maritimen Sicherheitsvorsorge (Teil 1) / Dr. Joachim Weber
- In: Notfallvorsorge 37 (2005), 2, S. 8 - 12
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/181  
Logistik für Katastrophenfälle : DRK-Hilfszugabteilung Sprendlingen in Rheinland-Pfalz / Holger Scholl  
In: Im Einsatz 12 (2005), 4, S. 14 - 18
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/53  
Probleme bei der Einsatztaktik. Katastrophenschutzübung „Oktobersturm“ in Berlin / Rolf-Dieter Erbe  
In: Im Einsatz 12 (2005), 3, S. 50 - 51
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/173  
Soft targets. Terrorismus und die hohe Verwundbarkeit unserer Großstädte / Wolfram Geier  
In: Notfallvorsorge 37 (2005), 2, S. 4 - 7
- ☐ Best.-Nr.: 4/05/182  
Weniger ist mehr : Konzept zur Kennzeichnung von Funktionsträgern im Einsatz / Rolf-Dieter Erbe  
In: Im Einsatz 12 (2005), 4, S. 21 - 25

**Medizin,  
Rettungsdienst**

☐ Best.-Nr.: 4/05/49

Das Bielefelder Modell.  
Einsatzführung für  
Schnell-Einsatz-Gruppen  
/ Heiner Hofmann  
In: Im Einsatz 12  
(2005), 3, S. 28 - 32

☐ Best.-Nr.: 4/05/167

Effiziente Abtötung von  
Milzbrandsporen durch  
wässrige und alkoholi-  
sche Peressigsäure-Lösun-  
gen / H. Nattermann u.a.

In: Bundesgesundheits-  
blatt 48 (2005), 8, S. 939  
- 950

☐ Best.-Nr.: 4/05/93

Elektronenmikroskopie  
bei Biowaffen-Verdacht /  
Hans-Jürgen Marschall ;  
Hans R. Gelderblom  
In: Wehrtechnik 37  
(2005), 2, S. 60 - 64

☐ Best.-Nr.: 4/05/2

Neues Konzept des Bun-  
des. Erste-Hilfe-Lehrgän-  
ge für Schüler mit Selbst-  
hilfeinhalten / Erik

Lorenz  
In: Rettungsdienst : 28  
(2005), 6, S. 42 - 43

**Technik,  
Feuerwehrwesen**

☐ Best.-Nr.: 4/05/169

Mess-Leit-Komponente  
(Teil 1). Ein zuverlässiges  
System zur Führung von  
Erkundungskraftwagen  
der Feuerwehr bei Groß-  
schadenlagen / Autoren:  
Olena Kuzmicheva [u.a.]  
In: Feuerwehr 55 (2005),  
9, S. 46 - 47

☐ Best.-Nr.: 4/05/51

Eine Alternative zum  
Funkmeldeempfänger? :  
eMessage BOS / Tobias  
Eggendorfer  
In: Im Einsatz 12  
(2005), 3, S. 42 - 45

☐ Best.-Nr.: 4/05/168

EN 529 - Die europäi-  
sche BGR 190 / Adal-  
bert Pasternack  
In: Drägerhefte (2005),  
378, S. 37 - 41

Hinweis der Redaktion:

Ab dem nächsten Heft werden Sie dieses Angebot der Fachinformationsstelle nicht mehr als gedruckte Rubrik in „Bevölkerungsschutz“ finden. Die Zusammenstellung neuer Rechtsvorschriften und neuer Aufsätze aus Fachzeitschriften wird ab 2006 nur noch auf der Homepage des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und

Katastrophenhilfe angeboten.

<http://www.bbk.bund.de>

Den gesamten Bestand der Fachinforma-  
tionsstelle mit Bestellfunktion für Buch-  
ausleihen oder Aufsatzkopien finden Sie  
in der deutschen Literaturdatenbank für  
Zivil- und Katastrophenschutz (deLiKat)  
unter der Internetadresse

<http://194.95.178.104/>

# Das MultiTeam-System

## Veränderungen beim Katastrophenschutz in den Niederlanden

Von Willem Bloem

Schwere Unfälle und Großschadensereignisse der letzten Jahrzehnte führten zu Neuerungen auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes in den Niederlanden. 1953 beispielsweise wurde die holländische Halbinsel Zeeland von einer Sturmflut heimgesucht, bei der an vielen Stellen die Deiche brachen. Fast die ganze Provinz Zeeland und der südliche Teil der Provinz Zuid-Holland wurden überflutet. Mehr als 1600 Menschen kamen ums Leben, fast der gesamte Viehbestand erkrankte und es wurde ein unvorstellbarer wirtschaftlicher Schaden angerichtet.

Erst am frühen Morgen des 1. Februar 1953 wurde deutlich, was passiert war und erst dann erreichten erste Berichte das Regierungszentrum in Den Haag. Die ersten Retter waren Fischer, die in der Nähe Schutz vor dem Sturm gesucht hatten. Funkamateure sorgten in den ersten Tagen zusammen mit einem in aller Eile zusammengestellten Krisenstab für die Kommunikation. Das Militär, Freiwillige aus dem ganzen Land und Einheiten der in Deutschland stationierten US-Truppen, ausgerüstet mit Amphibienfahrzeugen, die noch aus dem 2. Weltkrieg stammten, versuchten, die Katastrophe zu bewältigen.

Diese Sturmflut von 1953 war der Auslöser eines bis heute beispiellosen Hochwasserschutzprogramms in den Niederlanden: die Deltawerke. Hunderte Kilometer neuer Deiche wurden angelegt, Meeresströmungen abgedichtet und der "Oosterscheldekring", ein wasserdurchlässiger Deich, gebaut, um das besondere Salzwassermilieu von Zeeland zu erhalten. Die Deltawerke gelten immer noch als eines der revolutionärsten Wasserbauprojekte der ganzen Welt. Sie wurden sogar jüngst von der amerikanischen Presse als Beispiel für eine Antwort auf die Überflutungen in und rund um New Orleans gebraucht.

Zu den anderen großen Zwischenfällen neueren Datums gehört der Absturz eines israelischen Transportflugzeuges mitten in einem Wohngebiet Amster-

dams am 4. Oktober 1992. Dabei kamen 43 Menschen ums Leben. Oder das Hercules-Unglück auf dem Flugplatz von Eindhoven im Jahr 1996 mit 34 Toten und 7 Schwerverletzten. Die Explosion des Feuerwerkslagers in Enschede ereignete sich am 13. Mai 2000. Das Wohngebiet Roombeek wurde dabei total verwüstet; es kamen in nur wenigen Minuten 22 Menschen ums Leben. Diese Unglücke hatten zwar nicht den Umfang der Sturmflutkatastrophe, haben aber nicht weniger Eindruck bei der Bevölkerung hinterlassen. All diese Ereignisse veranlassten die niederländische Regierung, Untersuchungskommissionen einzusetzen. Aus deren Berichten wurde deutlich, dass unnötig viele Opfer auf die unzulängliche Kommunikation während der Bewältigung von Schadensereignissen solchen Ausmaßes zurückzuführen waren.

Angesichts solcher, auch in Zukunft denkbarer Katastrophen, sah man sich in der Provinz Utrecht veranlasst, mit einem einzigartigen IT-Projekt zu beginnen, das zum Ziel hatte, die Kommunikation, die Koordination und die Logistik bei Unfällen und Katastrophen durch die Anwendung moderner Computerprogramme und spezieller Netzwerke zu verbessern. Die Provinz Utrecht, die zentral in den Niederlanden liegt, ist der Transportmittelpunkt des Landes schlechthin. Sie wird durchkreuzt von der am stärksten befahrenen Autobahn, von Wasserstraßen und Eisenbahnlinien. Alle wichtigen Ost-West- und Nord-Süd-Verbindungen laufen durch Utrecht. Das bedeutet auch, dass unvorstellbar große Mengen an Gütern, oft feuergefährlich, explosiv oder toxisch, den dicht bevölkerten Ballungsraum der viertgrößten Stadt der Niederlande passieren. 1995 wurde das Projekt I2VSM gestartet, das später in TeleBRAINS umbenannt wurde und seit 2005 den Namen "MultiTeam" trägt. Die Finanzierung dieses Projekts, das einen für Europa einzigartigen Charakter hat, wurde auch durch EU-Gelder ermöglicht.

Im Jahr 1999 erteilten die Provinzverwaltung und die Feuerwehr von Utrecht den Auftrag, alle Gemeindehäuser, Feuerwehrcasernen, regionalen Hilfsorganisationen und die Katastrophenstäbe der Provinz miteinander zu verbinden, ja technisch zu vernetzen. Durch die MultiTeam-Software wurde eine robuste und zuverlässige Serverumgebung installiert und damit Utrecht als erste Provinz in den Niederlanden mit einem hypermodernen Katastrophenschutzkommunikationssystem ausgerüstet.



Der „Port of Rotterdam“ erstreckt sich über eine Länge von ungefähr 30 km zum Meer.

Wenig später folgte die Provinz Zuid-Holland. Dort befinden sich u.a. Rotterdam, die zweitgrößte, und Den Haag, Regierungssitz und drittgrößte Stadt der Niederlande. Rotterdam ist eine Industriestadt mit dem größten Seehafen Europas. Hauptsächlich die Situation rund um Rotterdam bildete den Ausgangspunkt für eine eigene IT-Initiative unter der Abkürzung IMI, um die Kommunikation und die Koordination bei der Katastrophenbewältigung zu verbessern. Der „Port of Rotterdam“ erstreckt sich über eine Länge von ungefähr 30 km zum Meer. Zusammen bilden Rotterdam und 21 Nachbarstädte das Hafen- und Petrochemiegebiet ‘Rotterdam-Rijnmond’. Dort wohnen 1,2 Millionen Menschen umgeben von 70 großen Industrieunternehmen mit einem so genannten „large risk“-Status. In den Seehafen laufen jährlich bis zu 70.000 See- und 130.000 Binnenschif-

fe ein. Im Gebiet Rotterdam-Rijnmond befindet sich nicht nur der modernste Containerumschlaghafen Europas, sondern auch die größte Konzentration an petrochemischen Industrieunternehmen in ganz Europa. In Sachen Katastrophenschutz ist dort der regionale Hilfsdienst (de regionale Hulpverlening) Rotterdam-Rijnmond (abgekürzt RHRR) verantwortlich.

In den Niederlanden gibt es momentan noch mehr als 30 derartige Sicherheitsregionen. Die kommunale Feuerwehr Rotterdam hat 560 angestellte und 140 freiwillige Mitarbeiter, verteilt auf 15 Feuerwehrcasernen. In der umliegenden Region sind weitere 800 Mitarbeiter, verteilt auf 44 Kasernen, im Dienst. Der RHRR hat seinen Sitz im 23. Stockwerk des World Port Center im Herzen der Stadt. Eine Etage tiefer befindet sich die gemeinsame Meldestelle. In den Niederlanden wurden alle Meldestellen in den vergangenen zwei Jahren miteinander verbunden. Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienste arbeiten hier zusammen, was die Qualität der Kommunikation verbessert und die Koordination bei großen Einsätzen erleichtert. Die Organisationsweise der regionalen Hilfsdienste unterscheidet sich nicht sehr von einer Kreisfeuerwehr in Deutschland. Die Leitstellenzentrale, ähnlich wie das Gemeinsame Melde und Lagezentrum (GMLZ) beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) in Bonn, heißt in den Niederlanden LOCC und steht unter Aufsicht des Innenministeriums. Der höchste Krisenstab wird vom NCC (Nationaal Coördinatiecentrum) gebildet und steht unter der Leitung des Ministerpräsidenten.

Eines der größten Probleme für den RHRR bildet die große Konzentration gefährlicher Stoffe, die in dem Gebiet vorhanden sind. Mit Hilfe eines Projekts unter der Abkürzung CRP – Centraal RegistratiePunt Gevaarlijke Stoffen (zentrale Registrierungsstelle für gefährliche Stoffe) konnte eine Melde-Automatisierung erreicht werden: 150 Betriebe in der Region liefern durch das Logistik- oder MRP-System aktuelle Informationen über die gefährlichen Stoffe, die auf ihrem Gelände lagern, an die Database-Zentrale des RHRR. Auch die niederländische Bahn (Nederlandse Spoorwegen) arbeitet an diesem Projekt mit. So weiß die Feuerwehr immer, welche Ladung in welchem Güterwagen ist. Diese Information der NS wird alle drei Minuten erneuert und kann über das MultiTeam-System abgefragt werden. Alle Feuerwehrautos sind mit mobilen Computern

ausgerüstet. Wenn die Autos in der Kaserne stehen, stehen die Laptops mittels eines drahtlosen Netzwerkes mit dem zentralen CRP-Server in Verbindung. Dadurch sind die neuesten Informationen immer verfügbar. Bei einem Einsatz besitzt der Einsatzleiter weitgehende Übersicht über die gefährlichen Stoffe bei dem betreffenden Objekt. Wenn zusätzliche Information gewünscht wird, kann diese über das UMTS-Netzwerk angefragt werden, wozu alle Fahrzeuge Zugang haben.

Ein zweites, viel größeres Projekt betrifft die Verbesserung der eigenen Logistik bei größeren Einsätzen, die Gesamtkoordination und die multidisziplinäre Kommunikation. Dieses Projekt wurde gestartet unter dem Namen IMI im Jahr 1997. Im Jahr 2002 wurde der Anschluss an das TeleBRAINS-Projekt der Provinz Utrecht gesucht, das zu diesem Zeitpunkt bereits zwei Jahre in Betrieb war. Aus dieser Zusammenarbeit entstand das völlig erneuerte und bis heute einzigartige Katastrophenschutznetzwerk MultiTeam, in dem alle Gemeinden, Feuerwehrkasernen, Polizeiwachen, Rettungsdienste, der Hafenbetrieb und die regionalen Organisationen miteinander verbunden sind. Der wichtigste Grund für die Entwicklung eines Systems wie MultiTeam war die Überbelastung der Leitstellenzentrale in den ersten 30 bis 60 Minuten nach einer Katastrophe. Die Qualität des Einsatzes in dieser ersten Stunde, die auch die „goldene Stunde“ genannt wird, bestimmt in hohem Maße den Verlauf der Bewältigung eines Unglücks und damit auch die Anzahl der Unfallopfer. Bei MultiTeam werden alle relevanten Daten eines Unfalls von der Unfallstelle aus in einen mobilen Computer eingegeben. MultiTeam verfügt auch über eine abgesicherte Chatbox zum Austausch kurzer Berichte mit farblicher Disziplin Kennzeichnung. Rot steht für die Feuerwehr, blau für die Polizei, gelb für die Rettungsdienste und grün für die Gemeindedienste. Daneben ist es möglich, automatische Berichte zu generieren oder ein Einsatztagebuch zusammenzustellen.

Die Logistik fordert bei Katastrophen besondere Aufmerksamkeit. Dafür verfügt MultiTeam über das Modul OBP (Operationeller Basisplan). Um bei großen Ereignissen Tausende Fahrzeuge und Zehntausende Helfer einplanen und Hunderte von Einsätzen koordinieren zu können, verfügt MultiTeam über das Modul „Masseneinsatz“. Dieses Modul hat unter anderem beim Papstbesuch während des Welt-

jugendtages im August 2005 in Kerpen seinen Nutzen reichlich bewiesen. Die stärkste Seite von MultiTeam-System ist aber das grafische Kommunikationsmodul. Mit dem Teilstück TeamOn-line können Rettungsdienstler auf der Basis von Lageplänen miteinander kommunizieren; sie können darauf zeichnen oder Symbole platzieren. Somit ist es einfach, Straßen abzusperren, Sperrgebiete anzugeben und Stellen zu markieren, wo Unfallopfer angetroffen werden. Auf diese Weise kann der Einsatzleiter genau angeben, wo beispielsweise sich assistierende Feuerwehren aus Nachbargemeinden aufstellen müssen und von wo aus der Brand bekämpft werden muss.



Im Gebiet Rotterdam-Rijnmond gibt es die stärkste Konzentration petrochemischer Industrieunternehmen in ganz Europa. (Fotos: Bloem)

Seit dem Jahr 2000 wurde in verschiedenen Regionen in den Niederlanden das MultiTeam-System bei großen Bränden, Chemieunfällen und einem Deichbruch erfolgreich eingesetzt. Somit ist der Katastrophenschutz in den Niederlanden an Qualität und Effektivität enorm gewachsen und ist, dank dieser technischen Möglichkeiten, für künftigen Großschadensereignisse bestens gerüstet.

Willem Bloem ist Ingenieur und Direktor der Firma Han Dataport, die das MultiTeam-System entwickelt hat.

## Arbeiter-Samariter-Bund

### Im Einsatz für die Pilger

Insgesamt 6.000 Hilfeleistungen, das ist die Bilanz des Sanitätsdienstes des XX. Weltjugendtages, der vom 15. bis zum 21. August 2005 in und um Köln stattfand. Ungefähr die Hälfte der Einsätze fiel auf das Wochenende, an dem der Abschlussgottesdienst mit dem Papst auf dem Marienfeld gefeiert wurde.

„Wenn man aber bedenkt, dass sich eine Million Menschen – und viele von ihnen sogar zwei Tage lang – auf dem Marienfeld aufgehalten haben, ist



Endlich Schichtwechsel: Milton Scheeder, Einsatzabschnittsleiter des ASB, erklärt seinen Kollegen, was in der letzten Schicht geschehen ist und worauf sie achten sollen.

die Anzahl unserer Einsätze erfreulich gering“, fasste Dethlev Schampera, ASB-Vertreter in der Technischen Einsatzleitung (TEL) Sanitätsdienst des Malteser Hilfsdienstes auf dem Marienfeld, den Verlauf der Veranstaltung zusammen.

#### Friedliche Stimmung in den Städten

Friedlich war die Stimmung während des Weltjugendtages auch in den Städten. Der ASB sorgte in

Köln unter anderem beim Willkommensfestival im RheinEnergieStadion und an verschiedenen Stellen in der Innenstadt für einen reibungslosen Sanitätsdienst. Erst ab der Wochenmitte verzeichneten die ASB-Sanitäter in Köln und Düsseldorf eine deutliche Zunahme der Einsätze. Vor allem am Donnerstag – dem ersten Tag des Papstbesuches in Köln – gab es viel zu tun: „Angesichts der hochsommerlichen Temperaturen mussten wir zahlreiche Pilger mit Kreislaufproblemen versorgen“, berichtete Werner Kircher, der Technische Leiter des ASB Köln. In der Abendschwüle benötigten mehr als 1.000 junge Menschen die Hilfe von Ärzten und Sanitätern.

#### Der Einsatz auf dem Marienfeld

Am Wochenende stand dann der größte Einsatz für die Sanitäter beim Abschlussgottesdienst auf dem Marienfeld an. Bereits am Freitag kamen 140 Ärzte, Rettungsassistenten, Rettungssanitäter und weitere Sanitätsdiensthelfer des ASB aus dem gesamten Bundesgebiet in der Landesschule in Erftstadt zusammen, um sich auf den Einsatz vorzubereiten. Im Schichtdienst versorgten sie auf zwei stationären und einer mobilen Unfallhilfsstelle die kleineren und größeren Verletzungen und Krankheiten der Pilger im westlichen Abschnitt des Marienfeldes. Der Einsatz der ASB'ler fand unter der Federführung des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen statt.

Eine Unfallhilfsstelle war jeweils für 35.000 Pilger zuständig und bestand aus drei Zelten: Im ersten Zelt befand sich die Erstversorgung mit einem Registraturbereich, einem Erstversorgungsplatz und einem einfachen Behandlungsplatz. Im zweiten Zelt war der Liegebereich mit 18 Plätzen untergebracht und das dritte Zelt beherbergte die Logistik für den Einsatz. Für eine Unfallhilfsstelle waren immer 20 Personen verantwortlich: ein Leiter, ein Arzt, ein Rettungsassistent, ein Rettungssanitäter, zehn Rettungs- bzw. Sanitätsdiensthelfer und drei Erstversorgungsteams, unter anderem bestehend aus einem Rettungsassistenten und einem Rettungssanitäter mit hochwertigem transportablem Einsatzgerät wie z.B. einem Notfallrucksack.

Am Samstagnachmittag, kurz vor dem Schichtwechsel auf den Unfallhilfsstellen um 18 Uhr, waren bereits 650.000 Menschen auf dem Marienfeld. Die Unfallhilfsstelle 12, die der ASB betreute, war bereits umgeben von bunten Zelten und auf blauen Planen sitzenden Pilgern. Auf den Bänken vor dem Behand-

lungszelt warteten einige Pilger mit kleineren Blessuren geduldig darauf, versorgt zu werden. Dabei waren Fremdsprachenkenntnisse gefragt. Und selbst dann war es nicht immer einfach, herauszufinden, was den jungen Patienten fehlte und wie man ihnen am besten helfen konnte. Keine alltägliche Situation für die meisten ASB-Sanitäter.

Bei der Übergabe berichtete ASB-Einsatzleiter Milton Scheeder, dass bereits einiges zu tun war: Kontinuierlich mussten gedehnte Bänder, umgeknickte Fuß- und Handgelenke sowie Hitze- und Erschöpfungserscheinungen behandelt werden. Und im Behandlungszelt lagen zwei junge Frauen, die Kreislaufprobleme hatten. Die Kapazitäten aller Sanitäts- und Rettungsdienste auf dem Marienfeld waren zu diesem Zeitpunkt schon gut ausgelastet: Alle 120 Rettungswagen waren unterwegs, der Funk war zusammengebrochen und es gab Probleme mit der Beförderung der etwa 2.000 Rollstuhlfahrer, für die nicht genug Transportmöglichkeiten zur Verfügung standen, so dass die Hilfsorganisationen auch hier aushalfen.

Sorgen machten den Hilfsorganisationen die von den Wetterexperten vorhergesagten kühlen Temperaturen. Denn die meisten Pilgerinnen und Pilger verbrachten die Nacht zum Sonntag unter freiem Himmel auf dem Marienfeld. Doch die Befürchtungen der ASB-Helfer bestätigten sich nicht: Die Nacht verlief recht ruhig. Nach Decken wurde an den Unfallhilfsstellen so gut wie gar nicht gefragt. Und das, obwohl die Temperatur auf zwölf Grad sank. „Kein Wunder also, dass wir einige Pilger wegen Unterkühlung und Erschöpfung behandeln mussten“, resümierte Milton Scheeder.

### Chaos bei der Abreise

Heikel wurde die Situation für die ASB-Helfer erst nach dem Gottesdienst am Sonntag: In dem Abreisechaos mussten sie gute Nerven bewahren. Die müden, zum Teil unterzuckerten und unterkühlten Pilger belagerten vor allem die mobile Unfallhilfsstelle des ASB, die unmittelbar vor dem Busparkplatz aufgestellt war. „Nachdem die ersten Busse sich auf den Weg nach Köln gemacht hatten und keine weiteren mehr zur Verfügung standen, wurde die Stimmung unter den Pilgern immer schlechter und angespannter. Zwischenzeitlich warteten etwa 100.000 junge Menschen in dem Bereich, für den wir verantwortlich waren“, berichtete Edwin Marneth vom ASB Hessen. Die Versuche, Verstärkung anzufordern

scheiterten, weil es einfach kein Durchkommen zur mobilen Unfallhilfsstelle gab. „Innerhalb von drei Stunden haben wir 43 Einsätze aufgelistet“, so Marneth weiter. Und das, obwohl die ASB-Helfer so viel zu tun hatten, dass gar nicht die Zeit blieb, alle Fälle zu dokumentieren.

„Die Polizei musste zahlreiche Pilger mit Mannschaftsbussen aus der Menschenmasse wegfahren,



Kein leichter Auftrag: Sanitätsdienst auf dem nassen Acker.  
(Fotos: ASB Hessen, B.Fornoff)

um ein Eskalieren zu verhindern“, schilderte Stefan Sandbrink, Geschäftsführer des ASB Nordrhein-Westfalen, seine Eindrücke von dem Geschehen. Um die komplexe Situation bewältigen zu können, wurden im Laufe des Sonntags zusätzliche ASB-Einheiten, z.B. aus Münster und Mönchengladbach, eingesetzt, die im Rahmen des Katastrophenschutzes in Bereitschaft standen.

Durch die gute Zusammenarbeit aller Hilfsorganisationen unter der Federführung des Malteser Hilfsdienstes, auch mit Polizei, Feuerwehr und Bundeswehr, geriet die Situation aber nie außer Kontrolle. Alle Pilger, die Hilfe benötigten, konnten versorgt werden und trotz längerer Wartezeiten traten die meisten noch am Sonntag den Weg nach Hause an.

*Bianca Fornoff*

## Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

### Po 2005 — Flood Emergency

Erste Übung auf EU-Ebene zur Einbindung der freiwilligen Hilfsorganisationen in das europaweite Zivilschutzsystem

Die Übungsannahme: In Italien ist die Region Emilia Romagna in der Po- Ebene von einem Hochwasser bedroht. Über den EU-Mechanismus wird die Bundesrepublik um Hilfeleistung gebeten.



Daraufhin ist ein Wasserrettungszug der DLRG voralarmiert worden. Dieser wird aus DLRG Einsatzkräften der Bundesländer Baden-Württemberg und Hessen gebildet. Zusätzlich werden für die Einsatzleitung der Region Emilia Romagna zwei Liaison-Officers sowie ein Information-Officer in Voralarm gesetzt. Aufgrund der über das DLRG-Lagezentrum eingegangenen Alarmierung erfolgt das Sammeln der Kräfte am Meldekopf

Rheinfelden am 02.10.2005. Die Gesamtstärke beträgt 4/5/12/21. Um 10:00 Uhr beginnt der Marsch über die Schweiz nach Italien. Bedingt durch die schlechten Wetterverhältnisse wird der Bereitstellungsraum in Ferrara erst um 20:30 Uhr erreicht.

Neben dem DLRG Wasserrettungszug treffen Helfer aus Österreich, Ungarn, Frankreich, Spanien, Portugal, der Slowakei sowie Beobachter aus Schweden, Griechenland und Belgien im Bereitstellungsraum ein.

Das Hauptquartier besteht aus dem Vertreter Italiens sowie Vertretern Österreichs, Ungarns und Deutschlands. Diese koordinieren die anstehenden Übungsteile fachdienstübergreifend.

#### Der Übungsablauf

Am 04.10.2005 wurde die Arbeitsgruppe Wasserrettung der beteiligten Organisationen aus Frankreich (Firefighters), Deutschland (DLRG) und Spanien (Civilprotection) implementiert. Danach erfolgte die Vorstellung und der Austausch über die im Bereitstellungsraum vorhandene Ausstattung sowie die Führungsstruktur der einzelnen Organisationen. Im Fluss Po wurde die Vorgehensweise zur Rettung Ertrinkender praktisch demonstriert. Hierbei zeigte sich, dass die Ausstattung für die Wasserrettung mit Rettungsschwimmern vergleichbar ist. Ein gemeinsamer Einsatz war deshalb ohne Schwierigkeiten möglich. Nachmittags wurde ein Einsatzraum am größten italienischen Fluss erkundet. Unter Einsatz des DLRG Sonargerätes wurde ein Tiefenprofil des Flussabschnitts erstellt.

Am Vormittag des nächsten Tages wurde ein weiterer Einsatzabschnitt im Po mit Rettungsbooten erkundet, anschließend wurden die Einsatzkräfte mit den hydrologischen und geografischen Gegebenheiten des Einsatzbereiches vertraut gemacht.



Der Ernstfall: Ein DLRG-Rettungsfahrzeug im Überschwemmungsgebiet.

(Foto: DLRG)

Am Nachmittag erfolgten theoretische und praktische Übungseinheiten für Deichwehrmaßnahmen, Aufgaben von Deichläufern, wasserseitige Deichsicherung mit Folien, Aufbau von Aufkadungen sowie der Aufbau von Quellschäden.

Zusätzlich wurden die unterschiedlichen Ländersysteme zur Warnung der Bevölkerung bei Hochwassergefahr und die Vorgehensweise bei Bevölkerungseвакуierung dargestellt und diskutiert.

Am 06.10.05 erfolgten neben Taucherkundungseinsätzen praktische Übungen durch internationale gemischte Einheiten.

### Aus der Übung wurde der Ernstfall

Bedingt durch die starken Regenfälle in den Regionen Emilia Romagna und Bologna wurde die Innenstadt von Pievo Di Cento am 07.10.05 teilweise überflutet.

Die Übungsleitung hat daraufhin die an der Übung „Po 2005 – Flood Emergency“ teilnehmenden EU-Kontingente um Unterstützung der örtlichen Feuerwehren gebeten. Aus den Übungslagen wurden Reallagen. Die DLRG bildete mit der französischen Feuerwehr eine Einsatzgruppe und wurde von Ferrara an den Einsatzort verlegt. Dort wurden von 16:30 bis 00:45 Uhr folgende Aufgaben ausgeführt: Unterstützung des Italienischen Zivilschutzes, Sicherstellung des Sanitäts- und Betreuungsdienstes, Pumparbeiten, Ausleuchten der Einsatzstelle und der Verbau von Sandsäcken.

In der Nacht zum 08.10.05 hatte es erneut stark geregnet (115 mm/m<sup>2</sup>). Dadurch verschärfte sich die Situation in der Region. In mehreren Ortschaften gab es Probleme, insbesondere an der Italienischen Riviera. Zur Unterstützung der örtlichen Feuerwehren und des Katastrophenschutzes wurden die EU-Kontingente erneut um Unterstützung gebeten.

Nach der Alarmierung der internationalen Kräfte wurden Großpumpen mit einer Leistung von bis zu 15.000 Liter pro Minute, Stromerzeuger und Beleuchtungssätze aus einem Lager des italienischen Zivilschutzes übernommen.

Mit diesem Material erfolgten verschiedene technische Hilfeleistungen in Komune di Comacchio und Ferrara. Dazu gehörte die Errichtung eines Sandsackverbaus, die Inbetriebnahme mehrerer Großpumpen mit Stromaggregaten und das Ausleuchten mehrerer Einsatzstellen für den italienischen Zivilschutz. Die mitgeführten DLRG Gerätewagen haben

sich dabei besonders bewährt. Gegen 20:00 Uhr wurde der Einsatz für die internationalen Wasserrettungskräfte beendet.

Das Fazit der Übung: Die Zusammenarbeit im Einsatz auch mit Einheiten aus unterschiedlichen Nationen ist möglich. Die Realeinsätze haben gezeigt, dass der Umgang mit fremdem Material und anderen Führungsstrukturen zwar geübt werden muss, aber relativ unkompliziert umgesetzt werden kann.

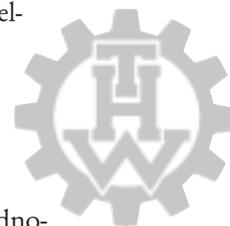
*Andreas Klingberg*

## Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

### Technisches Hilfswerk leistete Hilfe in New Orleans

Die Notwendigkeit eines funktionierenden Katastrophenschutzes, der präventiv oder nachwirkend kompetente Maßnahmen ergreift, wurde jüngst durch die Überflutung in New Orleans, im US-Bundestaat Louisiana, verdeutlicht. Verheerende Wirbelstürme wie „Katrina“ und „Rita“ haben gezeigt, dass Naturgewalten auch einer High-Tech Nation wie den Vereinigten Staaten von Amerika schwere Schäden zufügen können. Die Hurrikane, die bis dahin eher als immerwiederkehrende Randnotiz in der Berichterstattung auftauchten, beherrschten fortan die Berichterstattung in den Medien.

Die Schäden, die allein Hurrikan „Katrina“ in den Bundesstaaten Alabama, Florida, Georgia, Louisiana und Mississippi verursacht hat, werden schon heute auf rund 200 Milliarden Dollar geschätzt. Der Hurrikan, der zeitweise die höchste Stufe 5 erreichte, ist eine der verheerendsten Katastrophen in der Geschichte der Vereinigten Staaten. Als Katrina auf die Küstenstaaten der USA traf, brachen in New Orleans



die Dämme, die Stadt am Mississippi wurde daraufhin überflutet. Mehr als tausend Menschen kamen in den Wassermassen ums Leben, Hunderttausende wurden obdachlos. Etwa fünf Millionen Menschen waren von der Stromversorgung abgeschnitten. Angesichts dieser Auswirkungen entschloss sich die Regierung der USA, auf die zahlreichen internationalen Hilfsangebote einzugehen.

Die Offerte der Bundesregierung wurde nach Verhandlungen mit dem amerikanischen Botschafter in Berlin, William R. Timken, am 6. September angenommen.



Das Freipumpen zahlreicher Pumpstationen bildete den Schwerpunkt der Einsatzfähigkeiten des THW.

Das Team, das die THW-Einsatzleitung in Bonn umgehend nach Bekanntwerden der Ausmaße der Katastrophe aus 34 Ortsverbänden und sechs Landesverbänden zusammenstellte, war zu diesem Zeitpunkt bereits auf dem Weg in die Kaserne der Bundespolizei in Bad Bergzabern. Ärzte und Sanitäter der Johanniter-Unfall-Hilfe (JUH) begleiteten das Team und übernahmen die medizinische Versorgung des THW während des Einsatzes. Diese so genannte strategische Allianz entspringt einem Abkommen zwischen THW und JUH im Juni dieses Jahres und verdeutlicht die Ernsthaftigkeit, mit der das THW seine Einsätze vorbereitet.

Mit 15 Hochleistungspumpen starteten 89 Einsatzkräfte der THW Fachgruppen Wasserschaden/Pumpen und Infrastruktur sowie fünf Mitarbeiter der JUH im Auftrag des Bundesinnenministeriums und auf Ersuchen des Auswärtigen Amtes in der Nacht zum 8. September vom US-Militärflughafen in Ramstein aus in die Katastrophenregion zum ersten USA-Einsatz in der Geschichte des THW. Auf der Naval Air Station in New Orleans wurden die deutschen Einsatzkräfte nach der Landung von US-Soldaten empfangen. Die erste Nacht verbrachten die THW-Helfer in einem von der US-Army errichteten Camp. Nach der Erkundung des Stadtgebiets durch Einsatzleiter Klaus Buchmüller in einem Hubschrauber der US-Army stand die erste Einsatzstelle fest: Pumpwerk 19. Hier wurde eine DIA-Pumpe mit einer Leistung von 15.000 Litern pro Minute in Betrieb genommen.

Der Hurrikan zerstörte das System von Drainagekanälen und Pumpwerken, das normalerweise das Wasser aus der Stadt in den höher gelegenen Lake Pontchartrain pumpt, stark. Das Freipumpen zahlreicher Pumpstationen bildete fortan den Schwerpunkt der Einsatzfähigkeiten des THW. Denn die wieder instand gesetzten Pumpwerke sollten dafür sorgen, dass die Wassermassen noch schneller zurück in den Mississippi und den Lake Pontchartrain gefördert werden konnten. Inzwischen hatte das THW-Team seine Operationsbasis auf den Truppentransporter USS Shreveport, der am Chalmette Pier vor Anker lag, verlegt. Auf dem US-Militärschiff waren die Einsatzkräfte für die ersten Tage untergebracht. Rund um die Uhr waren nun die Pumpenspezialisten an mehreren Einsatzstellen in New Orleans und dem angrenzenden Landkreis St. Bernard parallel im Einsatz. Auf ihren Fahrten zu den Einsatzorten durchquerten die THW-Experten zerstörte Siedlungen. „Man fährt die ganze Zeit auf einer völlig leeren Straße, und niemand kommt einem entgegen“, schilderte Florian Weber die beklemmenden Eindrücke aus dem Katastrophengebiet.

In enger Abstimmung mit den örtlichen Behörden, vor allem dem Sewerage and Water Board (Stadtentwässerung), und dem US Army Corp of Engineers wurden die Prioritäten für die Arbeiten festgelegt. Außer den Pumpwerken und einem Klärwerk wurden wichtige Kreuzungen und Verkehrsverbindungen trocken gelegt und das Wasser aus öffentlichen Gebäuden wie Superdome, Charity Hospital, Rathaus, Bücherei und Gefängnis abgepumpt. Mit

zehn DIA- und fünf Hannibalpumpen, mit einer Leistung von je 5.000 Litern in der Minute, förderten die Einsatzkräfte täglich rund 250 Millionen Liter Wasser aus der überfluteten Stadt. Infrastruktur-Experten des THW führten unterdessen Reparaturen an beschädigten Pumpenanlagen durch und setzten diese in Zusammenarbeit mit den örtlichen Behörden wieder in Betrieb. Am 12. September verschaffte sich der deutsche Botschafter in den USA, Wolfgang Ischinger, während eines Erkundungsflugs ein Bild von der Lage im Katastrophengebiet. Vor Ort bedankte er sich für die schnelle Hilfe und lobte im Gespräch mit ehrenamtlichen THW-Spezialisten ihre Arbeit. Beeindruckt zeigte sich der Repräsentant der Bundesrepublik Deutschland auch über die problemlose Zusammenarbeit des THW mit den örtlichen Behörden und den amerikanischen Streitkräften.

Nachdem die Einsatzkräfte eine Woche auf dem Schiff der amerikanischen Marine untergebracht waren, stand die Verlegung des Teams an. Für die weitere Dauer des Einsatzes wurde die Mannschaft auf dem Kreuzfahrtschiff MS Scotia Prince einquartiert, die am gleichen Pier wie die USS Shreveport vor Anker lag. Während die Pumparbeiten weiter auf vollen Touren liefen und der Wasserspiegel zusehends sank, braute sich über dem Meer ein neuer Hurrikan zusammen. „Rita“ bewegte sich auf die Küste zu und seine Ausläufer wurden auch in der Mississippi-Metropole erwartet. Nachdem inzwischen mehr als 700.000 Kubikmeter Wasser abgepumpt worden waren, wurden die Arbeiten des THW wie auch alle anderen Aufräum- und Bergungsarbeiten in der Region aus Sicherheitsgründen eingestellt. New Orleans wurde erneut evakuiert und die komplette THW-Mannschaft mit ihrem Material nach McComb, 150 Kilometer nördlich von New Orleans, verlagert.

Die Auswirkungen von Hurrikan „Rita“, der am 24. September die Küste erreichte, waren für New Orleans erheblich. Notdürftig reparierte Deiche brachen und mehrere Stadtteile wurden erneut überflutet. Auch Pumpwerk 5, an dem das THW vor der Evakuierung im Einsatz war, stand wieder unter Wasser. Daraufhin baten die USA die Bundesregierung, den auf ursprünglich vier Wochen angesetzten Einsatz zu verlängern. Während am 22. September 26 Einsatzkräfte des THW und zwei JUH-Mitarbeiter nach Deutschland zurückgekehrt waren, wurde eine Woche später der verbliebene Teil des Teams ausgetauscht. 39 Hochwasserspezialisten setzten die

Arbeiten an den Einsatzstellen fort. Mit der Ablösung wurden auch mehrere Tauchpumpen ins Katastrophengebiet geflogen. Denn mit rückläufigem Wasserstand konnten mehrere Einsatzstellen nur noch mit kleineren Pumpen vollständig trocken gelegt werden. Bis zum 20. Oktober hatten die Hochwasserspezialisten an rund 165 Einsatzstellen mehr als 5 Millionen Kubikmeter Wasser abgepumpt.

Da im Laufe des Einsatzes einige Bewohner wieder in die zuvor menschenleere Stadt zurückkehrten, kam es nun immer öfter zu Begegnungen zwischen amerikanischen Bürgern und THW-Einsatzkräften. „Egal, wo wir auftauchten, wir wurden



Einsatzleiter Klaus Buchmüller erkundet in einem Hubschrauber der US-Army das Stadtgebiet.  
(Fotos: Florian Weber/THW)

sofort als „The Men in Blue from Germany“ erkannt. Wildfremde Menschen umarmten uns und bedankten sich für unsere Hilfe. Das ist eine tolle Erfahrung“, berichtete Robert Seufert aus dem Ortsverband Bremen-Süd von Kontakten mit der Bevölkerung.

Insgesamt waren 128 THW-Kräfte im US-Bundesstaat Louisiana im Einsatz. Die medizinische Versorgung des Teams übernahmen sieben Ärzte und Rettungssanitäter der Johanniter. Darüber hinaus arbeitete das THW-Team an einigen Einsatzstellen eng mit der Schnelleinsatzeinheit HIT (Humanitarian Intervention Team) des luxemburgischen „Service

National de la Protection Civile“ (SNPC) zusammen, der fünf Einsatzkräfte mit zwei Jeeps in das Katastrophengebiet entsandt hatte. Der erste Einsatz des THW in den Vereinigten Staaten wurde am 20. Oktober beendet und hat wieder viele neue Erfahrungen gebracht. Eine wesentliche Erkenntnis ist aber: Ein funktionierender Katastrophenschutz, auch über die Grenzen hinweg, ist in der heutigen Zeit unerlässlich, damit die Meldungen über Katastrophen wieder am Ende der Berichterstattung erscheinen.

*Michael Kretz*

## Deutscher Feuerwehrverband

### 1. Berliner CPM-Fachkongress „Nationale Sicherheit und Bevölkerungsschutz“

„Streitkräfte sind kein Ausgleich für fehlende Investitionen im Zivilbereich. Ein Soldat ist weder Hilfspolizist noch Feuerwehrmann“, erläuterte Generalleutnant Hans-Heinrich Dieter die „Rolle der Bundeswehr in der zivil-militärischen Zusammenarbeit im Inland“. Aufmerksam folgte ihm dabei das Fachpublikum beim 1. Berliner CPM-Fachkongress über „Nationale Sicherheit und Bevölkerungsschutz“.

Zahlreiche Referenten von Hilfsorganisationen, Polizei, Bundesinstitutionen und Firmen berichteten über technische Neuerungen, organisatorische Voraussetzungen und aktuelle Strategien. So wies etwa der stellvertretende Generalinspekteur der Bundeswehr, Dieter, darauf hin, die Truppe sei in der Lage, rasch zu reagieren, um gemeinsam mit zivilen Katastrophenschützern Menschenleben zu retten und Sachwerte zu bewahren.

Einen bewährten Partner auf diesem Gebiet stellte DFV-Vizepräsident Albrecht Broemme vor: Er berichtete über die „Feuerwehren als nationaler Baustein für den Katastrophen- und Bevölkerungsschutz“. Broemme, Landesbranddirektor von Berlin, wies hierbei auf die enormen personellen Kapazitäten der deutschen Feuerwehren hin: Von 1,7 Millionen ehrenamtlichen Helfern in Deutschland sind 1,1 Million Angehörige Freiwilliger Feuerwehren.

„Es muss uns gelingen, das sehr hohe Hilfeleistungspotenzial optimal zu nutzen. Dafür müssen wir das hervorragende Ansehen, das Feuerwehr, Bundeswehr, Hilfsorganisationen, THW und Polizei bei Auslandseinsätzen genießen, auch im Inland zu erreichen“, erklärte der DFV-Vizepräsident. Zudem erinnerte Broemme an die Entwicklung des Katastrophenschutzes nach der Wende, die zum Abbau zahlreicher Luftschuttsirenen geführt hatte. Er berichtete über die DFV-Initiative, die Bevölkerung über ein Warnsignal (SOS) in Rauchmeldern bei Großschadenslagen und Katastrophen zu alarmieren.



Angeregt diskutierten DFV-Vizepräsident Albrecht Broemme (links) und Rudolf L. Atzbach, Vizepräsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, während der Fachtagung. (Foto: DFV)

Auch Rudolf L. Atzbach, Vizepräsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, sprach dieses Projekt in seinem Vortrag als Innovation an. Atzbach zog nach dem einjährigen Bestehen des Bundesamtes eine Bilanz: Der Bund könne sich nicht aus der Gesamtverantwortung herausziehen. Allerdings gehe es nicht um die operative

Führung, sondern um Koordinations- und Steuerungsmöglichkeiten bei Schadenslagen von nationaler Bedeutung. „Das Bundesamt ist der Motor für den Bevölkerungsschutz“, erklärte Atzbach.

## Deutsches Rotes Kreuz

### Wir sind umgezogen

**DFV und DJF sind seit dem 1. Oktober in Berlin**

DFV und DJF haben ihre neuen Büros bezogen. Seit 1. Oktober lautet die Adresse:

Reinhardtstraße 25,  
10117 Berlin.

DFV:  
Telefon (030) 28 88 48 800,  
Fax -809,  
info@dfv.org.

DJF:  
Telefon (030) 28 88 48 810,  
Fax -819

„Eine überaus notwendige Veranstaltung, vor allem für die Kontaktpflege und die Förderung des gegenseitigen Respekts. Die hier gewonnenen Erkenntnisse werden die Argumentation gegenüber der neuen Bundesregierung unterstützen“, resümierte DFV-Vizepräsident Bernd Pawelke, der zwei Tage lang aufmerksam die Vorträge verfolgt hatte. *Darmstädter*

### „Wer zum Teufel kann schon Italienisch?“

Der 45. Bundeswettbewerb der Bereitschaften in Maulbronn (Baden-Württemberg) stellte die Wettbewerbsgruppen vor unerwartete Aufgaben – Gewinner aus Stegen bei Freiburg fahren zum Europäischen Wettbewerb in der Slowakei

Sie wollten gar nicht so recht zu den äußeren Bedingungen passen, die Szenarien des diesjährigen Bundesentscheids. Denn Schauplatz für die Übungen war in diesem Jahr die sonnendurchflutete altherwürdige Anlage eines Zisterzienserklosters im schwäbischen Städtchen Maulbronn in der Nähe von Karlsruhe.

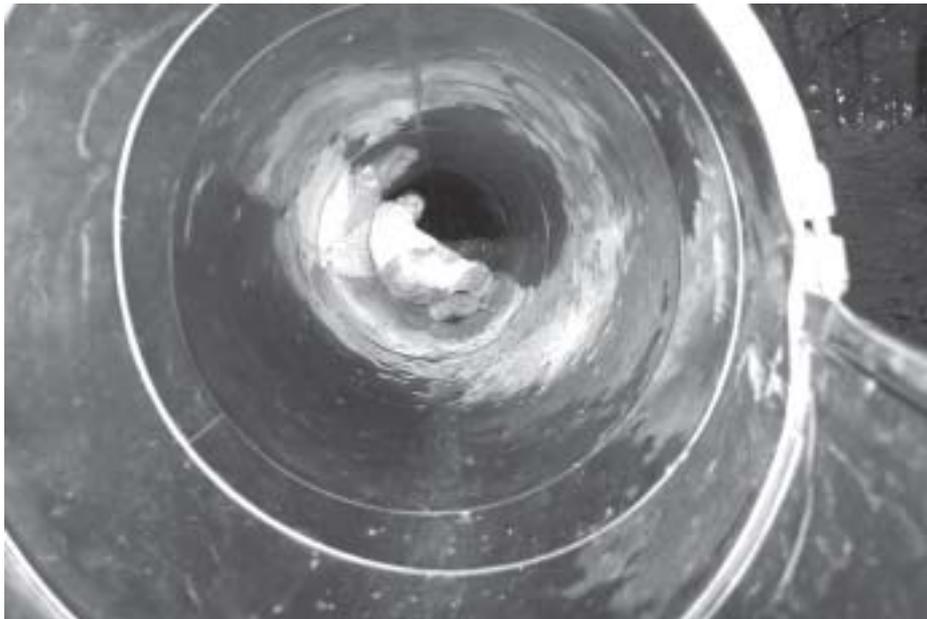


Eine HelferIn versorgt die Beinverletzung eines Fußgängers, der mit einem Rollstuhlfahrer zusammenstieß.

Und so hatten bei wolkenlosem Himmel und sommerlichen Temperaturen die Wettbewerbsgruppen in idyllischer und wunderschöner Umgebung

mit abgetrennten Gliedmaßen, beinahe ertrunkenen Kleinkindern, schwer verletzten Bahnarbeitern und verunfallten Autofahrern zu tun.

Am frühen Morgen hatte es sich der Präsident des Roten Kreuzes in Deutschland, Dr. Rudolf Seiters, nicht nehmen lassen, um acht Uhr den Startschuss für die Gruppen zu geben.



Ein betrunkenen Mann ist beim Rutschen durch eine Riesenröhre verletzt stecken geblieben.

(Fotos: DRK)

An den acht Schauplätzen sahen sich die Rotkreuzler aus dem gesamten Bundesgebiet nun also vor jede Menge Probleme gestellt, und hatten sich gewaltig ins Zeug zu legen, um die an sie gestellten praktischen und theoretischen Aufgaben zur Zufriedenheit der Schiedsrichter zu lösen. Überall waren neugierige Touristen, Passanten und Schlachtenbummler, die die Leistungen der Teams beobachteten.

Bisweilen gab es für die Helfer sogar Szenenapplaus. Vermutlich auch deshalb, weil die Planer so manches Mal ein überraschendes Element in die Übungen eingebaut hatten. Dies sorgte dann bei den Beobachtern für große Heiterkeit, bei den Wettbewerbsgruppen jedoch für enormen zusätzlichen Stress. So etwa bei einem simulierten Zugunglück im Bahnhof von Maulbronn: Hier galt es nämlich nicht nur verletzte Personen schulbuchmäßig zu versorgen. Auch betroffene Fahrgäste waren zu betreuen, darunter eine blinde Person, eine Rollstuhlfahrerin und schließlich ein wichtigtuerischer Fahrgast mit Dip-

lomatensstatus, der ausschließlich italienisch sprach und den Helfern mit südländischem Temperament und in unverständlichen Worten arg zusetzte. Es schien, als ob manche Gruppe am Ende dieser einstündigen Übung am liebsten selbst psychologische Hilfe angefordert hätte.

Am Ende hatten jedoch alle Teilnehmer den sehr gut vorbereiteten Parcours gemeistert.

Denn an der Organisation des Veranstaltungsumfelds gab es nichts auszusetzen. Die 18 Gruppen aus den DRK-Landesverbänden fanden in Maulbronn beste Bedingungen für den Wettbewerb vor. Hierzu hatte auch die großzügige Unterstützung von Behörden, der Stadt Maulbronn und der Deutschen Bahn AG beigetragen. Insgesamt waren in dem kleinen Städtchen rund 600 engagierte Rotkreuzler im Übungs- Organisations- und Hilfeinsatz.

Als gegen 17 Uhr alle Verletzten versorgt, alle Betroffenen betreut und alle Opfer gerettet waren, konnten sich die Teilnehmer, Betreuer, Helfer und Fans stärken und auf die abendliche Party und Siegerehrung vorbereiten.

Gegen 22 Uhr gab der Bundesarzt des DRK, Dr. Karl Demmer dann unter großem Jubel die Sieger bekannt und überreichte den überglücklichen Gewinnern aus dem Breisgau die Urkunde.

Die Siegergruppe aus dem badischen Stegen vertritt nun das Deutsche Rote Kreuz beim Europäischen Erste-Hilfe-Wettbewerb im nächsten Sommer in der Slowakei. Nur knapp geschlagen geben mussten sich die Gruppen aus Mittelbach (LV Rheinland Pfalz) und aus Helmstedt (LV Niedersachsen), die auf den Rängen zwei und drei landeten.

Das Deutsche Rote Kreuz führt den Bundeswettbewerb in erster Hilfe seit 1959 jährlich durch. Ziel und Zweck ist es, den Ausbildungsstand der mehr als 400.000 Helfer und Helferinnen im DRK zu

überprüfen und über einen langen Zeitraum zu verfolgen. Die teilnehmenden Mannschaften hatten sich zuvor auf Kreisverbands und Landesverbands-ebene für diesen Wettbewerb qualifiziert.

Den letzten Erste-Hilfe-Bundeswettbewerb 2003 in Hamburg hatte die Gruppe aus Maulbronn gewonnen und beim Europäischen Erste-Hilfe-Wettbewerb den dritten Platz belegt.

## Johanniter-Unfall-Hilfe

### Navigationssystem auf dem Prüfstand

#### Mit modernster Technik für Großeinsätze gerüstet

Der Verkehr in der Kölner Innenstadt bricht zeitweilig zusammen. Eine Million Pilger sind auf dem

Weg zum XX. Weltjugendtag. Unter ihnen 1300 mit Behinderung, die die Johanniter zu den Veranstaltungsorten und den Unterkünften bringen sollen.

Das ist der größte jemals erteilte Beförderungsauftrag für Menschen mit Behinderung für die Johanniter. Sie holen

aus ganz Deutschland 550 ihrer Helfer herbei und 200 Fahrzeuge, darunter 110 Behindertenfahrzeuge. Sie werden zum Teil in langen Kolonnen über die Autobahn nach Köln überführt.

Fahrzeuge und Personal sind da: Doch wie können die auswärtigen Fahrer ohne Ortskunde durch eine brechend volle Stadt finden? Wie kann man mit dem Fahrer kommunizieren, wenn der Bündelfunk nicht bis auf das für die Veranstaltung so wichtige Marienfeld am Kölner Stadtrand reicht und auch nicht der Sprechfunk von Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BOS-Funk) vom Behindertenfahrdienst benutzt werden darf? Und schließlich:

Wie kommen alle Fahrer schnell an aktuelle Verkehrsinfos und Stauwarnungen?

Eine Herausforderung für die Johanniter. Gemeinsam mit ihren Partnerunternehmen Navigon, E-Plus und einem Anbieter für Leitstellensoftware erarbeiten sie eine technisch aufwändige Komplettlösung: Alle 110 Behindertenfahrzeuge werden mit Minicomputern von QTek ausgestattet, in die zugleich ein Mobilfunktelefon integriert ist. Der Pocket-PC dient als Navigationssystem: Er zeigt dem Fahrer den kürzesten Weg zum Ziel. Die neuesten Staumeldungen, die ein über der Stadt kreisender Zeppelin erfasst, werden zentral in alle Navigationssysteme eingespeist. Die Software in der Leitstelle wird wiederum so angepasst, dass der Dispatcher seinen Fahrauftrag als SMS direkt in den Pocket-PC des jeweiligen Fahrzeugs überspielen kann. Das Navigationsprogramm berechnet sofort die Strecke. Somit entfällt für die Mitarbeiter der Einsatzwagen die manuelle Eingabe der Adressen. Durch die Rückmeldung der aktuellen



Die Minicomputer können mit Saugnäpfen an der Windschutzscheibe befestigt werden.  
(Foto: Schauff/JUH)

GPS-Position sollte die Leitstelle jederzeit wissen, wo sich jedes einzelne Fahrzeug befindet. Zur Sicherheit sendet die Leitstelle den Auftrag jedem Fahrer zugleich auf dessen Pager (ein Empfänger für City-Ruf), den er immer bei sich trägt. Die Lösung hat sich am Ende bewährt, auch wenn einige technische Neuerungen nicht so klappten, wie man sich das vorstellte: Über 115.000 Kilometer haben die Johanniter Pilger mit Behinderungen zu den verschiedenen Veranstaltungen

gen des Weltjugendtages gefahren und für etwaige zukünftige Einsätze wie bei der Fußball-WM herausgefunden, wo das System noch Mängel aufweist. „Wir haben hin und wieder Probleme bei der Einsatzübermittlung festgestellt“, sagt Pressereferent Christian van Duijnen, „ob es an der Software oder an mangelnder Einweisung der Mitarbeiter liegt, kann ich noch nicht sagen.“ Doch das sind Kinderkrankheiten, normal bei einer Neuentwicklung und einer Veranstaltung dieser Größenordnung. *on/vi*

## Ein Jahr nach dem Tsunami

### Wie es um den Hausbau steht

Rund ein Jahr ist es her, dass die Tsunami-Katastrophe in Asien etwa 300.000 Menschen tötete und viele Dörfer und Städte zerstörte. Allein in Sri Lanka wurden von 1500 Kilometern Küstenstreifen 900 verwüstet. 800.000 Menschen verloren hier ihr gesamtes Hab und Gut. Und auch wenn aus allen Teilen



Bauen step by step: Erst wenn das Fundament steht, überweisen die Johanniter das Geld für den nächsten Bauabschnitt.

der Welt sofort Hilfe kam, war es nicht vorstellbar, dass nach einem Jahr der Wiederaufbau abgeschlossen sein könnte. Eine ganze Menge ist freilich inzwi-

schen vorangebracht worden. Ein Beispiel dafür ist ein Hausbauprojekt der Johanniter.

Soll das Projekt gelingen, muss ein Fachmann her, möglichst mit Auslandserfahrung, einer, der sich gut auf die Menschen vor Ort einstellen kann. Die Johanniter gewannen mit Andor Gipp einen Bauingenieur, der bereits sechs Jahre lang Erfahrungen beim Häuserbau in Bosnien gesammelt hat. Mehr als 1.000 Häuser sind mit seiner Hilfe dort entstanden. Gegenwärtig plant er bei Tangalle im Süden Sri Lankas 100 Häuser. Mehr als 50 davon sind im Bau.

Um nahe an den Menschen zu sein, richtete Gipp eine Bürgersprechstunde ein – zwei Mal in der Woche in einem Wohnhaus mitten im Dorf. Dort können Familien, deren Haus zerstört wurde, ihre Probleme vorbringen und sich um ein neues Zuhause bewerben. „Sie müssen dafür eine von der Polizei bestätigte Schadensmeldung vorlegen. Denn wir müssen natürlich sicher gehen, dass ihr Haus wirklich zerstört wurde. Sie müssen Strom- und Gasrechnungen mitbringen. Wir wollen sehen, dass sie in dem Haus auch wirklich gelebt haben. Und sie müssen nachweisen, dass ihnen das Land gehört,“ erklärt der 35-jährige Bauingenieur die Voraussetzungen.

Das freilich ist allgemein hin ein großes Problem. Neu gebaut werden darf nämlich nicht mehr in der so genannten 100-Meter-Zone, in manchen Gebieten muss sogar ein Abstand von 300 Metern bis zum Meer eingehalten werden. „Wegen der Tsunami-Gefährdung“, heißt es seitens der Regierung. Wohin soll aber jemand, der auf seinem eigenen Grund und Boden nicht mehr bauen darf? Es ist nicht einfach, neues Land zu finden. Die Klärung der Grundbuchfragen dauert auch in Sri Lanka seine Zeit. Die Regierung hat zwar Land zur Neubesiedlung ausgewiesen. Nicht immer erweist es sich jedoch als geeignet, weil es zum Beispiel Marsch- oder Sumpfland ist oder infrastrukturell noch nicht erschlossen wurde. Manchmal ist es weit vom Meer entfernt. Wenn jemand Fischer ist, mag er ohnehin nicht weg vom Meer. Wie soll er dorthin kommen? Der Transport kostet Geld. Wer bewacht seine Boote? Deshalb laufen jetzt Überlegungen, mit den Fischern Bootshäuser zu bauen.

Andor Gipp's Beratung endet keineswegs mit dem Nachweis der Landrechte. Der Bauingenieur will, dass die Leute auch „ihr“ Haus bauen, also individuell gestalten können. Sie können eigene Bauzeichnungen mitbringen. Die müssen natürlich mit den Behörden abgestimmt sein. Sie können ihre Fenster



Die Vorstellungen der künftigen Bewohner werden weitgehend berücksichtigt.

(Fotos: Villavicencio/JUH)

rund, drei- oder viereckig bauen, die Zimmer so aufteilen, wie sie es möchten. Sie können die Handwerker ihrer Wahl bestimmen, Verwandte oder Fremde. Gipp schaut auf statische Probleme, rechnet aus, ob die Häuslebauer bei all ihren Wünschen mit dem Geld überhaupt hinkommen. Für 50 Quadratmeter Grundfläche, Wände, Dach, Fenster, Türen sowie Innen- und Außenputz sind 500.000 Rupies, umgerechnet rund 5000 US-Dollar, veranschlagt. Die gibt es aber nicht auf einmal bar auf die Hand. „Sonst kauft sich vielleicht jemand davon ein Moped oder sonst irgendwas,“ sagt Gipp. Für jeden Bauabschnitt ist eine bestimmte Summe vorgesehen. Erst wenn das Fundament steht, gibt es Geld für die Wände, dann für das Dach, schließlich für die Fenster und Türen und zuletzt für den Außen- und Innenputz. Gipp sieht sich regelmäßig den Fortschritt der Bauarbeiten an. Mal wird zügiger gebaut, mal nicht. Er weiß, die Menschen achten dabei auf die Stellung der Sterne. Nach ihnen wird der günstigste Zeitpunkt für den Fortgang der Arbeiten bestimmt.

Der Deutsche prüft immer sehr genau. Er lässt sich stets alle Quittungen vorlegen. Er kennt die Preise und weiß natürlich auch, dass Baumaterialien teurer geworden sind. Sehr viel mehr Menschen als vor einem Jahr wollen oder müssen jetzt ein neues Zuhause bauen. Das führte zu erheblichen Materialengpässen, sei es bei Bauholz, sei es bei Zement. Kos-

tete früher zum Beispiel ein Dachziegel in der Region 9,50 Rupies, sind es heute 17. Hinzu kommt, dass es teilweise an Fachkräften wie Mauern, Klempnern und Schreibern mangelt. Ein Vertreter der einheimischen Bauindustrie sagt, dass sofort Fachleute ausgebildet werden müssten.

Trotz vieler Probleme und bürokratischer Hindernisse, wer von der Hauptstadt Colombo aus in den Süden des Landes fährt, kann jedenfalls auf dieser Strecke sehen: Es

gibt nur noch wenige Zelte. Die Menschen haben ein neues Zuhause gefunden, vorerst vielleicht nur in einer kleinen Übergangshütte aus Holz. Unüberschaubar ist, feste Steinhäuser sind im Bau.

*Regina Villavicencio*

## Malteser Hilfsdienst

### „Brücken der Hilfe“ als Weg zur Selbsthilfe

Der Sitz des neu gegründeten weltweiten Verbundes Malteser International ist in Köln bei den deutschen Maltesern; der Generalsekretär von Malteser International, Ingo Radtke, äußert sich in einem Gespräch zu den Grundlagen heutiger Auslandsarbeit:



Malteser

*Wie sieht Ihr Idealbild von der Hilfe der Malteser aus?*

Radtke: Wir Malteser möchten „Brücken der Hilfe“ bauen. In der humanitären Hilfe heißt das: Ein Pfeiler der Brücke steht hier, in Deutschland, einer im Empfängerland. Der hier stehende Pfeiler wird durch uns, durch viele tausend Helferinnen und Helfer gebildet. Mit großem ehrenamtlichem Engagement und



Der erste Auslandseinsatz des Malteser Hilfsdienstes: Versorgung von Flüchtlingen während der Ungarnkrise 1956 an der österreichisch-ungarischen Grenze.

mit Spenden, die Ausdruck gelebter Solidarität mit den Opfern sind. So schaffen wir im Auftrag der Spender die Voraussetzungen für effiziente Hilfe vor Ort. Der zweite Pfeiler steht im jeweiligen Einsatzland. Er wird in überwiegender Anzahl von den Menschen vor Ort gebildet.

*Ist man dort denn in der Lage, die Anforderungen zu erfüllen?*

Radtke: Aber ja! Das erleben wir bei jedem Hilfseinsatz: Die Menschen vor Ort sind auch in der Kata-

strophe, in der Not Partner auf Augenhöhe und nicht etwa Almosenempfänger. Daher ist es wichtig, dass die Brücke der Hilfe auf diesen beiden Pfeilern gleichermaßen ruht. Sie schafft keine Abhängigkeiten, sondern verbindet Menschen.

*Wie stellt sich denn der Malteserorden dieser Herausforderung?*

Radtke: Der Malteserorden, der ja international ist und dessen Großmeister in Rom residiert, hat folgendes beschlossen: Aufbauend auf den Erfahrungen aller Malteser Hilfsdienste weltweit soll mit Malteser International ein neues Hilfswerk etabliert werden. Malteser International wird zukünftig als einziges Hilfswerk für humanitäre Hilfe des Ordens weltweit agieren und damit die Hilfe aus 46 Staaten bündeln.

*Ein großer Vertrauensbeweis, könnte man sagen.*

Radtke: Ja, wir deutsche Malteser sind schon ein wenig stolz darauf, dass wir hier in Köln gebeten wurden, unseren Malteser Auslandsdienst als neue weltweite „Headquarters“ zur Verfügung zu stellen.

*Die Arbeit im Ausland ist ja schon seit jeher ein wichtiger Bestandteil in der Arbeit des MHD...*

Radtke: Aber ja, unsere Auslandsarbeit hat eine große Tradition. Vor 49 Jahren leisteten deutsche Malteser an der Grenze zwischen Österreich und Ungarn den Flüchtlingen aus dem damals kommunistischen Ungarn Hilfe. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre kam mit dem Vietnameinsatz das nächste große Auslandsprojekt. Dieser Einsatz prägte den Verband übrigens nachhaltig, veränderte ihn aber auch zu einem guten Teil.

*Wie das?*

Radtke: Erstmals waren deutsche Malteser über einen sehr langen Zeitraum im Ausland. Es waren unsere ersten Erfahrungen mit Asien. Es waren für den Verband aber auch die ersten wirklichen Erfahrungen mit humanitärer Hilfe in einem vom Krieg zerrissenen Land. Wir mussten feststellen, dass man auch als Helfer zum Teil der Auseinandersetzung wird, dass auch der Helfer sich den Konsequenzen einer bewaffneten Auseinandersetzung nicht entziehen kann.

*Hat auch die Einheit Deutschlands die Malteser verändert?*

Radtke: Die ungarischen Malteser, gerade erst gegründet, trugen gemeinsam mit den deutschen und österreichischen Maltesern dafür Sorge, dass die nach Ungarn strömenden DDR-Flüchtlinge versorgt und über Österreich auf den Weg in die Bundesrepublik gebracht werden konnten. Viele tausend Einsätze in Mittel- und Osteuropa sind gefolgt. Zehntausende von Maltesern sind bis heute in Ländern wie Russland, Rumänien, Polen, Litauen, Lettland, Tschechien, im ehemaligen Jugoslawien und Albanien aktiv.

*Aber es geht heute wie zu Anfang um die großen Katastrophen?*

Radtke: Ab 1994 waren die Malteser im Kongo mit den furchtbaren Folgen des Genozids in Ruanda beschäftigt. Die Einsätze auf dem Balkan vor und nach dem Kosovokrieg, nach den Fluten in Mosambik und den Erdbeben in El Salvador, Gujarrat in Indien und Bam im Iran über unsere Einsätze in Afghanistan und Irak bis hin zum Einsatz im Tsunamigebiet: überall waren und sind die Malteser aktiv.

*Also eine Arbeit vor internationalen Fernsehkameras?*

Radtke: Nein, so eben nicht. Der Einsatz der Malteser muss weit darüber hinausgehen. Ein wichtiger Aspekt unserer Arbeit sind daher die vergessenen Krisen. Die wahren Dramen spielen sich dort ab, wo die Kameras der Weltöffentlichkeit nicht hinreichen. Wer weiß, dass der Südsudan seit mehr als zwanzig Jahren im Dauerkrieg lebt? Wer hat wahrgenommen, dass im Kongo in den letzten Jahren mehr Menschen durch Hunger und Krieg gestorben sind als

während der so genannten „Jahrtausendkatastrophe“ Tsunami? Hier sind Profis gefragt, die langfristig arbeiten.

*Das hat aber Auswirkungen auf die Freiwilligen bei den Maltesern...*

Radtke: Ja, das ist nicht zu leugnen. Nach gründlicher Diskussion hat das Präsidium des Malteser Hilfsdienstes den für eine ehrenamtlich ausgerichtete Organisation auf den ersten Blick schweren Entschluss gefasst, gerade in Katastrophenfällen den



24. Juni 2005: der Präsident der Deutschen Assoziation des Malteserordens, Dr. Leo-Ferdinand Graf Henckel von Donnersmarck (2. v. r.), gibt die Gründung von Malteser International in Mainz bekannt.

Einsatz ehrenamtlicher Helfer als Ausnahme zu betrachten und auch auf das Sammeln und – teure – Versenden im Inland gesammelter Hilfsgüter zu verzichten.

*Dafür gibt es aber sicherlich gute Gründe?*

Radtke: Ja, wirklich gute Gründe, die auch jeder einsehen kann. Vor allem dürfen die lokalen Märkte nicht noch weiter belastet werden, indem man Hilfsgüter im Inland beschafft und dann in das jeweilige Land einführt. „Buy local“ muss die Devise sein. Denn: Die Betroffenen sind mit den lokalen Produkten vertraut, die in aller Regel vor Ort rascher und deutlich preisgünstiger zu besorgen sind. Der

beschädigte lokale Markt wird gestärkt und die von Arbeitslosigkeit bedrohten Opfer der Katastrophe finden schneller wieder Arbeit.

*Wie sieht also die zeitgemäße Art der Hilfeleistung aus?*

Radtke: Wir dürfen uns nicht nur auf die akute Nothilfe beschränken. Es reicht eben nicht aus, den Ertrinkenden aus dem Wasser zu ziehen und ihn dann, ausgestattet mit guten Worten, sich selbst zu überlassen. Erst wenn die weggespülte Hütte wieder steht



Ingo Radtke, Generalsekretär von Malteser International.  
(Fotos: MHD)

und die Existenzgrundlage wieder geschaffen ist, hat die Hilfe ihr erstes Ziel erreicht: Hilfe zur Selbsthilfe zu sein. Wir müssen willens und in der Lage sein, 365 Tage im Jahr präsent zu sein und die von einer Katastrophe Betroffenen solange zu begleiten, bis sie ihr Leben wieder in freier Selbstbestimmung und ohne Einfluss von außen in die Hand nehmen können. Unsere „Brücken der Hilfe“ sind dafür das richtige Instrument.

Das Gespräch führte  
Sebastian Sigler

Verband der Arbeitsgemeinschaften  
der Helfer in den Regieeinheiten/-ein-  
richtungen des Katastrophenschutzes  
in der Bundesrepublik  
Deutschland e.V.

## Dr. Paul Wilhelm Kolb wurde 85

ARKAT und Schutzforum gratulieren Dr. Paul Wilhelm Kolb, der am 16. August 2005 sein 85. Lebensjahr vollendete. Kolb wurde in München geboren. Nach dem Kriegsende und Militärdienst als Offizier, Werkstudium, juristischem Vorbereitungsdienst und Promotion war er zunächst als Anwalt und Syndikus tätig. Später entschied sich Kolb dann für den Staatsdienst. Als Personalreferent im Bundesministerium der Verteidigung, leitenden Tätigkeiten im Bundesamt für Wehrtechnik und Beschaffung sowie im Bundesministerium für die Angelegenheiten des Bundesverteidigungsrates wurde er 1969 zum Präsidenten des Bundesamtes für Zivilschutz berufen, das er bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1985 leitete.



Auch nach seinem Ausscheiden aus dem Amt blieb Kolb in seinem steten Wirken für das Gemeinwohl dem Bevölkerungsschutz als fundamentale Staatsaufgabe treu. Er gründete am 29. April 1986 – nur drei Tage nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl – das Schutzforum, dem er bis 1998 als ehrenamtlicher Präsident vorstand. Seit 1988 war er dann gleichzeitig auch Bundessprecher und Präsident der Deutschen Schutzbaugemeinschaft. Als „Generalist“ brachte er sein umfangreiches Wissen in die Arbeit der Ständigen Konferenz für Katastrophenschutz und Katastrophenvorsorge und beim Deutschen Komitee für Katastrophenvorsorge ein.

Er erkannte frühzeitig, dass man den Schutz der Bevölkerung nicht mehr nach Krieg und Frieden strikt voneinander trennen könne und mahnte bundeseinheitliche und länderübergreifende Strukturen an. Im Schutzforum versammelte er namhafte Experten, um in wissenschaftlich begründeter Weise über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten des

Schutzes der Bürgerinnen und Bürger zu informieren, Impulse zu geben und Grundlagen für eine interdisziplinäre Forschung zu schaffen. Dabei war ihm die Kompatibilität von Bevölkerungs- und Umweltschutz ein besonderes Anliegen. Die Sorge, wie Staat, demokratische Gesellschaftsordnung, Wirtschaft und unsere Grundwerte nachhaltig geschützt werden können, bestimmten sein Lebenswerk. Unabhängig und offen vertrat er Perspektiven und Zielprojektionen für einen den tatsächlichen Bedarfen und Bedürfnissen angemessenen Basisschutz von Bevölkerung und Um-



Dr. Paul Wilhelm Kolb kurz vor seiner Verabschiedung als Präsident des BZS im Jahr 1985.  
(Foto: Hilberath)

welt. Der Jubilar gilt als Nestor des deutschen Bevölkerungsschutzes und genießt weltweite Reputation.

Seine wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Gutachten zeugen von einem fast kosmophischen Verständnis humanitärer Schutzanliegen. Dabei blieb Kolb durchaus Praktiker. „Der Kolb“, das von ihm herausgegebene Handbuch zur Katastrophenschutzpraxis ist in der Community auch heute noch ein viel beachtetes Standardwerk.

Seine vielfältigen Verdienste fanden ihre zahlreiche Würdigung u. a. durch die Verleihung des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, des Kommandeurskreuzes des Verdienstordens des Souveränen Malteser Ritterordens, des Deutschen Feuerwehrkreuzes in Gold, des Ehrenzeichens in Gold des Technischen Hilfswerkes, des Ehrenzeichens des Deutschen Roten Kreuzes und des Ehrenzeichens am Bande der Johanniter-Unfallhilfe.

Mit den Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten und -einrichtungen des Katastrophenschutzes (ARKAT) fühlte sich Kolb seit deren bundesweiter Organisation als Verband des behördlichen Katastrophenschutzes im Jahr 1985 eng verbunden. So berief er 1992 die Vereinigung als kooperiertes Mitglied in das Schutzforum.

Die vom Schutzforum in seiner Präsidentschaft definierten Schutzziele hinsichtlich Politik, Recht, Ethik, Technik, Medizin, Kultur und sozioökonomischen Aspekten sind heute aktueller denn je. Das Sicherheits- und Schutzbedürfnis der Menschen wurde durch die neuen Gefahren wie Terrorismus, extremen Natur- und Umweltphänomenen sowie gestiegenen technologischen Risiken geschärft und wieder stärker in das Bewusstsein von Staat und Gesellschaft gerückt. Wie kein zweiter hat sich der Jubilar aufklärerisch den humanitären Anliegen des Bevölkerungsschutzes gewidmet. Sein Lebenswerk trägt nun Früchte.

Wir wünschen Dr. Paul Wilhelm Kolb, dass der Schöpfer ihm noch viele Geburtstage in geistiger und jugendlicher Frische bei guter Gesundheit schenken möge.

*Klaus-Dieter Kühn  
ARKAT-Bundesvorsitzender und  
Präsident des Schutzforums*

## German Biosafety 2005: Zum Schutz der Bevölkerung vor biologischen Gefahren

Die Bewältigung biologischer Gefahrenlagen setzt das effiziente Zusammenwirken und eine ressortübergreifende Zusammenarbeit aller beteiligten Fachdienste und Einrichtungen voraus.

Ein wichtiges Forum für den ressortübergreifenden Informationsaustausch stellte die German BioSafety 2005 dar, die vom 13. bis 15. September 2005 in Stuttgart im „Haus der Wirtschaft“ stattfand. Als wissenschaftlicher Kongress mit begleitender Fachausstellung und Praxismodulen diente sie als Kommunikationsplattform, um den aktuellen Stand zu Themen des biologischen Krisenmanagements in einem interdisziplinären Teilnehmerkreis

ellem Anlass wurden Beiträge zur aviären Influenza („Vogelgrippe“) aufgenommen.

BBK-Präsident Christoph Unger stellte im Rahmen des Fachkongresses das Bundesamt als Partner von Ländern und Kommunen im Bevölkerungsschutz vor. Am Ausstellungsstand des BBK konnte sich das Fachpublikum über die biologischen Forschungsvorhaben und Arbeitsschwerpunkte des Bundesamtes im Bereich der biologischen Gefahrenabwehr informieren.

Die German BioSafety stieß auf großes Interesse und stellte einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung des Bevölkerungsschutzes im Bereich der biologischen Gefahrenabwehr dar.

An dem fachübergreifenden Informations- und Erfahrungsaustausch nahmen mehr als 250 Teilnehmer aus den Bereichen Feuerwehr, Polizei, Rettungsdienst und Einrichtungen des Katastrophenschutzes, des öffentlichen Gesundheitsdienstes sowie der Bundeswehr teil.

Die Idee zur German BioSafety wurde aus einem Forschungsvorhaben geboren, das das Robert Koch Institut im Auftrag des BBK durchführt. Ziel des Forschungsvorhabens ist die Verbesserung der Zusammenarbeit öffentlicher Einrichtungen, Rettungsdienste und Hilfsorganisationen zur Bewältigung biologischer Gefahrenlagen durch die Erarbeitung gemeinsamer Bundesländer- und ressortübergreifender Konzepte mittels eines Netzwerkes.

Dieses Netzwerk besteht aus renommierten Experten und Fachleuten

unterschiedlicher Fachrichtungen und Disziplinen. Neben dem Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe gehören zu den ideellen Trägern und Partnern der German BioSafety das Robert-Koch Institut, die Deutsche Gesellschaft für Kata-



Am Ausstellungsstand des BBK konnte sich das Fachpublikum über die biologischen Forschungsvorhaben und Arbeitsschwerpunkte des Bundesamtes im Bereich der biologischen Gefahrenabwehr informieren.  
(Foto: Kaufmann/BBK)

darzustellen und zu diskutieren. In mehr als 40 Einzelvorträgen und Workshops diskutieren Experten aktuelle Fragestellungen und zukünftige Anforderungen in den Bereichen Detektion, Persönliche Schutzausrüstung und Dekontamination. Aus aktu-

strophenschutz e.V., die Ständige Arbeitsgemeinschaft der Kompetenz und Behandlungszentren (StAKoB), das Wehrwissenschaftliche Institut für Schutztechnologien und der Arbeitskreis Bevölkerungsschutz.

Zur German BioSafety 2005 ist die zweite Fassung des Buches „Biologische Gefahren – Beiträge zum Bevölkerungsschutz“ erschienen, die beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe bestellt werden kann ([http://www.bbk.bund.de/cln\\_027/nn\\_398730/DE/05\\_\\_Publikationen/05\\_\\_Fachpublikationen/05\\_\\_Sonderpublikationen/Sonderpublikationen\\_\\_node.html\\_nnn=true](http://www.bbk.bund.de/cln_027/nn_398730/DE/05__Publikationen/05__Fachpublikationen/05__Sonderpublikationen/Sonderpublikationen__node.html_nnn=true)).

## Treibeis im Oktober

Ein winterlicher Hochwassereinsatz stand im Mittelpunkt der zweitägigen Planübung „Elbeis“ vom 6. bis 8. Oktober 2005 in Lüchow. Die Ausgangslage und der Verlauf entsprachen den jüngsten Erfahrungen, das letzte große Winterhochwasser hat die Region erst im Januar 2003 heimgesucht.

Die Übung wurde von der Kreisverwaltung und den beteiligten Organisationen langfristig vorbereitet, sie war die erste große Bewährungsprobe für das neue Katastrophenschutz-Einsatz- und Lagezentrum im Kreishaus. Mitarbeiter des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe aus Bad Neuenahr-Ahrweiler unterstützten bei der Übungsanlage, begleiteten „Elbeis“ und werden sie im Nachlauf auswerten.

Über den Stab Hauptverwaltungsbeamter der Kreisverwaltung (HVB) leitete Landrat Dieter Aschbrenner die Katastrophenabwehr. Angehörige des Fachdienstes EDV stellten die geordnete Arbeit mit den neuen Systemen sicher. Die Technische Einsatzleitung (TEL) setzte die Entscheidungen des Landrates in operative und taktische Maßnahmen um.

Nach einer längeren Kälteperiode war die Elbe laut Übungsanlage im Bereich des Landkreises Lüchow-Dannenberg vereist. Durch die Witterung kam es zum starken Ansteigen des Pegels und

schließlich zu erheblichem Eisgang. Die Bedrohlichkeit der Lage nahm zu, das Eis beschädigte Deiche, erste Durchweichungen wurden gemeldet. Das auflaufende Wasser stieg schließlich pro Stunde um 13 Zentimeter, der Rückstau zeigte erste Auswirkungen auf die Nebenflüsse.

In dem „betroffenen“ Gebiet zwischen Hitzacker, Dannenberg und Quickborn leben rund 1250 Personen in kleinen Dörfern. Dazu kommen 80 Pferde, 3000 Rinder, 4000 Schweine sowie etwa 300 Schafe. Besondere Gefahren für Menschen, Tiere und Umwelt gehen im Hochwasserfall unter anderem von Stoffen wie Heizöl, Gas und Gülle aus.

Bereits vor Auslösung des Katastrophenalarms durch den Landrat kamen erste Kräfte der Feuerwehren zum Einsatz. Sie waren als Deichwa-



Angehörige der Polizei, der Feuerwehr, des THW und der Bundeswehr arbeiteten eng zusammen. (Foto: Johann Fritsch)

chen im Bereich von Jasebeck unterwegs und dichteten die ersten Quellstellen in den Deichen ab. Nach der Übungs-Alarmierung standen neben der Technischen Einsatzleitung und den Angehörigen der Kreisverwaltung Kräfte der Freiwilligen Feuerwehren, des Technischen Hilfswerkes (THW) und des Deutschen Roten Kreuzes (DRK) bereit. Unterstützung aus dem Nachbarkreisen konnte nur in beschränktem Umfang erwartet werden, da es sich bei diesen meist auch um Elbanlieger handelt.

Hoffnungen auf umfangreiche Hilfe von Bundeswehr und Bundespolizei konnten sich die Verantwortlichen von Verwaltung und TEL ebenfalls nicht machen. Die angenommene, vor wenigen Tagen erfolgte, Feststellung des Bündnisfalles nach Artikel 5 des NATO-Vertrages band die Streitkräfte im In- und Ausland. Ein Einsatz zur Katastrophenabwehr war daher nur eingeschränkt möglich. Die Bundespolizei musste nach Terroranschlägen auf verschiedene Einrichtungen in Deutschland verstärkt in den Objektschutz eingebunden werden und konnte kaum Kräfte bereitstellen.

Unter der Gesamtleitung von Kreisbrandmeister Uwe Schulz lag die Übungsleitung in den Händen von Erhard Burmester und seinem Team. Zu den Zielen gehörten die Bestätigung und Erweiterung der Kenntnisse und Fähigkeiten in der Führung von Katastropheneinsätzen, das Feststellen der Belastbarkeit der TEL bei Großschadensereignissen sowie die Zusammenarbeit in der Einsatzleitung und mit verschiedenen Fachdiensten.

Zu diesem Zweck spielte die Übungsleitung per Funk, Telefon und E-mail der Technischen Einsatzleistung über 110 Einlagen und Informationen zu. Vom Einsatz eines Eisbrechers über Verletzte, Unfälle, Eisschäden, verwirrten Personen und Journalisten vor Ort musste bis zu Ölaustritten und Evakuierungen mit allem gerechnet werden. „Wo bleiben die Sandsäcke?“ „Kann das Eis gesprengt werden ohne die Deiche zu beschädigen?“ Wann kommt der Rettungswagen für den verletzten Feuerwehrmann?“ Fragen dieser Art kamen ständig, auf Situationsänderungen war schnell zu reagieren. Eine vorgesehene Eissprengung scheitert am Widerspruch des Landkreises am anderen Ufer, der Eisbrecher musste in der Nacht seinen Einsatz abbrechen. Selbst Probleme wie die Unterbringung von Nutzvieh aus dem gefährdeten Gebiet oder die Beschaffung von Betten für die Rettungskräfte wurden gelöst. Fachberater und Beamte des Kreises, Verbindungsbeamte der Polizei und ein Verbindungsoffizier der Bundeswehr stimmten Planungen mit Behörden und Dienststellen in- und außerhalb Lüchow-Dannenburgs ab. Personal des DRK setzte Hilferufe in Hilfeleistungen um, Frauen und Männer des THW organisierten wo immer möglich technische Hilfe.

Trotz aller Widrigkeiten konnten die Herausforderungen der Planübung durch den Stab und die

Technische Einsatzleitung jedoch erfolgreich bewältigt werden. Landrat Aschbrenner machte dies zum Abschluss deutlich: „Diese Übung ist unbedingt notwendig gewesen. Meiner Einschätzung nach ist sie vorbildlich abgelaufen und hat ihren Zweck voll erfüllt.“ Erhard Burmester äußerte seine Zufriedenheit über die Rahmenbedingungen: „Die neue Technik in der Einsatzzentrale und die moderne Datenverarbeitung haben sich sogar besser bewährt als erwartet.“

*Johann Fritsch*

## Rita, Tsunamis und die Fußballweltmeisterschaft 2006

Experten diskutierten über Terror und andere Gefahren

Katrina und Rita – hinter diesen harmlosen Namen verbargen sich Hurrikans, die in den vergangenen Wochen Teile des Südens der USA verwüsteten und zahlreiche Menschenleben forderten. Um sich über Strategien zur Vorbereitung und Bewältigung von derartigen Ereignissen sowie den Umgang mit Terroranschlägen auszutauschen, trafen sich Anfang September rund 850 Experten aus 19 Nationen im Hamburger Kongresszentrum.

Auf dem dritten internationalen Kongress „INTERCON“ (International Emergency and Rescue Congress) mit dem Titel „Vorbereitet sein auf Katastrophen und Terroranschläge“ diskutierten die Katastrophenhelfer und -wissenschaftler aus aller Welt zwei Tage lang intensiv miteinander. Vorbereitet sein heißt langfristig planen, lautete dabei die einhellige Meinung. Unter anderem wurde die Politik dazu aufgerufen, mehr für die Vorsorge und die Verbesserung der Notfallsysteme zu tun. „Die Behörden müssen sich viel mehr Gedanken über die Auswirkungen von Katastrophen machen,“ forderte der Leiter der Hamburger Berufsfeuerwehr, Oberbranddirektor Dieter Farrenkopf. Am Ende gaben die internationalen Experten den verantwortlichen Stellen Verbesserungsvorschläge in Form von 24 Resolutionen mit auf den Weg. Unter anderem wurde darin ein bundesweit

einheitliches Führungssystem für den Katastrophenschutz angemahnt.

Eines der Schwerpunktthemen des „INTERCON“ waren extreme Wetterereignisse wie der Hurrikan „Rita“. Bei den Vorträgen und Diskussionen darüber wurde deutlich, dass selbst wesentlich näher liegende Gegenden des Globus, wie das Mittelmeer oder der Atlantik, zu den gefährdeten Gebieten zählen und von Tsunamis bedroht werden könnten. Darauf wies Friedemann Wenzel vom Geophysikalischen Institut der Universität Karlsruhe hin und beklagte: „Es gibt in diesen Regionen bisher keinerlei Frühwarnsystem.“ Erschwerend kommt hinzu, dass solche Naturkatastrophen, unter anderem durch die dichtere Bebauung, heute wesentlich schlimmere Auswirkungen als früher haben

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung auf Terroranschläge und Großschadensereignisse war unter den Experten natürlich die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 in Deutschland eines der weiteren Themen. Während der Meisterschaft rechnet man laut Beate Coellen vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) mit rund 3,1 Millionen Zuschauern. „Bei den Vorbereitungen gehen wir von einem möglichen Verletztenaufkommen von bis zwei Prozent der Zuschauer im jeweiligen Stadion aus“, sagte die Vertreterin des BBK im Zusammenhang mit möglichen Szenarien.

*Albrecht Müller*

## Museum im ehemaligen Regierungsbunker

Nach langwierigen Verhandlungen steht nun fest: der ehemalige Regierungsbunker bei Marienthal wird in einem etwa 200 m langen Teilstück weitgehend erhalten und als Museum eingerichtet.

In dem vielfach als „Relikt des Kalten Krieges“ bezeichneten Bauwerk soll, unter anderem anhand von Original-Ausstattungsstücken eine nicht nur für Deutschland bedeutsame Epoche der Geschichte dokumentiert werden. Betreiber dieser

Anlage wird der rührige „Heimatverein Alt Ahrweiler e.V.“ sein.

So sieht es der am 20. Oktober 2005 in der Kreisverwaltung in Ahrweiler unterzeichnete Nutzungsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland als Eigentümer der Anlage und dem Heimatverein vor. Der Vertragsabschluss, der nach dreijährigen Verhandlungen zustande kam, stieß auf beachtliches Medieninteresse.



19 km Stollen in bis zu hundertzwanzig Metern Tiefe sollten für etwa 3000 ausgewählte Personen das Überleben im atomaren Inferno gewährleisten.  
(Foto: BBK)

Der Rückbau der Anlage, die aus fünf voneinander abtrennbaren Teilen bestand und 19 km Stollenlänge mit Schlafräumen, Büros, Operationssälen, Friseursalon, Druckerei und weiteren Einrichtungen des täglichen Bedarfs umfasste, begann 2001; für das Museum werden die letzten 200 m, ein Seitenstollen und ein früheres Lazarett übrig bleiben. Die Eröffnung ist für 2007 vorgesehen.

## TaKaFEU Taschenkalender 2006

Unter fachlicher Mitarbeit von Ernst-Peter Döbbling (CERN, Schweiz) und Jürgen Domke (Deutschland)

Hampp Media GmbH, Stuttgart, 2005

192 Seiten, broschiert, vierfarbig, 110 x 165 mm, mit zahlreichen Abbildungen und Tabellen

€ 7,50 (Staffelpreise)

ISBN 3-936682-01-1

Wie „verletzlich“ unser Erdball ist, haben zahlreiche Geschehnisse in der jüngsten Vergangenheit veran-



schaulich: Sturmfronten, das Seebeben in Südostasien und derzeit wütende Überschwemmungen haben unermessliche menschliche und materielle Schäden verursacht. All diese Ereignisse, die die ganze Welt betreffen, erfordern mehr und mehr international angelegte Feuerwehreinsätze.

Den Gedanken der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit hat der TaKaFEU aufgegriffen, der für das Jahr 2006 erstmalig erscheint. Alle reden von Europa, ohne jedoch zu wissen, worüber sie sprechen. Der Taschenkalender mit Projektplaner und Jahresweiser für alle deutschsprachigen Länder liefert wichtige Angaben über nationale und europäische Ansprechpartner im Feuerwehrewesen. Dadurch macht er einen offenkundigen Mangel wett: Die Suche nach dem für die Feuerwehr zuständigen Ansprechpartner bei der Europäischen Kommission in Brüssel beispielsweise verläuft ergebnislos. Ein solcher ist nicht eingesetzt, da konkrete Feuerwehroptionen auf der unmittelbaren EU-Ebene nicht thematisiert sind. Im Adressenverzeichnis sind auch Hinweise zu vorhandenen Internet- und E-Mail-Adressen zu finden. Darüber hinaus vermitteln mehrere Fachbeiträge sehr viel Wissenswertes. Sie informieren kenntnisreich unter anderem über CERN in Genf oder die Normung zum Thema „Persönliche Schutzausrüstung“.

Gleichgültig ob Feuerwehrleute oder nicht, haben die Leser daneben Gelegenheit, ihr Fachwissen über die Feuerwehr zu überprüfen. Mit dem Fragenkatalog und seinen Lösungsmöglichkeiten lassen sich selbst ermüdende Phasen offizieller Termine kurzweilig und sinnvoll überbrücken. Die Ernährungstipps sind zwar vornehmlich Anregungen für Einsatzkräfte, ihre Fitness zu verbessern, um den Anforderungen der Einsätze gewachsen zu sein. Dennoch geben vielfach sitzende Tätigkeiten und der daraus resultierende Bewegungsmangel jedermann Anlass, sich mit den Inhalten zu beschäftigen. Einige leckere Rezepte – auch für die Feldküche – laden zum Ausprobieren ein.

Der schön und übersichtlich gestaltete Kalender ist ein gelungenes Informationsmedium über verschiedene Aspekte der Gefahrenabwehr sowie des Feuerwehr- und Rettungswesens. Den Gebrauchswert noch erhöhende Aktualisierungen, Ergänzungen und nützliche Formulare sind mit dem persönlichen Zugangscode über die Homepage des Verlags abrufbar. Ein „großer“ Europäer also, der in jede Jackentasche passt.

*Irene Kölbl*

## Wasser – Krise?

Von Vollrath Hopp  
WILEY-VCH Verlag GmbH & Co. KGaA,  
Weinheim 2004,  
288 Seiten; 24,90 €  
ISBN 3-527-31193-9

Rund 70 % der Erdoberfläche sind mit Wasser bedeckt. Jedoch nur rund 2,65 % des gesamten Wasservorrats unserer Erde bestehen aus Süßwasser. Und alles, alles hängt davon ab. Ohne Wasser keine Pflanzen, keine Tiere, keine Nahrungsmittel. Ohne Wasser keine Kühlmittel bei industriellen Prozessen, keine Lösungsmittel, keine Motoren.



Mitte des 21. Jahrhunderts werden nach Schätzungen der UNESCO drei Milliarden Menschen von Wasserknappheit betroffen sein. Doch bislang wird die Bedeutung dieser globalen Herausforderung kaum wahrgenommen. Dabei liegt der Wassermangel so nah. Oder wussten Sie, dass bereits

heute Großbritannien (ein Inselstaat!) oder Belgien unter Wasserknappheit leiden und zu den Wasserimportländern gehören? Dass Afghanistan zu den Ländern mit Wasserüberschuss gehört – aber leider nicht in der Lage ist, dieses zu fördern, zu befördern und zu verteilen? Wasser wird der Kriegauslöser der nächsten Jahrzehnte sein – vielleicht noch vor dem Kampf um das Öl.

„Wasser“ bietet eine einzigartige Fülle an Informationen, zusammengestellt unter den Aspekten Technik, Wirtschaft, Energie, Umwelt und Natur. Die technischen Rahmenbedingungen der Wasserversorgung werden ebenso geschildert wie die wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen der Zukunft.

Das Buch ist gut lesbar, es ist unglaublich akkurat in seiner Quellenangabe. Sehr hilfreich sind das Glossar und das Stichwortverzeichnis. Wenn vielleicht auch nicht jeden jedes Kapitel interessiert, so kann es doch nur ein Urteil geben: Pflichtlektüre. Und nach der Lektüre sollte man sich nachdenklich darauf besinnen, dass uns nur eine Welt zur Verfügung steht. Es gibt keine zweite als Reserve.

*Dieter Franke*

## Termine 2005

23. bis  
25. November 2005:  
21. Münchner Gefahr-  
stofftage  
Fachkongress  
Ort: München  
Info: [www.gefahrstoff-  
tage.de](http://www.gefahrstoff-<br/>tage.de)

\*

5. Dezember 2005:  
Internationaler Tag des  
Ehrenamts

## Termine 2006

14. bis  
15. Februar 2006:  
9. Europäischer Polizei-  
kongress. Sicherheit bei  
Großlagen  
Ort: Berlin  
Info: [http://www.europaei-  
scher-polizeikongress.de](http://www.europaei-<br/>scher-polizeikongress.de)

\*

9. bis 15. März 2006:  
CeBIT 2006  
Ort: Hannover  
Info: [www.cebit.de](http://www.cebit.de)

\*

30. März bis  
2. April 2006:  
FireEngineering. Messe  
für Feuerwehrentechnik,  
Rettungswesen, Brand-  
und Katastrophenschutz

Ort: KölnMesse  
Info: [/www.fireenginee-  
ring.de](http://www.fireenginee-<br/>ring.de)

\*

11. bis 13. Mai 2006:  
RettMobil. Europäische  
Leitmesse für Rettung  
und Mobilität  
Ort: Fulda  
Info: [www.rettmobil.com](http://www.rettmobil.com)

\*

16. bis 21. Mai 2006:  
ILA. Internationale Luft-  
und Raumfahrtausstel-  
lung  
Ort: Berlin-Schönefeld  
Info: [www.ila-berlin.de/  
ila2006/home/index.cfm](http://www.ila-berlin.de/<br/>ila2006/home/index.cfm)

\*

19. bis  
20. August 2006:  
Tag der offenen Tür der  
Bundesregierung

\*

13. bis  
15. September 2006:  
acqua alta. Internationa-  
le Fachmesse für Hoch-  
wasserschutz, Klimafol-  
gen und Katastrophen-  
management  
Ort: Hamburg (CCH)  
Info: [www.acqua-alta.de](http://www.acqua-alta.de)

\*

19. bis  
20. September 2006:  
2. Europäischer Kata-  
strophenschutzkongress.  
Die europäische Verant-

wortung – Vorsorge und  
Nachhaltigkeit  
Ort: Bonn  
Info: [www.civil-protecti-  
on.com](http://www.civil-protecti-<br/>on.com)

\*

28. bis  
30. September 2006:  
FLORIAN 2006. Fach-  
messe für Feuerwehr,  
Brand- und Katastro-  
phenschutz  
Ort: Messe Dresden  
Info: [www.messe-flori-  
an.de](http://www.messe-flori-<br/>an.de)

\*

10. bis 13. Oktober  
2006:  
Security. Messe für  
Sicherheit und Brand-  
schutz  
Ort: Essen  
Info: [www.security-  
messe.de/](http://www.security-<br/>messe.de/)

\*

25. bis  
28. Oktober 2006:  
denkmal: Europäische  
Fachmesse für Denkmal-  
und Kulturgutschutz  
Ort: Leipzig  
Info: [/www.denkmal-  
leipzig.de](http://www.denkmal-<br/>leipzig.de)

\*

3. bis  
4. November 2006:  
Deutscher Feuerwehr-  
Verbandstag und 52.  
Delegiertenversammlung  
Ort: Büsum  
Info: [www.dfv.org](http://www.dfv.org)

## IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:  
Postf 200351, 53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des  
Bundesministeriums des Innern  
vom Bundesamt für  
Bevölkerungsschutz  
und Katastrophenhilfe (BBK),  
Deuschherrenstraße 93-95,  
53177 Bonn

Verlag: BBK,  
Internet:  
<http://www.bbk.bund.de>  
E-Mail:  
[redaktion@bbk.bund.de](mailto:redaktion@bbk.bund.de)

Erscheint im Februar, Mai,  
August und November. Redak-  
tionsschluss ist jeweils der 10.  
des Vormonats.

Chefredaktion:  
Alexander Krapf  
Telefon 01888-550-354  
Redaktion:  
Nikolaus Stein  
Tel.: 01888-550-362  
Rainer Schramm  
Tel.: 01888-550-365

Fax 01888-550-436

Layout: Nikolaus Stein

Druck, Herstellung und  
Vertrieb:  
Moeker Merkur Druck GmbH  
Niehler Gürtel 102  
50733 Köln  
Postf. 600569, 50685 Köln  
Tel.: 0221-74908-0  
Fax: 0221-74908-18

Manuskripte und Bilder nur an  
die Redaktion. Für unverlangt  
eingesandte Beiträge keine  
Gewähr. Nachdruck einzelner  
Beiträge, auch im Auszug, nur  
mit Quellenangabe und mit  
Genehmigung der Redaktion  
gestattet.  
Mit Namen gezeichnete Beiträ-  
ge geben die Meinung des  
Verfassers wieder und müssen  
nicht unbedingt mit der Auffas-  
sung der Redaktion über-  
einstimmen.

Einzelpreis € 1,90  
Abonnement jährlich € 7,50  
zzgl. Porto und Versandkosten.

Bei Nichterscheinen der Zeit-  
schrift im Falle höherer Gewalt  
oder bei Störung des Arbeits-  
friedens besteht kein Anspruch  
auf Haftung.

## Heute: Völklinger Hütte, Saarland



Die Völklinger Hütte geht auf eine Gründung des Jahres 1873 zurück und spiegelt exemplarisch die Entwicklung des Industrievieres an der Saar wider.

1881 kauft Carl Röchling das zwischenzeitlich stillgelegte Stahlwerk, 1883 wird der erste Hochofen angeblasen und bereits 1890 sind die Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke der größte Eisenträgerhersteller Deutschlands. Durch die Einführung des Thomas-Verfahrens zur Entphosphorung des Roheisens 1891 nimmt das Werk einen weiteren Aufschwung, da nun auch das Eisenerz aus dem nahen Lothringen, die „Minette“, verhüttet werden kann.

Die Anlage einer eigenen Kokerei zur Verarbeitung der heimischen Steinkohle (1897), der Bau eines Gasgebläsehauses direkt gegenüber der Hochofen-Gruppe (1900) und die Inbetriebnahme einer Hängebahnanlage zur Beschickung der Hochöfen (1911) machen die Hütte zu einem der bedeutendsten Unternehmen der deutschen Schwerindustrie; die 1928 gebaute Sinteranlage ist eine der modernsten und größten in Europa.

Im Verlauf des Zweiten Weltkrieges werden Tausende Kriegsgefangene und Zwangsarbeiter aus ganz Europa unter schwersten Bedingungen zur Arbeit herangezogen, um die kriegswichtige Produktion aufrechterhalten zu können.

1965 erreicht das Werk mit über 17.000 die höchste Beschäftigtenzahl seiner Geschichte, wird jedoch zehn Jahre später von der weltweiten Stahlkrise erfasst. Nach mehreren, letztendlich vergeblichen Sanierungsversuchen werden 1986 die Hochöfen stillgelegt und Teile der Hütte unter Denkmalschutz gestellt. 1994 erklärt die UNESCO die Völklinger Hütte wegen Ihrer überragenden Bedeutung als Industriedenkmal zum Weltkulturerbe.

Heute nutzt die Trägergesellschaft „Weltkulturerbe Völklinger Hütte – Europäisches Zentrum für Kunst und Industriekultur“ die weitläufige Anlage für Ausstellungen, Konzerte und andere kulturelle Veranstaltungen.

*nps*



Wie in kaum einem anderen Werk lassen sich in der Völklinger Hütte Aufstieg und Niedergang der mitteleuropäischen Montanindustrie veranschaulichen. (Fotos: Weltkulturerbe Völklinger Hütte, oben Gesamtansicht, unten Gasgebläsehalle)





Der Weltjugendtag 2005, der im August im Rheinland stattfand (Bild oben), stellte für alle Beteiligten und Verantwortlichen eine Herausforderung dar. Die nun vorliegenden ersten Auswertungen und Erfahrungsberichte (S. 9 ff) sind nicht nur für die Vorbereitung der nächsten großen Massenveranstaltung in unserem Land, die Fußball-Weltmeisterschaft 2006, von Interesse.

Für die Hilfsorganisationen ist es von großer Bedeutung, den Ausbildungsstand ihrer Helferinnen und Helfer überprüfen und über einen längeren Zeitraum beobachten zu können; dazu haben sich auch nationale und internationale Wettbewerbe als geeignetes Mittel erwiesen (S. 41, Titelbild).

Auch 2006 wird das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) seiner Aufgabe, Ausbildung, Fortbildung und Training von Entscheidungsträgern und Führungskräften im Bevölkerungsschutz und der zivilen Sicherheitsvorsorge zu gewährleisten, nachkommen; das komprimierte Programm der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) ist dieser Ausgabe beigeheftet.

(Titelbild: DRK, Foto oben: MHD)